

südostasien 4 > 2017

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Klima, Kohle und Konzerne Klimapolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Südostasien > Das Korallendreieck geht unter
Indonesien > REDD-Deal stoppt Entwaldung nicht
Philippinen > Kohle raus aus Palawan!



**ACHTUNG!!!
ACHTUNG!!!**

Die nächste **südostasien** wird hier zu finden sein:

www.suedostasien.net



Die Publikation der Online-Ausgabe wird für alle Leserinnen und Leser kostenlos sein. Nicht aber für uns.

Daher bitten wir Sie, das Projekt **südostasien 2.0** mit einer Spende zu unterstützen. Diese hilft uns, den Fortbestand des Journals zu sichern.

SPENDE AN:

Südostasien Informationsstelle

Bank für Sozialwirtschaft BLZ.: 370 205 00 Konto: 131 09 00

IBAN: DE 05 3702 0500 0001 310900 BIC: BFS WDE 33XXX

Verwendungszweck: Suedostasien Online-Ausgabe

Wir bedanken uns herzlich!

HERAUSGEBER



**Südostasien
Informationsstelle**



**Stiftung
Asienhaus**



**philippinenbüro
im Asienhaus**

Klimapolitik in Südostasien

Das wichtigste Ergebnis der diesjährigen Klimakonferenz in Bonn (COP23) war vermutlich die Teilnahme indonesischer und anderer internationaler TeilnehmerInnen an der Besetzung des Hambacher Tagebaus im rheinischen Kohlerevier. Sie schlossen sich über 4.000 AktivistInnen an, die mit zivilem Ungehorsam für den Ausstieg aus der Kohleindustrie protestierten. Die Aktion von Endegelande zeigt die Heuchelei, die die Klimaverhandlungen der COP kennzeichnen. Während sich die deutsche Regierung als führender Klimaretter darstellt, geht die Polizei mit Tränengas und Pferden gegen friedliche DemonstrantInnen vor. Tatsächlich sind die Emissionen in Deutschland in den letzten Jahren wieder gestiegen. Die bescheidenen Klimaziele werden voraussichtlich bis 2020 nicht erreicht. Dies wird unmittelbare Konsequenzen für Südostasien haben, das heute schon unter den Folgen der Klimaerwärmung zu leiden hat.

Ähnlich extrem klaffen Rhetorik und Wirklichkeit in Südostasien auseinander. Nachdem die Wälder Indonesiens in der bisher größten Klimakatastrophe des 21. Jahrhunderts 2015 brannten, ratifizierten die südostasiatischen Länder nacheinander die Vereinbarung von Paris. Sie versprechen in ihren *Intended Nationally Determined Contributions* (INDC) das Blaue vom Himmel. Indonesien bleibt bei seiner bisherigen Selbstverpflichtung, bis 2020 die Emissionen um 26 Prozent zu reduzieren. Vietnam verspricht bis 2030 acht Prozent weniger Emissionen; das Militärregime in Thailand will die Emissionen um 20 Prozent reduzieren, und so weiter.

Dass Indonesien also in 775 Tagen seine Emissionen um 26 Prozent zu reduzieren verspricht, zeigt, wie stark diese Ziele aus der Luft gegriffen sind. Sie sind Fake News. Sie widersprechen allen sonstigen Entwicklungs- und Expansionsplänen von Regierungen und Unternehmen in Südostasien. Diese setzen nach wie vor auf Wachstum und auf Business-as-

Usual in den Sektoren, die maßgeblich zur Klimaerwärmung beitragen. Mit anderen Worten: mehr Kohle, mehr Palmöl, mehr Autos.

Um eine wirksame Reduktion von Klimagasen zu erreichen, müssen in den Sektoren Energie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Mobilität und industrielle Produktion radikale Veränderungen vorgenommen werden. Die Alternativen liegen auf der Hand und sind sowohl technisch als auch praktisch erprobt. Die meisten Länder Südostasiens haben sowohl die natürlichen als auch die technischen und finanziellen Voraussetzungen, um diese Veränderungen anzupacken. Energiepolitisch verfügen sie mit Sonnen-, Wellen- und Geoenergie über Potentiale, die den Bedarf bei weitem übersteigen. Die industrielle Basis ist vorhanden, um Bahnen zu bauen und die Staus und Verkehrsprobleme der urbanen Zentren zu lösen. Und Millionen von landlosen Bauern würden zu gerne selber Landwirtschaft betreiben und Ernährungssouveränität praktizieren. Mit öffentlichen Investitionen in diesen Bereichen und einer klaren Umkehr der politischen Vorgaben könnten Länder wie Indonesien, Singapur oder Thailand Entwicklungsprobleme des Nordens überspringen und zu Vorreitern einer sozial-ökologischen Transformation werden.

Dafür müssen sich aber die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern. Diese letzte Printausgabe der Zeitschrift **südostasien** soll dazu beitragen, dies zu erreichen. Neben Analysen zu den aktuellen klimapolitischen Entwicklungen, vor allem in Indonesien, werden auch Artikel der letzten Schwerpunktausgabe zu Open Data und Sozialen Medien hier abgedruckt. Ab 2018 gehen wir dann online und hoffen so, die Kämpfe für Klimagerechtigkeit und für eine gerechte Welt effektiver unterstützen zu können.

Oliver Pye für die Redaktion



Titelbild: Brennende Wälder in Sabangau, Indonesien.
© Bernat Ripoll, Borneo Nature Foundation

■ Editorial

› Oliver Pye

■ Südostasien

5 Das Korallendreieck geht unter
› Henner Leithäuser

7 Städte gegen Klimawandel?
› Verena Wittrock

■ Vietnam

9 Klimawandel und die Folgen im Mekong-Delta
› Stefan Kühner

11 Freie Meinung gegen Freiheitsstrafe – Bloggen in Vietnam
› Caroline Müller-Runte

14 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit
› Linda Wallbott

16 Kurz notiert
› Christopher Wimmer

■ Laos

17 Kurz notiert
› Anke Timmann

■ Kambodscha

18 Kurz notiert
› Nadine Willner

■ Myanmar

19 Kurz notiert
› Christina Grein

■ Thailand

20 Die Menschen wissen, was sie nicht posten sollten
› Karim Mirak

23 Kurz notiert
› Martina Eichmann

■ Malaysia

24 Ganz Malaysia ist von Zensur besetzt ...?
› Filiz Jätzold

28 Kurz notiert
› Michael Topp

■ Singapur

29 Kurz notiert
› Franziska Blum

■ Indonesien

30 Kohle ohne Ende
› Anna Fünfgeld

32 Waldbrände in Indonesien
› Andrea Höing

35 Ist Jakartas Deich-Megaprojekt die Lösung für das Absinken der Stadt?
› Thanti Octavianti

37 REDD-Deal stoppt Entwaldung nicht
› Chris Lang

39 Strategien für Klimagerechtigkeit in Indonesien
› Yuyun Harmono

41 Kollektive Karten
› Sigrid Parzinger

44 »Hauptgewinn in Südostasien«
› Anett Keller

46 »Höchste Zeit, die Dokumente frei zu geben«
› Anett Keller

47 Kurz notiert
› Ariane Grubauer

■ Timor-Leste

48 Kurz notiert
› Monika Schlicher

■ Philippinen

49 Von Supertaifunen bis zum Anstieg des Meeresspiegels
› Denise Margaret Matias und Lourdes Tibig

50 Zwischen Bergbauhölle und Alternativer Rohstoffwoche
› Michael Reckordt

53 Mut angesichts des Kohle-Elends
› Gerry Arances

55 Kohle raus aus Palawan
› Thomas Friedrich

58 Kurz notiert
› Nina Johnen

■ Akteure aus Südostasien

59 Drohnen als »science of the masses«
› Sarah Winkler

■ Neues aus dem Asienhaus

62 Blick nach Indonesien
› Karl Mertes

62 Shrinking spaces vs. Empowerment
› Martin Gemzell

63 Südostasien auf der COP23
› Konrad Dohlen

■ Lesen • Hören • Sehen

64 Rezensionen

66 Impressum

Die mit einem Punkt ● gekennzeichneten Artikel veröffentlichen wir zusätzlich im Internet:
www.asienhaus.de/soainfo

Das Korallendreieck geht unter

Der Verlust der Korallenriffe im business-as-usual Klimaszenario

von
Henner
Leithäuser

Der Autor studiert im Master Water and Coastal Management an der Uni Oldenburg und beschäftigt sich mit Themen der Nachhaltigkeit und Umweltschutz mit dem Fokus auf Südostasien.

Korallenriffe gehören zu den vielfältigsten, wertvollsten und am stärksten gefährdeten Ökosystemen weltweit. In Südostasien zeichnet sich besonders das sogenannte Korallendreieck mit einer weltweit unvergleichlichen marinen Flora und Fauna aus und macht die Region zu einem globalen Hotspot der Biodiversität. Entlang der über 130.000 km langen Küstenlinie der sechs Länder des Korallendreiecks, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Osttimor, Papua-Neuguinea und den Solomon Inseln befinden sich ein Drittel der weltweit vorhandenen Korallenriffe und 76 Prozent der bekannten riffbildenden Korallenarten. Diese sind Teil eines höchst produktiven Ökosystemnetzwerks mit verschiedenen Ökosystemdienstleistungen, die für die geschätzten 100 Millionen Menschen, die dort in täglicher Abhängigkeit von den Korallenriffen leben, von lebenswichtiger Bedeutung sind.

Obwohl die Korallenriffe tief in das ökonomische, soziale und kulturelle Gefüge der genannten Nationen verwurzelt sind und deren Wichtigkeit für die globale Biodiversität und das natürliche Gleichgewicht anerkannt ist, befinden sich insgesamt 45 Prozent der Riffe Südasiens im bedrohten Zustand und bereits 40 Prozent sind als Ökosystem nicht mehr funktionsfähig. Einer der größten vom Menschen verursachten Stressfaktoren für die Meeresumwelt ist der globale Klimawandel und die daraus hervorgehende Erwärmung der Ozeane. Messungen anhand von Eis-, Korallen- und Sedimentbohrkernen machen deutlich, dass der gegenwärtige Anstieg der Meerestemperatur den größten des vergangenen Jahrtausends repräsentiert. ForscherInnen halten einen noch nie dagewesenen Temperaturanstieg von 1,5 bis 4,5°C innerhalb von hundert Jahren für möglich.

Ein Wandel mit Folgen

Der Anstieg der Meeresoberflächentemperatur sorgt nachweislich für Veränderungen von Niederschlagsmustern und häufigere, vor allem intensivere Stürme und Überflutungen. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden immer öfter extreme Wetterlagen in Asien aufgezeichnet. Dies hat zum einen Veränderungen der Wasserqualität zur Folge, da lange Dürreperioden oder starke Stürme und eine höhere Wellenenergie zu Verlusten der Küstenvegetation und Destabilisierung der Ufer und Flussmündungen führen, was wiederum zu stärkerem Wasserabfluss und

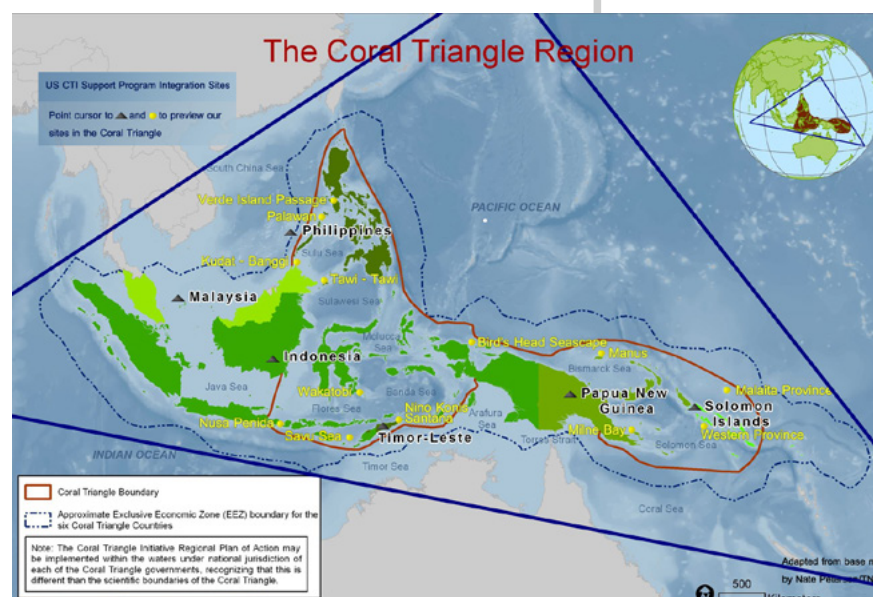
damit auch erhöhter Konzentration von Sedimenten, Schlamm und Nährstoffen in den Küstengewässern führt. Zum anderen können Korallenriffe durch die Kraft der Stürme physikalischen Schaden erleiden oder haben zu wenig Zeit sich zwischen den Stürmen zu erholen. Zudem kommt es zu erhöhter vertikaler Temperaturschichtung im Meer, bei der weniger kaltes Wasser mit natürlichen Nährstoffen aus tieferen Regionen durch diese Schichten an die Oberfläche gelangen kann, um die Oberflächentemperatur abzukühlen. Folglich verändern sich Muster und Stärke von Kreisläufen und Strömungen, denn diese sind unter anderem abhängig von Temperatur, Wind und Salzgehalt.

Die bisher größten Verluste von Riffen werden von dem sogenannten Coral Bleaching verursacht. Korallen gedeihen in einer vergleichbar kleinen ökologischen Nische in einer für sie lebenswichtigen Symbiose mit Einzellern namens Zooxanthelle, die ihnen auch ihre charakteristischen Farben verleihen. Übersteigt die Umgebungstemperatur der Korallen deren Temperaturmaximum, stoßen diese ihre Symbionten ab und verlieren ihre Farbe. Übrig bleibt eine Unterwasserlandschaft aus Kalziumskeletten der nun nicht mehr lebensfähigen Hartkorallen. Seit etwa 25 Jahren treten auch vermehrt Fälle von Massenkorallensterben durch immer häufigeres und intensiveres Coral Bleaching auf.

Ein weiteres Gefahrenpotenzial für Korallenriff-ökosysteme birgt der Anstieg des Meeresspiegels in Folge des Abschmelzens des grönländischen und antarktischen Inlandeises. Das *Intergovernmental Panel on Climate Change*, IPCC, beobachtete 2007 eine durchschnittliche Anstiegsrate des Mee-

Das Korallendreieck umfasst ein Drittel der globalen Korallenriffe

© Wikimedia





Die Erderwärmung bedroht Korallenriffe, die von enormer Wichtigkeit für die globale Biodiversität sind

© Flickr

resspiegels in Asien von ca. 3,1 mm pro Jahr, etwas höher als der globale Durchschnitt, und prognostizierte einen globalen Anstieg von 20–60 cm bis Ende dieses Jahrhunderts im Vergleich zu den Werten von 1990. Dieser Anstieg bedeutet erhebliche negative Konsequenzen für die

Riffe. Überflutungen oder Verschiebungen von küstennahen Feuchtgebieten oder Tiefebene sorgen für eine erhöhte Anfälligkeit von Korallenriffen für Stürme und Erosion, platzen sie in eine tiefer gelegene Position mit weniger Licht und verdrängen Mangrovenwälder und Seegrasfelder.

Zeitpunkt zu Handeln

Natürliche Prozesse innerhalb des Ökosystems, die sich im Laufe der Evolution an die natürlichen Gegebenheiten angepasst haben, können mit diesen hier beschriebenen, meist schlagartig stattfindenden Veränderungen, kaum mithalten. Die wirkliche Herausforderung jedoch ist, dass die Korallenriffökosysteme, die den Folgen des Klimawandels immer stärker ausgesetzt sind, schon unter erheblichem Druck lokaler Stressfaktoren stehen, wie zum Beispiel Überfischung, unkontrollierter Tourismus und Umweltverschmutzung durch Abwässer. Diese permanente Beeinträchtigung verringert die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems gegen die Folgen des Klimawandels zu bestehen, erschwert es ihnen sich anzupassen oder sich von ihnen zu erholen. Die Konsequenz dieser Entwicklung ist das verstärkte Auftreten von Coral Bleaching und letztendlich dem Wechsel von einem korallendominierten Riff zu einem von Algen dominierten Riff mit dem einhergehenden Verlust aller von Korallen abhängiger Flora und Fauna.

Für die Lösung des Riffproblems bedarf es also erstens eines lokalen Ansatzes mit der Verminderung von negativen Einflüssen vor Ort und dem nachhaltigen Schutz der empfindlichen Ökosysteme. Da das rein lokale Management als Lösungsansatz auf lange Sicht aber nicht tragbar ist, weil nur die Konsequenzen, nicht aber die Ursachen des Klimawandels bekämpft werden, erfordert es zweitens auch einer globalen Herangehensweise, die der unaufhaltsam fortschreitenden Erwärmung gerecht wird und dieser höchste Priorität zuweist.

Obgleich sich das Klima über den Verlauf der Erdgeschichte auch auf natürliche Weise geändert hat, gibt es laut IPCC aussagekräftige Beweise dafür, dass die globale Erderwärmung aus menschlichen Aktivitäten, wie dem Verbrennen fossiler Rohstoffe, der Abholzung des tropischen Regenwaldes und großflächiger Landwirtschaft resultiert. Der am logischsten erscheinende Ansatz für diese Situation wäre eine dramatische Kehrtwende von diesem business-as-usual Hergang und die Mitigation des Klimawandels durch die drastische Reduktion von CO₂. Die Zeichen, dass eine »tipping point« Situation, in der sich entscheidet wohin der Ball rollt, längst gekommen ist, sind nicht zu übersehen.

Eine Zukunftsprognose

Das IPCC legte in mehreren Berichten dar, dass unter dem business-as-usual Treibhausgasemissionsszenario spätestens 2050 mit einem endgültigen Zusammenbruch der Korallenriffökosysteme zu rechnen ist. Der Rückgang der Korallen ist nicht mehr aufzuhalten, es ist nur möglich den Schaden zu begrenzen. Es zeugt jedoch von Unvernunft der politischen EntscheiderInnen, anzunehmen, unter dem business-as-usual Vorgehen käme eine Stabilisierung der CO₂-Werte zustande und sich auf die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der Korallenarten zu verlassen. Auch die im Pariser Klimaabkommen gesetzte 2 °C-Richtlinie wird wahrscheinlich überschritten werden. Zudem bedeutet dies nicht, dass unterhalb dieser Grenze keine irreversiblen Folgen eintreten werden. Selbst unter dem ehrgeizigsten Klimaschutzszenario, mit dem Limitieren der Erderwärmung auf 1,2 °C über vorindustriellen Werten, würden laut führender WissenschaftlerInnen maximal die Hälfte aller Korallenriffe erhalten bleiben.

Der Verlust der Biodiversität steuert dazu bei, dass die Küstenökosysteme des Korallendreiecks im Jahr 2050 im Vergleich zu heute nur 50 Prozent und im Jahr 2100 nur noch 20 Prozent der Nahrung bereitstellen können. Die dortigen ärmeren Regionen, Solomon Inseln, Papua-Neuguinea, Osttimor und Teile Indonesiens, bekommen die Auswirkungen als erstes zu spüren. Die restlichen Gebiete um Malaysia, Indonesien und die Philippinen könnten vorerst Industrielandstatus erreichen, bevor sich der negative Zustand der Riffe auf die Ökonomie und das Zusammenleben in den Küstengemeinden dieser Länder auswirkt. Die größten Bemühungen des Meeresschutzmanagements zur Verminderung lokaler Stressfaktoren haben in diesem Szenario kaum eine Auswirkung mehr. Selbst die widerstandsfähigsten Korallenarten können Temperaturen von mehr als 2–3 °C über ihrem Langzeitemperaturmaximum nur über kurze Zeit aushalten und wären darüber hinaus irreversibel verschwunden. ■

Städte gegen Klimawandel?

von
Verena
Wittrock

Mit seinen Archipelen und Küstenregionen ist Südostasien eine Region, die besonders stark mit den negativen Folgen des globalen Klimawandels zu kämpfen haben wird. Längere Trockenzeiten, Überschwemmungen und eine vermehrte Häufigkeit extremer Wetterumschwünge sind die Folge. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf Gesundheit und Lebensräume aus, sondern führt überdies zu einem rapiden Rückgang von Biodiversität und ökonomischer Stabilität. Um dem vorzubeugen, sehen sich vor allem Städte damit konfrontiert, ihre CO₂-Emissionen zu reduzieren und dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

Die Bevölkerungsdichte urbaner Räume ist heute neunmal höher als noch vor 100 Jahren, und immer mehr Menschen zieht es in die Städte dieser Welt. Bis zum Jahr 2050 werden Schätzungen zufolge zwei Drittel der Menschen in Städten leben, also knapp zwei Milliarden mehr als heute. Bereits jetzt haben knapp 70 Prozent der Städte mit den Auswirkungen des Klimawandels zu kämpfen, Tendenz steigend. Hier wird auch die Klimaerwärmung verursacht. Trotz der vergleichsweise geringen Fläche, die sie einnehmen (ca. 2 Prozent der globalen Oberfläche), findet 60 bis 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs dort statt. Ein 2017 veröffentlichter Bericht der *Asiatischen Entwicklungsbank* (ADB) und des *Potsdamer Instituts für Klimaforschung* (PIK) schlägt nun Alarm und zeichnet das Bild einer düsteren Zukunft, vor allem für den asiatischen Raum.

Auf Grund ihrer hohen Bevölkerungsdichte sind Städte aber auch ein idealer Ausgangspunkt für den Kampf gegen den Klimawandel. Nachhaltige Planung und widerstandsfähigere Infrastruktur können einen wertvollen Beitrag leisten, um die negativen Folgen extremer Wetterereignisse spürbar abzumildern. Einige erste Projekte laufen in Südostasien bereits an. Als Teil der C40 Cities Climate Leadership Group ist es Städten wie Singapur, Jakarta oder Kuala Lumpur möglich, Vorreiterrollen im Kampf gegen den Klimawandel einzunehmen.

Schwimmende Solarzellen

Singapur ist eine der am dichtesten besiedelten Städte dieser Welt und bezieht fast ihre gesamte Energie aus dem Ausland. Da es an Platz für eigene großflächige Solaranlagen mangelt, setzt man nun auf schwimmende Solarzellen – das Projekt *Solar-Nova* soll auf insgesamt 17 Stauseen Paneele für Photovoltaikanlagen zur Verfügung stellen. Dadurch kann die Stadt ihre Abhängigkeit von Öl- und Gas-

importen sowie ihre CO₂-Emissionen auf Dauer stark reduzieren. Schätzungen belaufen sich dabei auf etwa 900.000 Tonnen CO₂, die so eingespart werden können.

Ein erstes Projekt wurde im Oktober 2016 mit den Stauseen *Tengeh* und *Upper Pierce* gestartet. Insgesamt acht Unternehmen hatten die Möglichkeit, entsprechende Solarpaneele zur Verfügung zu stellen, von denen im Anschluss die beiden effizientesten Systeme für die weitere Planung ausgewählt wurden. Nach Ablauf der Testphase 2017 konnten keine Auswirkungen auf Wasserqualität oder Biodiversität festgestellt werden. Zudem sind die Paneele ertragreicher als Solarzellen auf Dächern, da das Wasser einen kühlenden Effekt erzielt. Genauere ökologische Untersuchungen laufen zurzeit noch, jedoch blickt das Amt für Wasserwirtschaft (PUB) optimistisch in die Zukunft.

Parks gegen Überschwemmungen

Ein anderes Projekt kann zurzeit in Jakarta beobachtet werden. Auch wenn Indonesien in Bezug auf seine Emissionsreduktion noch einen langen Weg vor sich hat, hat sich die Hauptstadt vorgenommen, bis zum Jahr 2022 insgesamt 3.000 neue Parks zu bauen. In den letzten 40 Jahren ist die Zahl der Grünflächen um fast 80 Prozent zurückgegangen, während zeitgleich die Bevölkerungsdichte weiter anstieg. Mit mehr als zehn Millionen Einwohnern

Die Autorin studiert im Master Asienwissenschaften der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Ein Park in Jakarta
© Stefan Magdaleninski; Flickr





auf engem Raum sah sich die Stadt damit konfrontiert, den sintflutartigen Regenfällen weiter stand zu halten. Durch die Konstruktion von 200 Parks, die teilweise mit Büchereien, kostenfreiem W-lan oder Spielplätzen ausgestattet sind, hat sich die Widerstandsfähigkeit der Stadt bereits nachweislich erhöht. Dauerte eine Überschwemmung im Schnitt drei Tage, konnte dies nunmehr auf knapp drei Stunden reduziert werden.

Ziel ist es, bis Ende 2017 insgesamt 306 Parks fertig zu stellen. Diese sollen nicht nur gegen Überschwemmungen helfen, sondern auch die Luftqualität verbessern und CO₂-Emissionen kompensieren. Besonders in Ballungszentren und ungeschützten Stadtteilen ist dies notwendig. So zum Beispiel ist Kalidojo, Jakartas ältestes und größtes Rotlichtviertel, auf Grund der Baumaßnahmen heute zu einem der grünen und kinderfreundlichsten Orte der Stadt geworden. Des Weiteren sorgt der Bau weiterer Parks langfristig für Arbeitsplätze, wenn das Ziel von insgesamt 3.000 erreicht werden soll.

Mehr Bewusstsein für den Klimawandel

Malaysias größte Stadt hat vor allem mit Luftverschmutzung ein Problem, die in erster Linie aus illegalen Waldverbrennungen, Industrie und Verkehrsabgasen resultiert. Daher sieht sich Kuala Lumpur gezwungen, seinen Energieverbrauch massiv zu reduzieren, um dem Smog entgegen zu wirken. Ein erster Ansatz ist ein fünf-Jahres-Plan, der auf alarmierenden Treibhausgas-Messungen aus dem Jahr 2015

basiert. Diese berechneten die Emissionen aus dem Jahr 2015 allein auf umgerechnet insgesamt knapp 120.906 Tonnen CO₂. Zudem wiesen sie nach, dass vor allem der Energieverbrauch von Gebäuden, Verkehr und Außenbeleuchtungen massiv reduziert werden kann. Entsprechend setzt die Stadt nun in erster Linie auf die Aufklärung der Bevölkerung. Darüber hinaus werden die LED-Straßenlaternen nach und nach durch Energiesparlampen ersetzt und ineffiziente Heizsysteme in öffentlichen Gebäuden ausgetauscht. Auf diese Weise kann Kuala Lumpur bis 2022 schätzungsweise 134.000 Tonnen CO₂ einsparen.

Doch dies ist nur ein Anfang. Wenn Städte langfristig und effizient Emissionen reduzieren und dem Klimawandel entgegen wirken wollen, muss ein allgemeines Umdenken stattfinden. Es reicht nicht allein, Bäume zu pflanzen oder die Bevölkerung aufklären zu wollen. Städte bieten auf Grund ihrer hohen Gebäudezahl eine solide Grundfläche für Solarzellen auf Dächern, die als nachhaltige und effiziente Energieressource nutzbar sind. Gerade für Singapur birgt dies große Potenzial, da die Stadt mit extremem Platzmangel zu kämpfen hat. Darüber hinaus stellt die hohe Verkehrsdichte in den Städten Südostasiens weiterhin ein großes Problem dar. Vor allem Kuala Lumpur und Jakarta müssen sich deshalb umorientieren und lernen, auf Öl und Benzin zu verzichten, um ihre Verkehrssysteme grundlegend zu ändern. Nur so kann auf lange Sicht tatsächlich ein Wandel erfolgen und eine effektive Reduktion der Treibhausgase, insbesondere CO₂, erfolgen. ■

Klimawandel und die Folgen im Mekong Delta

von
Stefan Kühner

Weltweit zählt Vietnam zu den fünf Ländern, die vom Klimawandel und den damit verbundenen Risiken am meisten betroffen sind. Und in Vietnam selbst ist es das Mekong-Delta.

2016 war eines der schlimmsten Jahre in der Geschichte mit Wetterkatastrophen in den Südpunkten Vietnams. Langandauernde und wiederholte Dürreperioden haben sowohl im Reisanbau als auch in den Obstplantagen zu einem gravierenden Rückgang der Ernteerträge geführt. 10.000 Hektar Reisland, die auch zur Shrimps-Zucht genutzt werden, wurden 2016 in der Provinz Ca Mau, ganz im Süden des Mekong Deltas, durch den Klimawandel erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Etwa 3.000 Hektar wurden völlig zerstört. Die übrigen Reisfelder mussten Ertragsverluste von zu 70% hinnehmen. Ca Mau hatte sich das Ziel gesetzt 600.00 Tonnen Reis zu produzieren. Die anhaltende Trockenheit im letzten Jahr hat dies allerdings verhindert.

Eine der Hauptursachen für die Verluste ist das Eindringen von Salzwasser. Es zerstört nicht nur die Reispflanzen, sondern auch die Anbauflächen für Obst und Gemüse. Um den Reisbauern zu helfen, empfehlen die lokalen Behörden den Reis früher zu ernten und zu bewässern – vor allem dort wo der Reisanbau und die Shrimps-Zucht auf einem Feld erfolgen. Diese Doppelnutzung ist eigentlich das Konzept in dieser Region, die den Bauern mehr Einnahmen bringen sollte. Die Provinzregierung unterstützt die Bauern durch den Bau von Süßwasserbrunnen, Berieselungsanlagen und die Verbesserung des Kanalsystems, um die Frischwasserversorgung zu verbessern. Eine weitere Maßnahme ist die Züchtung von Reissorten, die salzunempfindlich sind.

Wegfall von 7 Millionen Reis durch den Klimawandel?

Auch 2017 ist die Situation nicht besser. Wie verschiedene vietnamesische Online-Zeitungen im Juli 2017 meldeten, droht durch den Klimawandel Vietnam ein Verlust von über 7 Millionen Tonnen Reis. Die Lebensmittel-Sicherheit des Landes und eine anhaltende Entwicklung der Landwirtschaft seien ernsthaft betroffen, erklärte der Minister für Wissenschaft, Technik und Umwelt, Do Xuan Lan. Nach seinen Aussagen gab es in den letzten 15 Jahren in der Küstenregion und den Einmündungen der Wasserläufe ins Meer erhebliche Erosionen. Naturkatastrophen sind eine zusätzliche Ursache für die Beeinträchtigungen der Lebensbedingung und gesellschaftlichen Strukturen. Offizielle Statistiken

zeigen auf, dass durch solche Wetterkatastrophen 300 Menschen ihr Leben verloren und pro Jahr Schäden in Höhe von nahezu 1 Milliarde Dollar verursacht wurden.

Verschärft werden die Auswirkungen des Klimawandels nach Berichten aus dem Landwirtschaftsministerium durch die illegale Abholzungen und den Abbau von Sand für Bauprojekte. Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Hoang Van Thang erklärte, die Landwirtschaft müsse nachhaltiger betrieben und mit dem Umweltschutz verbunden werden.

Mekong Staudämme verschärfen die Situation

Zu den Auswirkungen des Klimawandels im Delta kommt noch die große Zahl an Wasserkraftwerken entlang des Mekong. In einem Beitrag erklärte Dr. Le Anh Tuan von der Universität in Can Tho gegenüber Viet Nam News, es werde in Zukunft im Delta einen dramatischen Rückgang an Wasser und Sedimenten geben. Dies werde die Landwirtschaft stark beeinflussen. Das Delta, so der Wissenschaftler, wurde seit mehreren tausend Jahren geprägt durch den Schlamm, den der Mekong in seinem Flusslauf von seiner Quelle bis zur Mündung transportierte. Diesen Schlamm wird es zukünftig nicht mehr geben, erklärte er. Seine Befürchtung: Es bestehe nun die Gefahr, dass dies in gerade mal hundert Jahren zerstört werde. Die Dämme stoppen nicht nur das Wasser, sondern durch Ausbaggerung von Sand für den Bau der Staudämme würde die Flussrinne vertieft und dies würde dazu führen, dass die Fließge-

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft Vietnam

*Das Süßwasser des Deltas wird durch den Klimawandel bedroht.
© M Huy Photography, flickr.*



schwindigkeit des Wassers erhöht werde, was wiederum zu Erosionen an den Flussufern führe. Vor allem Dammbau-Projekte in China und Laos seien die Hauptgefahr für das Mekong Delta, kritisiert Dr. Tuan. Er forderte eine bessere Zusammenarbeit aller Anrainerstaaten des Mekong und eine grenzüberschreitende Entwicklung von Strategien für eine gleichberechtigte und nachhaltige Wasserwirtschaft.

Diversifizierung der Landwirtschaft

Die in Laos ansässige Green Community Development Association (GCDA) schlägt für das Delta eine ›Grüne Landwirtschaft‹ vor und fordert zu einer Politik auf, die sich dem Klimawandel anpasst und dessen Folgen korrigiert. Wie diese konkret aussieht bleibt oft vage. Das Delta soll Süßwasser speichern und schonen, wo immer es auch geht. Zwar wurden bereits Millionen für den Bau von Süßwasserbrunnen ausgegeben, aber die Effekte sind wohl gering. Wie dramatisch die Situation ist zeigen Aufrufe der Behörden, nur noch zweimal pro Jahr Reis anzubauen statt dreimal. Auf diese Weise soll der Boden geschont und vor allem der Verbrauch an Süßwasser gesenkt werden. Um die Folgen der Dürre zu beseitigen und die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu verringern, konzentrieren sich derzeit viele Provinzen im Mekong-Delta verstärkt auf die Tierzucht. Hoffnungsträger sind unter anderem sogenannten Meeresenten. Dies ist eine neue Art von Enten, die im Meerwasser leben kann.

Als Maßnahme wird außerdem eine Diversifizierung des Anbaus landwirtschaftlicher Güter vor-

geschlagen. Bislang betreiben Vietnams Bauern vor allem eine Ein-Produkt-Landwirtschaft. Diese ist natürlich durch extreme Wetterverhältnisse extrem verletzlich.

Experten wie Do Trong Hoan vom World Agroforestry Centre fordert deshalb, mehrere Getreidesorten und landwirtschaftliche Produkte anzubauen und nennt zwei Vorteile: Minderung des Risikos durch die Folgen der Klimaänderung und Reduzierung von Änderungen des Bedarfs in den Märkten. Alternativen zum reinen Reisanbau sind mehr Obst-anbau sowie Viehzucht und die Orientierung auf eine ›Grüne Landwirtschaft‹.

Industrialisierung statt Ackerbau

Der notwendige Strukturwandel im Mekong-Delta führt allerdings keineswegs nur zu Sorgen und Apokalypse-Szenarien, sondern bei internationalen Investoren zu Dollar-Träumen. Unternehmen und Einwohner im Mekong-Delta sollen auf den traditionellen Ackerbau verzichten, schlagen sie vor. Zu Ihnen gehören auch Firmen und Investoren aus Deutschland. In einer Broschüre vom März 2016 wirbt eine in Frankfurt und Linz ansässige Business Development Group Vietnam (BDG) für Investitionen in Vietnam – insbesondere im Mekong Delta. »Die Region überzeugt durch ihre 10 Millionen Arbeitskräfte und vorteilhafte Lohnkosten« heißt es in einer Broschüre der Frankfurter. Im Sinne nachhaltiger Lösungen und einer gerechten Weltgesellschaft können solche Vorschläge allerdings nur mit Zweifel betrachtet werden.

Aquakultur auf dem Mekong
© shankar s;
Flickr



Freie Meinung gegen Freiheitsstrafe – Bloggen in Vietnam

von Caroline
Müller-Runte

*Die Autorin
studiert Kultur-
wirtschaft mit
Schwerpunkt
Südostasien an
der Universität
Passau.*

Trotz wirtschaftlicher und politischer Reformen blieben Lockerungen hinsichtlich der Kontrolle der Medien- und Meinungsfreiheit in Vietnam bisher aus. Insbesondere Kommentare über die Regierungsführung der Kommunistischen Partei können für Einzelpersonen schwerwiegende Folgen haben. So befand sich das Land laut *Reporter ohne Grenzen* auf der Rangliste der Pressefreiheit von 2017 lediglich auf Platz 175 von 180. Relativ spät erst jedoch erkannte die Regierung die ›Gefahr‹ in dem Hype um Blogs, welche zu einer neuen Plattform für kritische Meinungsäußerung geworden sind. Um weiterhin die Kontrolle über die öffentliche Meinung zu wahren, sucht die Regierung nun nach Mitteln, BloggerInnen gezielt zum Schweigen zu bringen.

Vietnams Blogosphäre

In kaum einem anderen südostasiatischen Land boomten Internet und Social Media so stark wie in Vietnam. Rund 46 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, greifen mittlerweile regelmäßig auf das Internet zu. Gleichzeitig ist es unter den 15- bis 22-jährigen unvorstellbar, keinen Social Media Account zu besitzen. Seit Mitte der 2000er Jahre gelten Blogs mit über einer Million aktiven Seiten als das populärste Medium, weshalb man heutzutage von einer ›Blogosphäre‹ spricht. Während sich die Mehrzahl der Beiträge auf Lifestyle- und Reisetipps beschränkt, stieg in den letzten Jahren auch die Anzahl an regimekritischen Stimmen, die über ungerechte politische, wirtschaftliche und soziale Zustände berichten – Themen, die in den öffentlichen Medien zensiert werden. Das begünstigte auch, dass sich Blogs zu einer Art ›alternativen Nachrichtenquelle‹ für diejenigen entwickelten, die den staatlichen Medien nicht mehr trauen.

Zu Beginn der 2000er Jahre konnten sich BloggerInnen noch relativ frei im Netz äußern, was sich aber bald ändern sollte. Als chinesische Militärboote im Jahr 2007 die Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer umzingelten – einem Territorium, das von beiden Anrainern beansprucht wird – und vietnamesische Fischer erschoss, empörten sich zahlreiche VietnamesInnen im Netz, gefolgt von landesweiten Straßendemonstrationen. 2009 folgte eine ähnliche Protestwelle aufgrund der sozialen und ökologischen Folgen des Bauxit-Abbaus durch chinesische Firmen in Vietnam.

Die Regierung realisierte zunehmend, welches politische Mobilisierungspotenzial in Social Media, vor allem in den populären Blogs, steckt und ging seitdem rabiater gegen Online-Aktivismus vor. Dabei ist die Einschränkung von Meinungs- und Internetfreiheit nur ein Mittel von vielen. Umfassende Überwachung, Verhaftungen und gewalttätige Übergriffe



*Anti-China Pro-
teste in Vietnam
© basphoto/
123rf.com*



gehören mittlerweile ebenfalls zu den täglichen Risiken von BloggerInnen.

Die Repressalien der Regierung

Um die legale Grundlage für die Verurteilung von den Andersdenkenden zu schaffen, bedient sich die Regierung zahlreicher vage formulierter Gesetze und Dekrete. Am häufigsten kommen Paragraphen aus dem Abschnitt über nationale Sicherheit des Strafgesetzbuchs zur Anwendung, zum Beispiel Paragraph 88 (›Verbreitung von Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam‹) und Paragraph 79 (›Aktivitäten, die den Sturz der Regierung zum Ziel haben‹). Neuere Dekrete verbieten ergänzend, sich online über politische Themen zu äußern. Diese undurchsichtig formulierten Aussagen lassen großen Interpretationsspielraum, was als Verbrechen gilt oder nicht. Als weiterer Grund für Verhaftungen zählt oft auch eine vermeintliche Beziehung zu dem transnationalen Netzwerk *Viet Tân*, das sich für demokratische Reformen in Vietnam einsetzt und von der Regierung als terroristische Organisation eingestuft wird. Hat ein Verurteilungsprozess schließlich begonnen, ist er schon nach wenigen Stunden wieder vorbei. Das Resultat ist stets dasselbe: langjährige Haft- und Bewährungsstrafen. Die Staatsmedien machen diese Urteile neuerdings zur Abschreckung öffentlich. In den Gefängnissen warten dann unmenschliche Lebensbedingungen auf die Inhaftierten: Sie müssen selbst für Essen und Hygieneartikel aufkommen, unzählige Stunden im Arbeitslager verbringen und körperliche Misshandlungen ertragen.

Mittlerweile jedoch fürchten die Online-AktivistInnen gewalttätige Übergriffe durch die Polizei oder verummte Gruppen viel mehr als lange Haftstrafen. Laut *Human Rights Watch* sank in den letzten Jahren zwar die Anzahl an Verurteilungen, doch wurden 2015 und 2016 jeweils mindestens 20 physische Übergriffe auf mehr als 50 Personen gemeldet, die sich zuvor alle kritisch im Netz geäußert hatten. Juristischer Beistand bleibt in solchen Fällen meist

aus, da Unterstützenden ein ähnliches Schicksal wie den Andersdenkenden blühen kann.

Zusätzlich greift die Regierung auch massiv in das Internetgeschehen ein, um Blogging-Aktivitäten und die Verbreitung missliebiger Nachrichten zu erschweren. Laut Recherchen der Stiftung *National Endowment for Democracy* wird das Ministerium für Staatssicherheit als besonders mächtige Instanz im Hintergrund vermutet: Seine Armee von Internetzensoren soll regelmäßig Cyberattacken durch sogenannte *Botnets* oder *Denial-of-Services-Attacks* (DDoS) durchführen, sodass Websites zeitweise nicht aufgerufen werden können. Gänzliche Blockaden betreffen Präsenzen aus dem Ausland wie *Radio Free Asia* oder die *British Broadcasting Corporation* (BBC). 2013 gab die Kommunistische Partei darüber hinaus zu, über 900 ›public opinion shaper‹ zu beschäftigen, um Online-Diskurse gezielt zu beeinflussen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass vier von sechs Zugriffen auf das internationale Web innerhalb des Landes überwacht werden.

Aus dem Leben gegriffen: Der Blogger *Đieu Cày*

Ein Fall zeigt die Ausmaße der Unterdrückung und Rechtswillkür der Regierung besonders deutlich. Im April 2008 wurde der Blogger und Mitbegründer des *Clubs der Freien Journalisten* Nguyen Van Hai, auch unter dem Pseudonym *Đieu Cày* (›Sprachrohr der Bauern‹) bekannt, mit Verdacht auf Steuerhinterziehung festgenommen und inhaftiert. Popularität erlangte er vor allem durch seine kritischen Berichte über die China-Politik der Regierung und Landenteignungen von Kleinbauern. Nach Absitzen seiner Strafe wurde ihm staatsfeindliche Propaganda vorgeworfen, sodass er hinter Gittern bleiben musste. 2012 wurde er mit zwei weiteren einflussreichen Mitgliedern des *Clubs der Freien Journalisten*, Ta Phong Tan und Phan Thanh Hai, erneut vor Gericht gebracht und zu weiteren zwölf Jahren Haft mit anschließendem fünfjährigen Hausarrest verurteilt. Seine Familie hatte währenddessen unter Schikanen zu leiden, denn sie wurden von der Polizei als Terroristen beschimpft und von der Nachbarschaft gemieden. Während seiner Gefangenschaft setzte Nguyen Van Hai seine Gesundheit zweimal ernsthaft aufs Spiel, als er in einen mehrwöchigen Hungerstreik trat, um auf die Situation friedlicher AktivistInnen in Vietnam aufmerksam zu machen.

Sein Schicksal verursachte einen internationalen Aufschrei: Sowohl NGOs wie *Amnesty International* als auch hochrangige Politiker wie der damalige US-Präsident Barack Obama riefen zu seiner Freilassung auf. Am 23.10.2014 wurde er aus der Haft entlassen und zum Exil in die USA ausgeflogen. Ob das am Druck durch die globale Öffentlichkeit lag oder

daran, dass die Regierung ihn abschieben wollte, ist nicht klar. Heute hält er sich in Westminster, Kalifornien, auf und erweckte dort den *Club der Freien Journalisten* (clbnhabaotudo.com) zu neuem Leben.

Effektive Unterdrückung - oder?

Es stellt sich die Frage, wie effektiv diese Maßnahmen zur Eindämmung der Kritik im Netz sind. Ohne Zweifel sind die Aussichten auf jahrelange Haftstrafen und die allgegenwärtig brutale Gewalt Grund genug zu schweigen. Wer sich im Netz bewegt, wird die Kosten und Risiken einer kritischen Äußerung abwägen und sich eventuell der Selbstzensur unterwerfen. Bleiben also zukünftig nur harmlose Posts über neueste Modetrends oder das Selfie aus dem Café zurück?

Wahrscheinlich nicht. Noch immer gibt es mutige Verfechtende der Meinungsfreiheit, die ihre Kritik öffentlich machen. Ihr Selbstbewusstsein wächst sogar: Viele gehen mittlerweile so weit, dass sie unter ihrem echten Namen veröffentlichen. Darüber hinaus kommt es den AktivistInnen zugute, dass die Manipulation des Internets von Seiten der Regierung lückenhaft ist. So ist beispielsweise die vietnamesische Firewall nicht mit der ›Great Firewall‹ Chinas zu vergleichen. Zusätzlichen Schutz bieten in manchen Fällen auch sogenannte *Virtual Private Networks* (VPNs), die genutzt werden, um Blockaden zu umgehen. Umfassende Wort- und Suchfilter konnten bisher ebenfalls nicht nachgewiesen werden.

Die Legitimation für ihr restriktives Handeln basiert nach Aussage der Regierung darauf, dass eine stabile, wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewährleistet sein soll. Doch wer den Zusammenhang zwischen Fortschritt und Unterdrückung finden will, sucht vergeblich. Vermutlich steckt die Regierung in einem Konflikt: Der wachsende Internetzugang hat Möglichkeiten für Debatten über bisher zensierte Themen geschaffen – das sorgt für Spannungen zwischen den Absichten, Kritik zu unterbinden und gleichzeitig neue Technologien zu fördern. Es stehen sich also der Wunsch nach Machterhalt und der Drang nach Reform gegenüber. Für letzteres braucht es mehr Transparenz und einen freien Informationsfluss, also auch Internet und Social Media, welche essenziell für die globale Vernetzung sind, um im Zeitalter der Digitalisierung nicht den Anschluss zu verlieren. Vor zwei Jahren sagte Vietnams Premierminister selbst: »Social Media are a necessity and cannot be banned.« Ein weiterer Punkt ist, dass Menschenrechtsverletzungen und Restriktionen Vietnam unattraktiver für Handelsabkommen und Entwicklungskooperationen machen. Diese sind wiederum notwendig, um Zugriff auf neue Märkte zu erhalten und die Abhängigkeit von China zu verringern.



Nguyen Van Hai
kämpft weiter für
die Meinungs-
freiheit
© Nguyen
Van Hai

Ausblick

Während Vietnam an den Verhandlungen über die *Transpazifische Partnerschaft* (TPP) teilnahm, ein Handelsabkommen, das die größte Freihandelszone der Welt schaffen könnte, sank zwar die Anzahl an inhaftierten BloggerInnen, doch die gewalttätigen Übergriffe gehen weiter. Im September 2015 bemerkte Nguyen Sinh Hùng, damaliger Vorsitzender der Nationalversammlung Vietnams: »We should not let the [overly vague national security] laws exist, paving the way for virtually anyone to be detained.« Das zeigt, dass in Regierungskreisen teilweise ein Umdenken eingesetzt hat – aber ob sich das in einem veränderten Umgang mit RegimekritikerInnen äußern wird, ist nicht absehbar. Dabei verdient die vietnamesische Bevölkerung endlich durchsetzungsfähige, politische ReformerInnen, die erkennen, dass ein freier Fluss von Informationen und nicht Restriktionen eine Nation stärken. ■

Literatur

- › Abuza, Z. (2015). Stifling the Public Sphere. Media and Civil Society in Vietnam. National Endowment for Democracy/International Forum for Democratic Studies: <http://www.ned.org/wp-content/uploads/2015/10/Stifling-the-Public-Sphere-Media-Civil-Society-Vietnam-Forum-NED.pdf>. Abgerufen am 29. Juli 2017.
- › Reporter ohne Grenzen (2017). Rangliste der Pressefreiheit 2017.
- › https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2017/Rangliste_der_Pressefreiheit_2017_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf. Abgerufen am 29. Juli 2017.
- › Human Rights Watch. (18. Juni 2017). No country for Human Rights Activists. Assaults on Bloggers and Democracy Campaigners in Vietnam. <https://www.hrw.org/report/2017/06/18/no-country-human-rights-activists/assaults-bloggers-and-democracy-campaigners>. Abgerufen am 29. Juli 2017.

von
Linda Wallbott

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt und Gastforscherin an der Vietnam Academy of Social Sciences.

Umweltfreundlichere Motorräder überwiegen noch
© Linda Wallbott

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Vietnams steiniger Weg zu einer grünen Transformation

Ein erschöpfter Mitarbeiter des Ministerial-Verwaltungsstabs sitzt vor uns. Es ist Oktober 2016, wir sind zu Besuch beim vietnamesischen Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen in der Hauptstadt Hanoi. Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP22, Marrakesch), bei der die Umsetzung des multilateralen Klimaschutzabkommens von Paris beraten werden soll, steht vor der Tür und die Koordination zwischen den verschiedenen Abteilungen und Ministerien ist langwierig. Einige Tage später, kurz vor Beginn des internationalen Treffens, wird Vietnam das Abkommen unterzeichnen und die Reduktion seiner Treibhausgase um acht Prozent (bis zu 25 Prozent) bis zum Jahr 2030 ankündigen. Die Umsetzung dieses Ziels wird allerdings durch Wechselwirkungen zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren beeinflusst.

Vietnam ist einer der neuen Tigerstaaten in Südostasien mit einer wachsenden Bevölkerung von gegenwärtig insgesamt ca. 92 Millionen Menschen, von denen ca. 70 Prozent jünger als 30 Jahre sind und die über 64 Provinzen verstreut leben. Das Land erfährt seit einigen Jahren einen rapiden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel, der nicht zuletzt durch die marktwirtschaftlichen Reformen im Jahr 1986 initiiert wurde. Gleichzeitig kann Vietnam nach wie vor als sozialistisch und autokratisch regiert bezeichnet werden (entscheidender politischer Akteur ist immer noch die Kommunistische Partei) – ein Merkmal, das in einem interessanten Spannungsverhältnis zur wirtschaftlichen Öffnung und dem Erstarken nicht-staatlicher Akteure steht. Nach Einschätzung der Weltbank hat sich die ökonomische Armut im

Land zwischen 1990 und 2014 von 80 Prozent auf 15 Prozent verringert und das Pro-Kopf-Einkommen seit 1985 (US-Dollar 240) knapp verzehnfacht. Mit dieser ökonomischen Wachstumsrate, mehr als 5 Prozent im Jahr 2014, und der angestrebten weiteren Expansion geht ein entsprechend hoher Energiebedarf einher. Gleichzeitig sieht sich Vietnam einer starken Vulnerabilität für die Folgen des Klimawandels ausgesetzt, also zum Beispiel dem Anstieg des Meeresspiegels, Versalzung, Zunahme tropischer Stürme, Dürren und Starkregen. Die besondere Anfälligkeit ergibt sich nicht zuletzt durch die Küstenlänge von mehr als 3400km und den strukturellen Faktor, dass fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist. Insbesondere Reis, Kaffee und Meeresfrüchte sind wichtige Exportgüter für Vietnam. Es besteht prinzipiell somit ein großes Eigeninteresse, zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels beizutragen, indem die eigenen nationalen Emissionen möglichst gering gehalten werden.

Als formale Folge wurden über die vergangenen Jahre eine Vielzahl von ambitionierten *Policies* formuliert; teils als Sektor-Entscheidungen, zum Beispiel im Bereich Erneuerbare Energien (Decision No.1855/QĐ-TT; Decision No.110/2007/QĐ-TTg; Decision No. 1855/2007; Decision No. 2068/2015/QĐ-TTg), teils aber auch als Rahmenregulierung, wie beispielsweise die *National Climate Change Strategy* und die *Green Growth Strategy* (und des assoziierten Aktionsplans).

Bis dato ist allerdings die Umsetzung dieses formalen Wandels nicht sehr weit gediehen. Der *Internationalen Energiebehörde* zufolge bezieht Vietnam nach wie vor beinahe 70 Prozent seiner primären Energie aus nicht-erneuerbaren Ressourcen wie Kohle und Öl – zunehmend aber auch aus Gas. Großes Potenzial bestünde hingegen sowohl bei Windenergie wie auch bei Energie aus Staudammprojekten. Vorbereitende industriepolitische Maßnahmen werden hier denn auch getroffen. So sind Investoren für Erneuerbare Energie-Projekte bis zu einem gewissen Maße von Steuern und Landnutzungsgebühren befreit (privater Landbesitz ist in Vietnam (noch) nicht erlaubt). Insbesondere große Infrastrukturprojekte, wie beispielsweise die Konstruktion von Staudämmen, gehen jedoch, dies ist beispielsweise bekannt aus Forschungen zu Projekten in Regionen wie Kambodscha und Malaysia, mit negativen Externalitäten für die lokale Bevölkerung und auch Entwaldung einher. Dies ist somit im Hinblick auf die Legitimität von Energiepolitik wie auch hinsichtlich der nationalen CO₂-Statistik nicht unbedingt



wünschenswert. Vor diesem Hintergrund scheint es demnach angeraten, Energiepolitik ganzheitlich zu gestalten und nicht nur in eine tatsächlich ›nachhaltige‹ Form der Bereitstellung von Energie zu investieren, sondern auch deren Einspeisetarife attraktiv zu gestalten und Nutzung generell effizienter zu machen – was wiederum Investitionen in das Stromnetz und entsprechende Sanierungen zur Erhöhung der Kapazität und der Modernisierung der Übertragungsnetze voraussetzt.

Darüber hinaus stellt sich außerdem die wichtige Frage, welche Sektoren national ›grün‹ weiterentwickelt werden sollen. Zentrale Bedeutung kommt hier, neben dem bereits erwähnten Bereich der Landwirtschaft, dem vietnamesischen Transportsektor zu, der nicht nur für die alltägliche Lebenswelt und Flexibilität der Vietnamesen selbst, sondern natürlich auch für die verarbeitende Industrie und den Tourismus relevant ist. So wird beispielsweise angenommen, dass in Ho-Chi-Minh-Stadt – bei einer Einwohnerzahl von mehr als 7 Millionen Menschen – täglich ca. 8.000 Motorräder und Mopeds sowie beinahe 1.000 Autos zu den bereits fahrenden rund 8 Millionen Bikes und 1 Million PKW hinzukommen. Der Individualverkehr beruht also immer noch stark auf motorisierten Zweirädern, die das Stadtbild prägen und angesichts der Dichte des Verkehrs nicht nur mobiler sind sondern auch wesentlich preisgünstiger als PKW, die wiederum mit einer hohen Importsteuer belegt werden (wobei Einfuhrzölle innerhalb der ASEAN Freihandelszone sinken).

Gleichwohl boomt der vietnamesische Automarkt und die vietnamesische Regierung unterstützt die Initiative des Konglomerats *Vingroup*, eine nationale Automobilproduktion aufzubauen (bereits jetzt lassen viele Unternehmen in Vietnam endfertigen). Dies stünde jedoch wiederum in einem deutlichen Spannungsfeld zu den ausgeschriebenen Klimazielen, wenngleich Vingroup sowohl Verbrennungswie auch Elektromotoren produzieren möchte. Insgesamt wäre also ein Umsteuern in Richtung eines nachhaltigen und auszubauenden öffentlichen Verkehrssystems wünschenswert (so wurde in Ho-Chi-Minh-Stadt jüngst auch mit dem Bau einer Metro-Linie, unterirdisch und in Hochlage, begonnen). Der Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur, basierend auf der Zuteilung entsprechender finanzieller Mittel und auf Verständigungsprozessen mit lokalen politischen Akteuren, ist also auch hier wieder ein entscheidender Faktor. Hierdurch könnten einerseits die nationalen Klimaziele eher erreicht und andererseits die Luftqualität verbessert werden, was auch positive indirekte Folgen mit sich bringen würde wie beispielsweise die Abmilderung gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch Atemwegserkrankungen.

Gleichzeitig steht die Regierung vor der Herausforderung, die sozialen Effekte der raschen ökonomischen und ökologischen Veränderungen abzuze-



Wo kommt der Strom her?
© Linda Wallbott

dern bzw. so zu gestalten, dass es in der sehr jungen, ethnisch diversen und momentan vor allem noch im ländlichen Raum lebenden Bevölkerung nicht zu Verwerfungen kommt. Denn auch soziale Aspekte, in Städten beispielsweise das Streben nach einem bestimmten ›westlichen‹ Lebensstil inklusive eigenem PKW als Statussymbol, beeinflussen die Möglichkeiten eines ›grünen‹ Wandels. In diesem Sinne steht die vietnamesische Regierung also vor der sehr vielschichtigen Herausforderung, eine substanzielle Transformation, die sich über verschiedene Sektoren und Sphären der Nachhaltigkeit erstreckt, und somit auch langfristige Prozesse wie die Anpassung der Infrastruktur und des Bildungsangebots umfasst, voran zu treiben.

Abschließend ist somit festzuhalten, dass Vietnam sich mit Blick auf die Formulierung politischer Ziele sicherlich auf dem richtigen Weg befindet; hinsichtlich der Umsetzung und einer partizipativen wie transparenten Gestaltung politischer Ziele wird es gleichwohl spannend sein zu beobachten, wie sich bereits bestehende Ansätze und Potenziale weiterentwickeln, und wie sich die neuesten globalen *Policy Trends* (wie zum Beispiel *climate-smart agriculture* oder elektrische Mobilität) im konkreten Kontext in welcher Art und Weise entfalten werden. ■

Anmerkung: Dieser Beitrag entstand im Rahmen des von der VW Stiftung (in Kollaboration mit dem Riksbankens Jubileumsfond und wellcome trust) geförderten Forschungsprojekts *Green Transformations in the Global South: opening the blackbox of a pro-active state and the management of sustainability trade-offs in Costa Rica and Vietnam* (www.greets-project.org).

KURZ NOTIERT

von Christopher Wimmer

■ Trump auf dem APEC-Wirtschaftsforum: staatsmännisch?!

»Wir waren Feinde«, sagte US-Präsident Donald Trump in seiner Ansprache vor dem APEC-Wirtschaftsforum in der Küstenstadt Da Nang bezogen auf die Sozialistische Republik Vietnam. »Nun sind wir seit langem Freunde und werden es bleiben.« Medien bezeichneten den Auftritt des Präsidenten, der sonst eher durch markige Worte auffällt, als ungewohnt staatsmännisch. Mit dem Gipfel in Vietnam loteten mehr als 20 Staaten aus dem Pazifikraum die Möglichkeiten ihrer künftigen Zusammenarbeit aus. An dem Treffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) nahmen unter anderem die Präsidenten der USA, Chinas und Russlands teil: Donald

Trump, Xi Jinping und Wladimir Putin. Die APEC ist eine internationale Organisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, im pazifischen Raum eine Freihandelszone einzurichten.

Gerade nach dem Scheitern der transpazifischen Partnerschaft TPP spielt APEC eine bedeutende Rolle. TPP hätte zwölf asiatische und amerikanische Länder in ein US-geprägtes Handelsgefüge einbinden sollen. China war beim TPP bewusst nicht eingeladen.

Doch auch ohne TPP ist für die USA der einstige Kriegsgegner Vietnam heute der wichtigste Handelspartner in Südostasien. Nach dem APEC-Gipfel reiste Trump so zu bilateralen Gesprächen mit Vietnams kommunisti-

scher Führung in die Hauptstadt Hanoi. Dort traf Trump auf Präsident Tran Dai Quang. Ganz so staatsmännisch blieb Trump dann dort doch nicht. Seine Tiraden richteten sich jedoch nicht gegen Vietnam, sondern gegen China. Die Volksrepublik würde einen »unfairen« Handel betreiben, da sie deutlich mehr Waren nach Amerika exportieren als umgekehrt. Das sei inakzeptabel. Wie die USA damit jedoch umgehen würden, lies Trump weitestgehend offen. Die Zukunft der Handelspolitik der USA bezogen auf den südostasiatischen Raum bleibt unter der Präsidentschaft Donald Trumps weiterhin unklar.

VNExpress 12.11.2017

Frankfurter Rundschau 10.11.2017

■ VietPride: Nicht selbstverständlich aber notwendig.

Ende September war es wieder soweit. Die LGBTI-Community von Ho-Chi-Minh-Stadt traf sich in der Fußgängerzone der Nguyen Hue Straße, um dort ihre Pride-Parade abzuhalten. Ziel der Parade war es, für die Liebe zu demonstrieren und sich für Gleichberechtigung von verschiedenen Sexualitäten einzusetzen.

Die Parade war Teil der VietPride-Veranstaltungsreihe 2017, die mehrere Paraden in ganz Vietnam

umfasst, in denen Solidarität mit lesbischen, schwulen, bisexuellen und transsexuellen Menschen gezeigt und für ihre Gleichberechtigung gekämpft werden soll.

Die jährliche VietPride wurde 2012 zum ersten Mal in Hanoi organisiert, bevor sie zu einer landesweiten Veranstaltung mit zehntausenden Teilnehmer_innen pro Jahr wurde. In diesem Jahr wurde die VietPride zwischen dem 29. Juli und dem 1. Oktober

in 35 Provinzen und Städten in ganz Vietnam gefeiert.

In Ho-Chi-Minh-Stadt allein kamen mehr als 2.000 Menschen zur Pride-Parade und zogen mit Regenbogenfahnen durch die Innenstadt – in der konfuzianisch und konservativ geprägten vietnamesischen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit aber unbedingte Notwendigkeit.

www.facebook.com/vietpride.vn/

Vietnam Daily News 29.9.2017

■ Weitere Verhaftungen von MenschenrechtlerInnen

Erstmal wurden sie »nur« vorgeladen. Zwei weitere Mitglieder der Menschenrechtsgruppe »Brotherhood for Democracy« sollten in Hanoi der Polizei Fragen zu ihrer Tätigkeit innerhalb der Organisation beantworten. Die Vorladung erfolgte in einer Zeit, in der die vietnamesische Regierung wieder verstärkt gegen regierungskritische SchriftstellerInnen und BloggerInnen vorgeht. Mindest-

tens sechs Mitglieder des »Brotherhood for Democracy«, die 2013 vom inzwischen ebenfalls inhaftierten Anwalt Nguyen Van Dai gegründet wurde, sind in den vergangenen Monaten verhaftet worden. Angeklagt werden sie aufgrund des Artikel 79 des vietnamesischen Strafgesetzbuches: Aufruf zum Sturz der Regierung. Das kommunistische Vietnam, in dem alle Medien staatlich kont-

rolliert werden, duldet keine Meinungsfreiheit und versucht dies, gerade auch im Internet, zu verbieten und BloggerInnen zu kriminalisieren. In Vietnam sind derzeit mindestens 84 politische Gefangene in Haft. Laut Amnesty International hat Vietnam die meisten politischen Gefangenen in ganz Südostasien.

Radio Free Asia 9.11.2017

The Economist 9.11.2017

KURZ NOTIERT

von Anke Timmann

Die Autorin ist Trainerin an der Akademie für internationale Zusammenarbeit (AIZ) der GIZ und bereitet Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit auf ihren Einsatz in Laos vor.

Persönliche Interessen stehen wirtschaftlicher Entwicklung des Landes im Weg

Ein Flughafen, der nicht fertig wird; ein Flughafen, der verwaist – die Bauprojekte der vietnamesischen *Hoang Anh Gia Lai Joint Stock Company* (HAGL) zeigen wie die Korruption in Laos die wirtschaftliche Entwicklung des Landes lähmt. Das vietnamesische Unternehmen war vor einigen Jahren auch an illegaler Abholzung und Landraub in Laos beteiligt. Im Norden verzögert sich die Fertigstellung des Flughafens *Nongkhang* in Houaphan sowie die seit Jahren ausstehen-

den Kompensationszahlungen an die lokale Bevölkerung aufgrund finanzieller Schwierigkeiten von HAGL. Die bereits 2014 begonnenen Bauarbeiten sollen nun nach einer einjährigen Unterbrechung im November 2017 wieder aufgenommen werden. Laut Vertrag sollte der Flughafen schon Mitte 2016 fertiggestellt sein. Der Flughafen in Attapeu, im Südosten des Landes ist zurzeit verwaist. *Lao Airlines* hatte die Route Vientiane-Attapeu 2016 für einige Monate angeboten, jedoch wieder

eingestellt, weil es kaum Reisende gab und *Lao Airlines* die Schulden nicht übernehmen konnte. Dass überhaupt ein Flughafen gebaut wurde, basiert Gerüchten zufolge auf den persönlichen Interessen des HAGL-Vorsitzenden. Der Flughafen liegt sechs Kilometer von HAGLs lokalem Büro in Laos, jedoch 26 Kilometer außerhalb der Stadt und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zu erreichen.

Vientiane Times, 31.10.2017

Radio Free Asia 23.10.2017

Laos zeigt Interesse an Waffenkauf in Indonesien

Premierminister Thongloun Sisoulith machte Mitte Oktober mit einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation seinen ersten offiziellen Amtsbesuch in Indonesien. Beim Treffen wurden auch zukünftige Möglichkeiten besprochen, die Kooperation im Bereich Sicherheit auszubauen. Auf einer Pressekonzferenz betonte der indonesische Präsident Joko Widodo, kurz »Jokowi« genannt, dass Indonesien bereit sei, Laos die Flugzeuge und Waffen zu verkaufen, die es

benötige. Eine offizielle Antwort steht noch aus. Im Rahmen des Ausbaus der indonesischen Waffenexporte, auch regional, bot Jokowi Waffen und Flugzeuge der beiden staatlichen Unternehmen *PT Pindad* (Persero) und *PT Dirgantara Indonesia* (PTDI) an. Das laotische Verteidigungsministerium habe angeblich einige Monate vorher bei einer Handels- und Tourismusmesse in der indonesischen Botschaft in Vientiane, bei der auch *Pindad* ausstellte,

Interesse gezeigt, Waffen wie Kurzgewehre und Munition zu kaufen. Bereits 2014 kaufte Laos Gewehre, Pistolen und Munition. Die eigentlichen Themen des Treffens zwischen Laos und Indonesien, Wirtschaft und Bildung, rückten in der Berichterstattung in den Hintergrund.

The Diplomat, 26.9.2017

und 17.10.2017

The Jakarta Post 12.10.2017

Visit Laos Jahr soll 5 Millionen TouristInnen bringen

Zum dritten Mal hat die laotische Regierung ein *Visit Laos Year* ausgerufen. Zuvor gab es bereits 1999/2000 und 2011/2012 sogenannte *Visit Laos Jahre*. Ziel ist es, 2018 rund 5,2 Millionen TouristInnen ins Land zu bringen und damit erstmals die 5 Millionen Marke zu knacken. Dadurch soll das jährliche Einkommen im Tourismussektor auf 900 Millionen US-Dollar steigen. Noch im Jahr 2000 kamen nur 737.208 Touristen jährlich, was dem Land beinahe 113,9 Millionen US-Dol-

lar einbrachte. Bis 2015 stieg die Zahl auf 4,6 Millionen BesucherInnen, knickte jedoch 2016 um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr ein. Bosengkham Vongdara, Minister für Information, Kultur und Tourismus führt das zurück auf komplizierte EinreiseprozEDUREN und höhere Preise als in den Nachbarländern. Als eine der Touristenattraktionen soll das 1.000 bis 1.300 Meter hoch gelegene Bolaven Plateau im Südosten des Landes entwickelt werden, das für den Kaffeeanbau bekannt

ist. ExpertInnen sehen Investitionen in biologische Anbauweisen und die Entwicklung des Tourismussektors auf dem Plateau als Chance, durch die Einnahmen zur Entwicklung des gesamten Landes beizutragen. Es bleibt zu hoffen, dass die weiterhin steigenden Touristenzahlen dazu führen, dass alle Teile der Bevölkerung gleichberechtigt vom ökonomischen Wachstum profitieren.

Xinhua, 24.10.2017

The Nation, 18.10.2017

KURZ NOTIERT

von Nadine Willner

■ Unabhängige Medien verlieren wichtige AkteurInnen

Am 4. September 2017 wurde die letzte Ausgabe der *Cambodian Daily* veröffentlicht, eine der wichtigsten unabhängigen Tageszeitungen Kambodschas. Sie kam der Mahnung der Regierung nicht nach, die angeblichen 6,3 Millionen US-Dollar Steuerschulden innerhalb eines Monats zu zahlen. Die finale Schlagzeile lautete »Descent Into Outright Dictatorship« und spielte u. a. auf die jüngsten Maßnahmen der Regie-

rung Hun Sens gegen die freien Medien, OppositionspolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen im Land an. Diese Schritte seien strategische Maßnahmen, um im Vorfeld der Wahlen 2018 starke oppositionelle Stimmen unwirksam zu machen. Die *Cambodian Daily* war bekannt für ihren offenen Umgang mit sensiblen Themen wie Korruption, Landrechte und Umweltproblemen. Die Zeitung gewann seit ihrer

Gründung 1993 mehrere journalistische Preise. Aber nicht nur die *Cambodian Daily* ist von der Zensur betroffen. Weiter verloren 18 unabhängige Radiostationen auf Grund ihrer eher regierungskritischen Haltung ihre Sendelizenzen, dazu gehören auch die US-finanzierten *Radio Free Asia* und *Voice of America*.

The Cambodian Daily 4.9.2017

The Guardian 4.9.2017

■ Hun Sens Macht bröckelt

Im Juli 2018 stehen die nächsten Nationalwahlen in Kambodscha an. Hun Sen, seit 30 Jahren mit seiner *Kambodschanischen Volkspartei* (KVP) an der Macht, will diese Wahl unter keinen Umständen verlieren. Bei den Kommunalwahlen 2017 blieb die KVP zwar stärkste Partei, sie verlor aber 500 Kommunen an die Opposition. 2012 hatte sie noch 1.592 der 1.632 Kommunen für sich verbuchen können. Grund für diesen Abfall an Popularität war nicht

zuletzt der Zusammenschluss der beiden Oppositionsparteien unter Sam Rainsy und Kem Sokha zur *Kambodschanischen Nationalen Rettungspartei* (KNRP). Sie sprachen speziell soziopolitische Themen an, Korruption und Klientelismus. Besonders die junge städtische Bevölkerung steht der Regierung nicht wohlgesonnen gegenüber. Um sich den geringsten Widerstand bei der Wahl zu verschaffen, greift Hun Sen zu undemokratischen Mitteln. Er übt

Druck auf die Medien aus, belastet Oppositionsführer Sokha des Hochverrats, welcher mit 30 Jahren Gefängnis bestraft werden kann und in verfassungsrechtlicher Konsequenz mit der Auflösung der Oppositionspartei enden würde. Rainsy lebt bereits im Exil. Ob die Wahlen frei und fair ablaufen und Hun Sen im Falle eines Machtwechsels seinen Platz friedlich räumt, bleibt abzuwarten.

Konrad Adenauer Stiftung 5.6.2017

The Guardian 13.9.2017

■ Ein internationales Problem: Illegale Rodungen

Der Regenwald von Prey Lang ist der letzte und größte zusammenhängende Tieflandregenwald auf dem südostasiatischen Festland. Er beherbergt mehr als 20 gefährdete Tier- und Pflanzenarten und bietet Lebensraum für über 200.000 Menschen, die den Wald nachhaltig nutzen. Reformen zwischen 1999 und 2004 beendeten offiziell die industrielle Rodung in dem Gebiet sowie die Verteilung von Landkonzessionen. Dennoch werden von der Regierung unter dem Deckmantel von Agro-Industriepflanzen oder Bergbau weiter Konzessionen verteilt und somit Abholzung und Landraub unterstützt. Dabei sind sowohl

ausländische als auch inländische Firmen mit Unterstützung der kambodschanischen Behörden am Raubbau beteiligt. Bis 2013 wies Kambodscha sogar weltweit die höchste Entwaldungsrate auf. Neueste Daten belegen, dass die Abholzungen 2016 nun dank der gesetzlichen Ausweitung neuer Schutzgebiete und durch stärkere Überwachung der Wälder durch lokale Umweltgruppen um 65 Prozent gesunken sind. Dennoch werden monatlich 72 Fälle illegaler Rodung gezählt. Fraglich ist zudem, ob der Rückgang dem Aktivismus zu verdanken ist oder dem mangelnden Nachwachsen der wertvollen Hölzer. Umwelt

NGOs und AktivistInnen setzen ihr Leben aufs Spiel, um die Regenwälder zu schützen. Einige Organisationen schließen mehr oder weniger freiwillig, da sie dem Druck und den Drohungen der Regierung gegen ihre Mitglieder nicht mehr Stand halten können, wie im Fall *Mother Nature* im September 2017. Der Vorsitzende Mönch Ven Dhammachat beantragte die Abmeldung der NGO beim Innenministerium, nachdem erneut mehrere AktivistInnen von lokalen Behörden festgenommen worden sind.

Phnom Penh Post 27.10.2017

Radio Free Asia 15.9.2017

KURZ NOTIERT

von Mandy Fox

Die Autorin arbeitet als freieberufliche Journalistin und ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Südostasienstudien der Universität Passau.

Regierung implementiert Empfehlungen der Rakhine Kommission

Handlungsempfehlungen für Frieden, Versöhnung und Entwicklung im Rakhine Staat wurden im August von der Kommission präsentiert, die im September 2016 auf Initiative der de facto Regierungschefin Aung San Suu Kyi eingesetzt und durch den ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan geleitet wurde. Wenige Stunden nach der Präsentation sollen Rebellen, die sich *Arakan Rohingya Salvation Army* (ARSA) nennen, Polizei- und Militärposten im Norden des Rakhine Staates angegriffen haben. Laut Regierungsangaben starben dabei 59 RebellInnen und zwölf myanmarische Sicherheitskräfte. Über die

ARSA gibt es bislang keine verlässlichen Informationen. Das Militär reagierte mit Offensiven im Norden des Rakhine Staates, in deren Folge sich die Zahl der vor den Kampfhandlungen flüchtenden Menschen auf über 500.000 erhöhte. Vorwiegend MuslimInnen, die sich selbst zur Gruppe der Rohingya zählen und vor allem im Norden des Rakhine Staates leben, fliehen nach Bangladesch. Betroffen sind aber auch Hindus, buddhistische Rakhine und andere Gruppen, die aus dem Kampfgebiet in andere Regionen des Rakhine Staates geflohen sind.

Die Kommission unter Führung von Kofi Annan führte Gesprä-

che mit PolitikerInnen, verschiedenen Menschen im Rakhine Staat, Binnenvertriebenen, Mönchen und Imamen und macht in ihrem Abschlussbericht konkrete Vorschläge, die u.a. die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage betreffen. Stabilität und Entwicklung könnten im Rakhine Staat nur durch Inklusion und Integration erreicht werden. Das myanmarische Präsidialbüro gründete daraufhin am 14. September 2017 einen Ausschuss, der die Empfehlungen der Kommission umsetzen soll.

The Irrawaddy, 2.10.2017

Myanmar Times, 14.9.2017

Voice of America, 25.8.2017

Interreligiöse Messe betet für Frieden im Rakhine Staat

Rund 30.000 Menschen versammelten sich am 10. Oktober 2017 in einem Yangoner Fußball Stadion zu einem interreligiösen Gebet. BuddhistInnen, Christen, Hindus und MuslimInnen wollen Geschlossenheit zeigen und beten für Frieden im Rakhine Staat. Win Maung, Abgeordneter der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) sagte im Vorfeld der Zeremonie, dass es der Welt zei-

gen würde, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens in Myanmar in Harmonie leben könnten. In der Rede von Myanmars katholischem Kardinal Charles Maung Bo heißt es: »Jetzt sieht die Welt Myanmar als ein herzloses Land. Aber die universale Religion der Menschen in Myanmar sind Mitgefühl und Sympathie.«

Mitte November wird Papst Franziskus nach Myanmar reisen,

um sich mit Staatsrätin Aung San Suu Kyi zu treffen. Erst im Mai dieses Jahres haben Myanmar und der Vatikan diplomatische Beziehungen aufgenommen, kurz nachdem Suu Kyi während einer Europareise mit Papst Franziskus zusammengetroffen war.

Mizzima, 10.10.2017

Mizzima, 13.10.2017

Zweiter Geburtstag des landesweiten Waffenstillstandsabkommens in Myanmar

Die Regierung wird am Friedensprozess festhalten, auch wenn es schwierig ist, alle ethnischen bewaffneten Gruppen an einen Tisch zu bekommen, sagte die de facto Regierungschefin Aung San Suu Kyi anlässlich des zweiten Geburtstages des landesweiten Waffenstillstandsabkommens (NCA) in Myanmar am 15. Oktober 2017. In Myanmar kämpfen über 20 ethnische bewaffnete Gruppen (EOs) für mehr Autonomie und Selbstbestimmung, aber

nur 15 von ihnen wurden von der myanmarischen Regierung im Jahr 2015 eingeladen am Prozess für das NCA teilzunehmen. Acht Gruppen unterzeichneten letztlich das Abkommen. Gruppen, die vom NCA und der Friedenskonferenz ausgeschlossen waren, schlossen sich in der *Northern Alliance* zusammen. Seit Dezember 2016 ist die Allianz in Kämpfe mit dem Militär verwickelt. In diesem Jahr wurden auch Gruppen eingeladen, die das Waffen-

stillstandsabkommen nicht unterzeichnet hatten, doch sie nahmen nicht teil. Der politische Analyst U Maung Maung Soe sagte der *Myanmar Times*, dass sowohl die Staatsrätin Aung San Suu Kyi als auch der Oberkommandierende der Streitkräfte Min Aung Hlaing keine spezielle Strategie hätten, mit der sie die Nicht-Unterzeichner in den Friedensprozess einbinden könnten.

Myanmar Times, 16.10.2017

Mizzima, 12.10.2017

von
Marlen Britsch

übersetzt
von Verena
Wittrock

Die Autorin studiert an der Universität Passau. Ihre Studien zu Nutzen und Einfluss von Social Media während des Arabischen Frühlings weckten ihr Interesse an dessen Einfluss auf die thailändische Gesellschaft.

Die Leute wissen, was sie nicht posten sollten

Interview mit Karim Mirak über Facebook-Zensur in Thailand

Karim Mirak (Name aus Datensicherheitsgründen geändert) ist Wissenschaftler und beschäftigt sich mit dem relativ neuen Phänomen von Online-Medien in Thailand. Dabei konzentriert er sich vor allem auf Social Media, insbesondere Facebook.

Thailand, Bangkok 2010. Eine der größten politischen Mobilisierungen in der thailändischen Geschichte seit Errichtung des Militärregimes im Jahr 1992. Nach einer langen Periode von Konflikten, Demonstrationen und der Teilung der thailändischen Gesellschaft in *Rot-* und *Gelbhemden* kommt es im März 2010 zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Sicherheitskräften und Anti-Regierungsdemonstranten, die von der *United Front for Democracy against Dictatorship* (UDD), den so genannten *Rothemden*, getragen wird. Sie fordern die Auflösung der gegenwärtigen Regierung und die Wiederergreifung der Macht durch den früheren Premierminister Thaksin Shinawatra. Zwischen Demonstranten und Militär eskaliert die Situation. Am 19. Mai beenden bewaffnete Streitkräfte schließlich den Protest der *Rothemden*, jedoch wurden viele Menschen getötet oder verletzt, UDD-Anhänger verhaftet, Menschenrechte verletzt und die mediale Berichterstattung zensiert.

Marlen Britsch: Wie kamen Sie auf die Idee, eine Forschungsarbeit auf Facebook zu starten?

Karim Mirak: Am Anfang habe ich Facebook für eigene Zwecke benutzt, um mein Leben im Ausland mit meinen Freunden und meiner Familie zu teilen. Später begann ich mit der Recherche über die thailändische Mittelschicht, insbesondere Menschen in Bangkok. Als ich 2010 nach Thailand zurückkam, wurde die politische Lage immer prekärer. Der Anstieg an Facebook-Nutzern war zu dieser Zeit ein neues Phänomen in der thailändischen Gesellschaft. Die thailändische, urbane Mittelschicht entdeckte Facebook als eine neue Social-Media-Plattform, ein Ausdrucksmittel für eigene Ideen.

Marlen Britsch: Waren die politischen Ereignisse von 2010 der Hauptgrund, warum die Menschen mit der Nutzung von Facebook begannen?

Karim Mirak: Ja, es war der Auslöser. Politischer Protest war durchaus üblich. Aber dass die Menschen von Handys oder Zeitungen zu Online-Plattformen wechselten, war neu. Zum ersten Mal überhaupt nutzten die Menschen in der thailändischen Gesellschaft Social Media für politisch motivierte

Zwecke. Vor allem die schnellere Verbreitung von Informationen spielte eine wichtige Rolle. Es half dabei, sich einen schnellen Überblick über die politische Lage zu verschaffen.

Marlen Britsch: Wie reagierte die Regierung? Wurden Webseiten gesperrt?

Karim Mirak: Ja. In Thailand haben wir nur Zugang zu einigen internationalen Zeitungen, Forschungsarbeiten oder NGO-Reports. Manche sind gesperrt, manche nicht. Besonders betrifft dies internationale Zeitungen, die sich mit etwas beschäftigen, das die Regierung als Angriff oder Provokation des ›Friedens‹ ansieht. Es ist eine weit verbreitete Ansicht, dass die Regierung kritische Facebook-Inhalte zu lizenzieren versucht.

Marlen Britsch: Wie reagieren die Menschen?

Karim Mirak: Ich denke, die Menschen gehen irgendwie damit um. Wenn ein Artikel oder Bericht einen negativen Effekt auf den Ruf Thailands hat, schreibt das Ministerium einen Brief und bittet seine Autoren darum, ihn verschwinden zu lassen.

Erst kürzlich, im Mai 2017, bat die thailändische Regierung, vertreten durch das thailändische Strafgericht, Facebook um die Sperrung von 600 Seiten. Dabei berief man sich auf die strengen Gesetze der Majestätsbeleidigung. Generell ist Facebook dazu gewillt, Seiten zu sperren, wenn sich deren Inhalt gegen lokale Gesetze richtet. Bisher gab es allerdings noch kein offizielles Statement seitens der thailändischen Regierung bezüglich der Sperrungen. Wenn Nutzer in Thailand entsprechende Webseiten aufzurufen versuchen, sehen sie lediglich die folgende Information: »Content unavailable in Thailand. You are unable to view this content because local laws restrict our ability to show it.« Zeitungen sprechen von zusätzlich 131 URLs, die von der Sperrung betroffen sind. Insgesamt fielen der Sperrung durch das Strafgericht seit 2015 knapp 7000 Webseiten zum Opfer.

Marlen Britsch: Würden Sie genauer auf Zensuren durch die Regierung eingehen?

Karim Mirak: Es gibt viele Fälle. Schon vor Facebook zensierte man in einem ähnlichen Maß, aber mit anderen Mitteln. Heute sind sich die Menschen dessen genau bewusst und wissen, was sie besser nicht posten sollten. Besonders traditionellere

Medien wie Zeitungen und ihre Onlinepräsenzen zensieren sich selbst stark. Ein Beispiel dafür ist die Webseite *Prachatai*. Der Administrator, der für den gesamten Inhalt verantwortlich ist, achtete nicht genau auf den Inhalt eines Kommentars, der den König beleidigte, so dass er im Gefängnis landete. Es hängt immer vom Redakteur oder Besitzer des jeweiligen Mediums ab, Postings zu entfernen, die sich gegen die Krone richten.

Marlen Britsch: Und wenn sie es nicht tun?

Karim Mirak: Wenn sie es nicht tun, werden sie eingesperrt.

Marlen Britsch: Wer entscheidet, welche Informationen sich gegen die Krone richten?

Karim Mirak: Es gibt Regelungen für Majestätsbeleidigung. Regierungsbeamte und Polizisten können darauf zurückgreifen, um Menschen ins Gefängnis zu bringen.

Marlen Britsch: Birgt es ein noch höheres Risiko, Facebook für offizielle Postings oder aktivistische Ideen zu nutzen?

Karim Mirak: Es kommt darauf an, wie Menschen es benutzen. Wenn man es auf eine intelligente Art und Weise macht, erreicht man, was man möchte. Wenn man allerdings die strikten Gesetze der Majestätsbeleidigung missachtet, wandert man direkt ins Gefängnis.

Marlen Britsch: Im Rahmen Ihrer Forschungsarbeit beschäftigen Sie sich mit drei Fallbeispielen. Eines

Thailands Gesetze der Majestätsbeleidigung zählen zu den strengsten der Welt. Artikel 112 des *Thai Criminal Code* besagt, dass jeder, der den König, die Königin, den rechtmäßigen Thronfolger oder den Regenten diffamiert, beleidigt oder angreift, mit einer Gefängnisstrafe von bis zu 15 Jahren bestraft wird. Der später hinzugefügte Artikel 116 verbietet Reden, Schriften oder Ähnliches, die einen Verstoß gegen die Konstitution initiieren, und sieht eine Freiheitsstrafe von bis zu sieben Jahren vor. Vor allem diese beiden Gesetze lassen den Gegenstand der freien Meinungsäußerung äußerst fraglich erscheinen. Mit Artikel 44 wurde dem Militär schließlich die volle Gewalt zugesprochen, gegen jeden vorzugehen, dessen Handlungen die »öffentliche Einheit und Harmonie« gefährden.

davon ist die *Garbage Collection Organization*. Was macht sie?

Karim Mirak: Die *Garbage Collection Organization* ist eine Gruppe von Menschen, die von einem früheren Militärangehörigen geleitet wird, einer königstreuen Person. Sie sind auf Facebook aktiv und versuchen den König und die Monarchie zu schützen. Wenn sie etwas finden, das die Krone beleidigt, melden sie es der Polizei. Sie sind nicht vom Staat gelenkt, sondern agieren freiwillig.

Marlen Britsch: Bedeutet Kritik am König auch gleichzeitig Kritik an der Regierung?

Karim Mirak: Nein, das sind zwei unterschiedliche Dinge. Den König kann man nicht kritisieren,





ISBN 978-3-89502-394-1

Gunnar Stange /
Rolf Jordan /
Kristina Großmann (Hg.)

Handbuch Indonesien

Das »Handbuch Indonesien« greift Themen aus den Bereichen Kultur, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Indonesien und innerhalb der deutsch-indonesischen Beziehungen auf.

528 Seiten
Klappenbroschur
19,90 Euro

aber es ist erlaubt, etwas gegen die Regierung zu sagen.

Marlen Britsch: Würden Sie es als Erstarken des Militärregime bezeichnen, wenn frühere Militärangehörige beschließen, Privatorganisationen zum Schutz des Königs zu gründen?

Karim Mirak: Ja, wir befinden uns momentan in einem Militärregime. Schon seit drei Jahren! Das Militär nutzt Facebook vor allem, um Macht auszuüben. Es ist komplett anders als in andere Ländern, wo Facebook normalerweise das Gegenteil bedeutet: ein Ort der Freiheit und Instrument der Demokratisierung. Letztes Jahr fand einer meiner Studenten heraus, dass die Polizei eine eigene Operation gestartet hatte, um Facebook und die Online-Medien beobachten zu können. Es ist ziemlich schwierig, genauere Informationen dazu zu finden, weil es ein großes Geheimnis ist.

Marlen Britsch: Gibt es Menschen, die nach mehr Informationen suchen?

Karim Mirak: In Thailand sucht man nicht systematisch. Wenn man etwas in der Gesellschaft untersuchen möchte, muss man mit Interviews von Einzelpersonen anfangen. Aber es ist schwierig, mit der Regierung in Kontakt zu treten. Es wird nicht darüber gesprochen. Beispielsweise wurde ein Interview mit der Administration der *Garbage Collection Organization* abgesagt, bevor ich dort eintraf. Deshalb arbeiten wir vor allem durch teilnehmende Beobachtung.

Marlen Britsch: Glauben Sie, dass es trotzdem zu größeren Demonstrationen kommen könnte?

Karim Mirak: Nein, das glaube ich nicht. Es gibt ein Gesetz, das keine politischen Ansammlungen von mehr als fünf Menschen erlaubt. Außerdem gibt Artikel 44 der Militärregierung völlige Legitimation, ihre Macht auszuüben. Deshalb versuchen wir uns an weniger korrupte Politiker zu wenden, aber Korruption ist überall! Und es gibt noch keine Bewegung, die Hoffnung bringen kann.

Marlen Britsch: Es gibt niemanden, der nach Demokratie fragt?

Karim Mirak: Die Intellektuellen haben es versucht und einige Konferenzen organisiert. Aber nach einer Weile haben sie realisiert, dass die Regierung dabei verdeckt ermittelte. Sie verhielten sich wie normale Teilnehmer, aber haben jeden beobachtet. Man kann nie wissen, was passiert. Sie könnten an Ihrer Tür klopfen und Sie auf einen Kaffee einladen, und Sie dabei bespitzeln.

Marlen Britsch: Was Ihre Fallstudie bezüglich *Resistant Citizen* angeht, was ist ihr eigentliches Ziel?

Karim Mirak: Sie wollen ihre Redefreiheit zum Ausdruck bringen, indem sie das Recht einfordern, öffentlich eigene Ansichten äußern zu können. Neuigkeiten verbreiten sie über einen gewöhnlichen Nickname: »*Resistant Citizen*«, das ist ihre Strategie, um die Lage für das Militär zu erschweren. Deshalb nenne ich es soziales Kapital. Die Mitglieder der Gruppe sind professionelle Aktivisten, intellektuelle Studenten. Sie wissen genau mit dieser Art von Protest und Social Media umzugehen, und sie sind sich ihres aktivistischen Einflusses durchaus bewusst.

Marlen Britsch: Werden sie von der Regierung beobachtet?

Karim Mirak: Ja, sie bewegen sich im öffentlichen Raum und die Regierung kennt sie. Sie treffen sich öffentlich in kleinen Gruppen von vier Personen und ziehen online Aufmerksamkeit auf sich. Das Problem für das Militär ist ihr kollektiver Name, die Nicht-Existenz einer individuellen Person, die zur Verantwortlichkeit gezogen werden kann.

Marlen Britsch: Gibt es Hoffnung für die Demokratie?

Karim Mirak: Wir hoffen es, aber es ist abhängig von der Regierung. Sie hat uns in den letzten zwei Jahren immer wieder erzählt, dass wir bald zur Demokratie zurückkehren werden. *[lacht]* ... aber wann das sein wird, weiß niemand. ■



Jetzt erhältlich...

Die vierte und vollständig überarbeitete Neuauflage des »Handbuch Philippinen« ist jetzt erhältlich. Das Buch liefert tiefe Einblicke in Geschichte und Gegenwart, Land und Leute. Es verdichtet Informationen zu zentralen gesellschaftspolitischen Problemfeldern in zahlreichen Beiträgen geschrieben von langjährigen PhilippinenkennerInnen.

Bestellen sie unter vertrieb@asienhaus.de.

Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.): Handbuch Philippinen.
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.
ISBN 978-3-8950-2339-2 • 495 Seiten • € 19,90 (D)

KURZ NOTIERT

von Martina Eichmann

Die Autorin studiert Ethnologie und Religionswissenschaft mit Schwerpunkt Thailand und Südostasien an der Universität Heidelberg.

Wahltermin erneut im Fokus

Seit der Machtübernahme durch die Militärregierung im Jahr 2014 wartet die Mehrheit der ThailänderInnen auf Parlamentswahlen. Die Festsetzung eines Wahltermins wurde bis heute immer wieder verschoben und rückt nun erneut in den öffentlichen Fokus. Bei einer Pressekonferenz nur wenige Tage vor dem Jahrestag des Todes von König Bhumibol Adulyadej verkündete General Prayuth, dass die ThailänderInnen im November des nächsten Jahres wählen werden. Dies ist wohl die deutlichste Aussage zu einem Wahltermin, die in den letzten dreieinhalb Jahren veröffentlicht wurde. Das exakte Datum soll

jedoch erst Mitte kommenden Jahres, um den Juni 2018 herum, bekannt gegeben werden. Bereits mehrere Male stellten die Generäle des Militärs den Menschen in Thailand eventuelle Wahltermine in Aussicht – umgesetzt wurde jedoch bisher keiner. Die Verzögerungen begründete die Regierung vor allem mit Sicherheitsbedenken und politischen Unruhen. KritikerInnen hingegen betrachten den Aufschub der Wahlen als strategischen Zug um weiterhin die Macht des Militärs im Land zu verfestigen, wie beispielsweise mit den Änderungen der Verfassung im Frühjahr dieses Jahres. Kan Yuenyong der *Siam Intelli-*

gence Unit betont, dass das nationale und internationale Drängen auf einen Wahltermin sowie der Druck auf die aktuelle Regierung mit dem Ende der Trauerzeit um den vorherigen König erneut ansteigt. Diesem Drängen nahm Premierminister Prayuth bereits im Vorfeld der Einäscherungszeremonien den Wind aus den Segeln. Doch um die Frage beantworten zu können, ob die Ankündigungen für Parlamentswahlen im November 2018 auch wirklich zur Realität werden, müssen sich die ThailänderInnen erneut viele Monate gedulden.

Bangkok Post, 6.10.2017

Bangkok Post, 10.10.2017

Verbleib von Yingluck Shinawatra

Das plötzliche Verschwinden und der Verbleib von Ex-Premierministerin Yingluck Shinawatra, die Ende August 2017 aus Thailand floh, sorgt immer wieder für kontroverse Spekulationen. Am 27. August 2017 wurde die ehemalige Regierungschefin in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Sie wurde vom Obersten Gerichtshof für Straftaten von Politikern aufgrund von Misswirtschaft und Korruption

während ihrer Amtszeit, insbesondere im Rahmen des umstrittenen Reisförderprogramms, schuldig gesprochen. Sie verließ Thailand bereits vor der Urteilsverkündung und floh Presseberichten zufolge über Dubai nach London. Nach aktuellem Stand plant sie laut CNN in England oder in anderen europäischen Ländern Asyl zu beantragen. Währenddessen hat die thailändische Regierung bereits Interpol angefragt

und hofft auf internationale Unterstützung bei der Auslieferung der Flüchtigen. Da sie im Rahmen der dreißig täglichen Frist nach der Urteilsverkündung keine Berufung einlegte und auch nicht erschien, um ihre Strafe anzutreten, wurden nun vom Außenministerium alle Ausweise Yingluck Shinawatras für ungültig erklärt.

CNN 28.9.2017

Bangkok Post, 30.10.2017

The Nation, 1.11.2017

Thailändisches Schulsystem laut UNESCO mangelhaft

Die UNESCO kritisierte in ihrem »Global Education Monitoring Report 2017/2018« das thailändische Schulsystem. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur betonte, dass das Bildungssystem Thailands in den vergangenen Jahren nur wenige Fortschritte erzielte und deutlich verbesserungswürdig sei. Kritisiert wurde u. a., dass die maximale Anzahl an SchülerInnen pro Lehr-

kraft nicht geregelt sei. Außerdem würde laut UNESCO die Grundausbildung in Mathematik sowie die allgemeinen Sprachkenntnisse bei ungefähr der Hälfte der SchülerInnen nur dem minimalen Standard entsprechen. Andererseits muss Thailand zugute gelegt werden, dass es ein staatlich anerkanntes Recht auf Bildung gibt, was global gesehen nur etwa fünfzig Prozent der Länder gewährleisten. Zusätzlich berichtet der

Report, dass fast die gesamte thailändische Bevölkerung die Grundschule absolviert und auch Mädchen in diesem Prozess nicht ausgeschlossen sind. Alles in allem entspricht das thailändische Schulsystem vielleicht nicht den international angestrebten Standards der UNESCO, es demzufolge aber einer Pauschalkritik zu unterziehen wäre unangebracht.

Bangkok Post 25.10.2017

Ganz Malaysia ist von Zensur besetzt ...?

Die Autorin
studiert Kultur-
wirtschaft mit
dem Fokus auf
Südostasien an
der Universität
Passau.

Ganz Malaysia? Nein! Ein kleines Dorf namens »Internet« leistet(e) unermüdlich Widerstand. Malaysia ist für seinen repressiven Umgang mit Medien bekannt. Auf der von *Reporter ohne Grenzen* jährlich veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit steht Malaysia seit Jahren im untersten Fünftel, auch die NGO *Freedom House* stuft Malaysia bezüglich der Pressefreiheit in die schlechteste Kategorie ein. Im Jahr 2015 wurden nun zum ersten Mal öffentlich Websites im Internet blockiert. Damit ist eine neue Dimension der Zensur erreicht.

Schon bei den gedruckten Medien ist in Malaysia von Meinungsfreiheit nicht viel zu erkennen gewesen: Mithilfe des *Printing Presses and Publications Act* (PPPA) von 1984, laut dem Medienunternehmen und Verlage eine Veröffentlichungsgenehmigung des Innenministeriums benötigen, unterliegt die gesamte Branche einer indirekten Kontrolle der Regierung. Hinzu kommt, dass die meisten Verlage im Besitz von Regierungsvertretern sind. So bleibt regierungskritischer Berichterstattung nicht viel anderes übrig, als nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen. Hier bietet sich das Internet als gepriesener Ort der Meinungsfreiheit an. Oder etwa nicht?

Zahlreiche Gesetze verhindern eine freie Meinungsäußerung

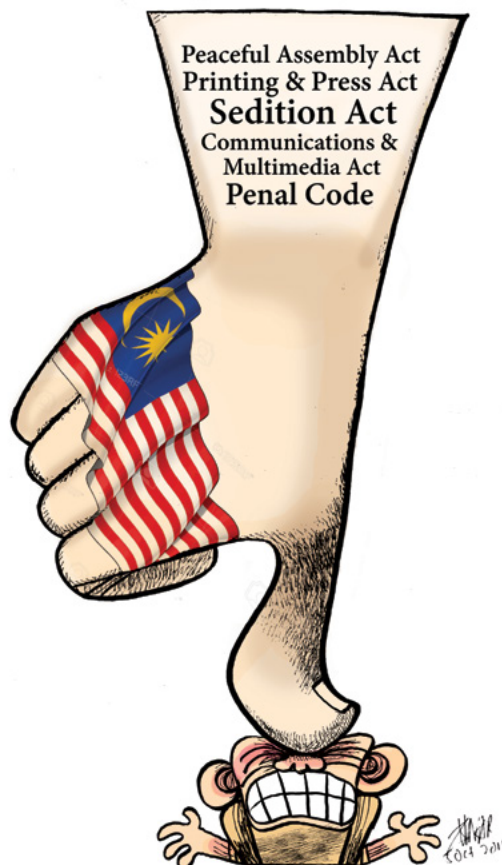
Es hat sich gezeigt, dass der kontrollierenden Hand der Regierung nicht so leicht zu entkommen ist: Es existiert eine ganze Flut an Gesetzen, die es ermöglichen, auch außerhalb der Printmedien gegen unliebsame Stimmen vorzugehen. Teile der staatlichen Zensurmaschinerie sind zum Beispiel der *Official Secrets Act*, der *Sedition Act* und der *Internal Security Act* (ISA). Letzterer erlaubte eine Festnahme von sechs Tagen bis zu zwei Jahren ohne Gerichtsverfahren und wurde seit 2012 durch den *Security Offences Special Measures Act* (SOSMA) abgelöst, der die Haftzeit auf »nur« 28 Tage verkürzt. All diese Gesetze ermöglichen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, das Vorgehen gegen Regierungskritiker inklusive ihrer Festsetzung ohne rechtsstaatliche Verfahren. Durch schwammige Formulierungen bieten sie der Regierung eine Bandbreite an Handlungsmöglichkeiten: Was als »seditious«, also aufrührerisch gilt, liegt letzten Endes im Auge des Betrachters. Als Reaktion auf die zunehmende Digitalisierung gibt es zusätzlich die *Malaysian Communications and Multimedia Commission* (MCMC), die als eine Art Online-Wachhund den Medienbereich außerhalb des Gedruckten kontrolliert.

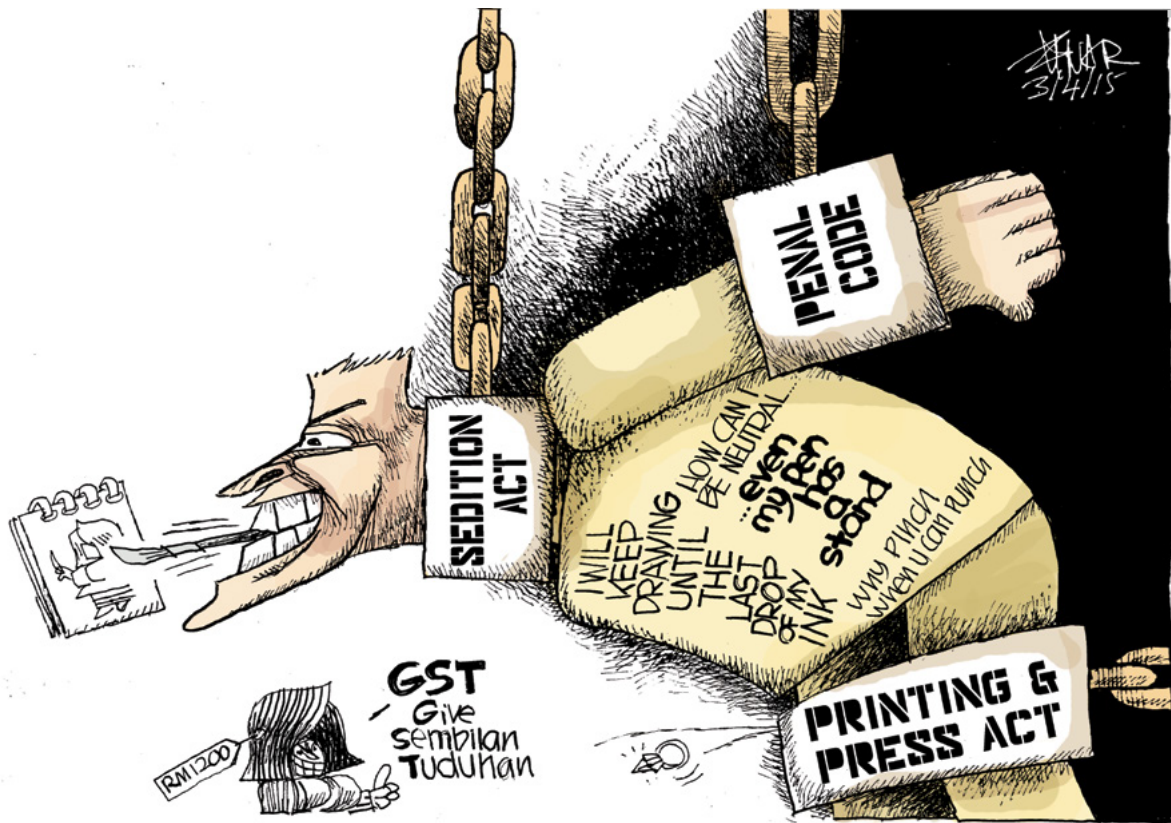
Der Fall des Cartoonisten Zunar

Einer, der diese strenge Gesetzeslage schon oft am eigenen Leib zu spüren bekam, ist der Cartoonist Zulkiflee Anwar Haque, besser unter seinem Künstlernamen Zunar bekannt, den die Zeitschrift **südostasien** in der Ausgabe 03/2016 interviewte. Die Regierung hatte ihn bereits häufiger im Visier und berief sich dabei auf den PPPA, den *Sedition Act* oder den *Penal Code* Malaysias, der seit 2012 eine Erweiterung enthält, die eine Haftstrafe von bis zu 20 Jahren für Aktivitäten vorsieht, die als »Bedrohung für die parlamentarische Demokratie« ausgelegt werden.

In Folge von Twitter-Posts im Februar 2015, in welchen sich Zunar kritisch zur Verurteilung des Oppositionsführers Anwar Ibrahim äußerte, sieht er sich nun der Gefahr einer 43-jährigen Gefängnisstrafe ausgesetzt. Im Januar 2016 wurde er von der *Washington Post* mit folgenden Worten zitiert: »In such an environment, people like me must turn to the Internet to share our opinions and art. But now that space is under attack as well. [...] If a person can face sedition charges for stating a belief in 140 characters or less, then there is no freedom of expression.«

Eine Karikatur
des Cartoonis-
ten Zunar zeigt,
wie zahlreiche
Gesetze freie
Meinungsäuße-
rung in Malaysia
verhindern.
© www.zunar.
my





Ein Selbstporträt
des Karikaturis-
ten Zunar
© www.zunar.
my

RegierungskritikerInnen online und offline im Visier

Auch Online-Zeitschriften bleiben von der Zensur nicht unberührt. Ein Beispiel einer erfolgreichen regierungskritischen Zeitung ist *Malaysiakini*, deren Artikel wegen des PPPA ausschließlich online erscheinen. Dies hält die Regierung jedoch nicht davon ab, offline gegen sie vorzugehen. Von Pressekonferenzen werden sie ausgeschlossen oder es ist ihnen bei Teilnahme verboten, Fragen zu stellen. Auch wirtschaftlich wird ihnen Druck gemacht: Der Vermieter zog erst nach internationalem Protest die Kündigung der Geschäftsräume zurück und die Finanzierung über Werbeanzeigen wird schwierig, wenn auf einmal keine Inserate mehr geschaltet werden.

All dem zum Trotz konnte das Internet seinen Ruf als Plattform für Regierungskritik und Kontroverses in Malaysia bis vor Kurzem aufrechterhalten. So sagte beispielsweise Steven Gan, Gründer von *Malaysiakini*, im Jahr 2004 dem *Deutschlandfunk*: »Regierungskritisch eingestellte Menschen wie ich bekommen keine Drucklizenzen. Deshalb weichen wir ins Internet aus. Denn die Regierung hat versprochen, im Internet keine Zensur auszuüben. Die Menschen wollen eine andere Sicht der Dinge erfahren.«

Er beruft sich damit auf den Zehn-Punkte-Plan im Rahmen des »Multimedia Super Corridor«-Projektes zur Entwicklung der Informationstechnologie aus den 1990er Jahren. Damals versprach man den Investoren, dass keine Zensur im Internet stattfinden werde. Auch im *Communications and Multimedia*

Act von 1998 wurde versprochen: »Nichts in diesem Gesetz soll so ausgelegt werden, dass es eine Zensur des Internets erlaubt.«

Öffentliche Zensur im Internet

Damit ist jedoch seit Juli 2015 Schluss. Zum ersten Mal in der Geschichte Malaysias hat die Regierung öffentlich zur Online-Zensur gegriffen. Vorher gab es bereits inoffizielle Manipulierungsversuche: Im April 2011 wurden zum Beispiel bei lokalen Wahlen Berichtsseiten wie *Sarawak Report*, *Radio Free Sarawak*, *Dayak Baru Blog* oder *Malaysiakini* Ziele staatlicher Hacker-Angriffe.

Als 2015 jedoch der Korruptionsskandal um den Premierminister Najib Razak ans Licht kam, dem vorgeworfen wurde, Gelder aus dem Staat-Entwicklungs-Fond *1MDB* in die eigene Tasche gesteckt zu haben, sah sich die Regierung gezwungen, noch einen Schritt weiterzugehen. Blogs und Online-Nachrichtensender, die kritisch über den Vorfall berichteten, wurden unter Berufung auf den *Communications and Multimedia Act* blockiert – beginnend mit dem aus London betriebenen Blog *Sarawak Report* und gefolgt von weiteren wie etwa den Online-Zeitschriften *Malaysia Chronicle* und *The Malaysian Insider*. Auch die internationale Presse wurde online blockiert, wie beispielsweise der Zugang zur Zeitschrift *Asia Sentinel* im Januar 2016 oder der Blogging-Plattform *Medium* mit wiedergeposteten Artikeln von *Sarawak Report*.

Innerhalb von
Asien zensierte
Malaysia 2016
die drittmeiste
Anzahl von The-
men im Internet.
© Freedom
House; www.
freedomhouse.
org

CENSORED TOPICS BY COUNTRY



Die Blockade zeigte jedoch gemischte Effekte. Im Fall von *Sarawak Report* hatte die Aktion laut *Human Rights Watch* eher gegenteilige Auswirkungen: Die Zensur führte lediglich zu mehr Aufmerksamkeit und damit mehr Likes sowie einem größeren Leserkreis. Zum Welttag gegen Internetzensur am 12.3.2016 hat *Reporter ohne Grenzen* im Rahmen der Hacker-Aktion *Grenzenloses Internet* die Blockade ohnehin wieder aufgehoben. Mit *The Malaysian Insider* war das Schicksal jedoch weniger gütig: Nach acht Jahren oppositioneller Berichterstattung

musste die Nachrichtenseite im März 2016 schließen, da sie sich nach der Blockade wirtschaftlich nicht mehr halten konnte.

Was hat die Regierung zu diesem Schritt getrieben?

Ist die Berichterstattung in den traditionellen Medien so stark kontrolliert wie in Malaysia, so habe ich den Eindruck, dass das nur dazu führt, den Streit auf die

Online-Welt zu verlegen, nicht aber, ihn unsichtbar zu machen. – 2011 lebte ich für einen Schüleraustausch sieben Monate lang in Malaysia und stehe bis heute in engem Kontakt mit meiner Gastfamilie, die ihrerseits starke Regierungsbefürworter sind. Als ich 2015 während meines Studiums über die »Sodomy Trials« rund um den Oppositionspolitiker Anwar Ibrahim forschte, bestanden für mich bereits nach kurzer Zeit keine Zweifel mehr, dass die Regierung versucht, unter fadenscheinigen Vorwänden die Opposition in Wahlzeiten mundtot zu machen und auszuschalten. Als ich dann meine Gastfamilie fragte, warum es deswegen keinen kollektiven Aufschrei gegeben hätte, bekam ich die Antwort, ich hätte mir meine Meinung aus falschen Artikeln gebildet und wurde in den folgenden Wochen unter gefühlt Abertausenden Artikeln und Posts gegen Anwar auf Facebook verlinkt. Der mediale Streit um »die Wahrheit« war mit der Printmedien-Zensur also keineswegs aus der Welt, sondern wurde online unvermindert weiter ausgetragen.

Ausblick

Wenn die Regierung in ihrer Zensur nun auch das Internet ins Visier nimmt, wird die regierungskritische und kontroverse Berichterstattung in ernsthafte Bedrängnis geraten. Wohin soll sie nun ausweichen? Werden sich Alternativen eröffnen? Im weltweiten *Freedom of the Net Report 2016* der NGO *Freedom House* werden Communication Apps als deutlich schwieriger zu kontrollierende Medien und populäre Methode genannt, um staatlicher Zensur zu entgehen, etwa bei der Verbreitung von Neuigkeiten zum Beispiel über WhatsApp-Gruppen.

Doch die malaysische Regierung wird sicherlich nicht untätig bleiben und ihrerseits versuchen, mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten. In anderen Ländern wie zum Beispiel China, Indien oder Bangladesch kam es bereits zu lokal begrenzten oder kompletten Internet-Abschaltungen. In Malaysia wäre dies zumindest technisch keine große Herausforderung, da alle großen Anbieter bereits in enger Verbindung zur Regierung stehen. Auch der *Communications and Media Act* bietet die nötigen Voraussetzungen dafür: Er befähigt den Informationsminister dazu, über die Herausgabe von Lizenzen die Netzanbieter zu kontrollieren. Bisher ist dies bei Internetanbietern noch nicht dokumentiert worden, aber es erinnert doch sehr stark an die Funktionsweise des PPPA.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Auswirkungen von Selbstzensur. Kommt es zu vermehrten Verhaftungen und rechtlichen Konsequenzen für regierungskritische Meinungsäußerung im Internet, wird dies sicherlich einen hemmenden Effekt haben. Regierungsnahe Unternehmen und öffentliche Universitäten blockieren bereits den

Zugang zu Seiten wie *Malaysiakini*, die als politisch heikel angesehen werden. Wer in diesem Umfeld lebt, wird wahrscheinlich eher dazu neigen, sich selbst in den Aussagen zu überprüfen. Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich mit dem Schritt zur öffentlichen Zensur des Internets die Situation der Meinungsfreiheit in Malaysia weiter verschlechtert hat. Es bleibt abzuwarten, welche Dynamiken sich daraus in den kommenden Jahren entwickeln werden. ■

Literatur

- Freedom House (2016/2017): Freedom on the Net Report 2016 & Country Report: Malaysia; Freedom of the Press Report 2017. In: www.freedomhouse.org
- Human Rights Watch (2015): Malaysia: End Website Blocking, Politicized Investigations. In: www.hrw.org/news/2015/07/22/malaysia-end-website-blocking-politicized-investigations
- Vollmer, Gerlind (2004): Malaysia: Pressefreiheit im Internet – Nichts als ein Lippenbekenntnis. In: www.deutschlandfunk.de/malaysia-pressefreiheit-im-internet-nichts-als-ein.707.de.html?dram:article_id=86059

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Diskussionsforum für

- **Elemente** & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Texte zu und aus **Theorie & Praxis** der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Perspektiven** jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Berichte** über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und **Kommentare** zur Politik der Ökonomie



Probelesen?!
kostenfreies Exemplar anfordern!!

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info Tel. (069) 67 99 84

KURZ NOTIERT

von Michael Topp

■ Parlamentswahlen 2018: Najib muss um Mehrheit fürchten

Politische BeobachterInnen sind überzeugt: Die Regierung »brauche dringend einen echten Feel-good-Faktor«, um die WählerInnen bei den näher rückenden 14. Parlamentswahlen erneut für sich zu gewinnen. Aber das sei mit dem umstrittenen Anführer der *Barisan Nasional*-Koalition Premierminister Najib Razak schwierig. Seine Beliebtheit hätte etwa wegen der andauernden internationalen Ermittlungen im Zuge des 1MDB-Skandals stark abgenommen. Zudem stünde Malay-

sias Wirtschaftsentwicklung unter Druck: erhöhte Lebenshaltungskosten trotz eines Wachstums von über fünf Prozent, gestrichene Zuschüsse, die Inflation der Währung Ringgit, Belastungen durch eine unpopuläre Mehrwertsteuer. Der ausstehende Haushaltsplan für 2018 (siehe unten) ließe nur wenig Raum für Wahlgeschenke. Ein Hoffnungsschimmer sei daher die Zerstrittenheit der Opposition. Die Nichtregierungsorganisation *Bersih* befürchtet dagegen unfaire Wahlen, weil die Wahlkommis-

sion dem Premierminister unterstehe. Das jetzige 13. Parlament wird per Gesetz automatisch am 24. Juni 2018 aufgelöst. Die Neuwahlen müssen danach binnen zwei Monaten in West-Malaysia bzw. drei Monaten in Ost-Malaysia abgehalten werden. Es besteht ein Wahlrecht ab 21 Jahren. Im Ausland lebende Staatsbürger*Innen dürfen nicht wählen.

New Mandala, 18.10.2017

Bersih, 29.9.2017

■ Seriosität an Staatshaushaltsplan für 2018 bezweifelt

Premier- und Finanzminister Najib Razak hat am 27. Oktober dem Parlament in Kuala Lumpur den Finanzplan für 2018 vorgelegt. Der Gesamtumfang in Rekordhöhe beläuft sich auf 280,25 Milliarden Ringgit (66 Milliarden US-Dollar). Die Staatsausgaben würden um 9 Prozent steigen, das Finanzdefizit werde 2,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten. FürsprecherInnen bezeichneten den Plan als »allumfassend« und an den Bedürfnissen der Bevölkerung Malaysias (*rakyat*) orien-

tiert. Kleine und mittlere Unternehmen würden als Rückgrat der Wirtschaft ebenso berücksichtigt wie die Interessen der indigenen Bevölkerung Malaysias gegenüber den chinesisch- und indischstämmigen Bevölkerungsgruppen (*Bumiputra*-Agenda). Najib hatte im Vorfeld den Gegenentwurf der Opposition als »substanzlos« abgelehnt, die Mehrwertzugunsten einer Umsatzsteuer aufzugeben, da für 2017 Mehrwertsteuereinnahmen von etwa 10 Milliarden US-Dollar zu erwarten seien. KritikerInnen monieren

Augenwischerei, das Verschweigen von Verbindlichkeiten und frühere Nachtragshaushalte. Die Opposition spricht von »Kleptokratie« und der »Mutter aller Budgets« vom »Vater aller Skandale«. Najib sieht sich seit Langem mit der Verwicklung in Finanzskandale und Korruptionsvorwürfen konfrontiert.

Malaysiakini, 27./28.10.2017

Malaysia World News, 27.10.2017

thesundaily.my, 26.10.2017

New Straits Times Online, 28.10.2017

■ Geschacher bei den Bildungsausgaben droht Entwicklung zu verhindern

Der Haushaltsplan für 2018 verspricht die Bereitstellung von jeweils einer Milliarde Ringgit (238 Millionen US-Dollar) für die Provinzen Sabah und Sarawak auf Borneo. Etwa 800 Schulen auf dem Land seien in einem sehr schlechten Zustand und unterbelegt. Bildungsressortleiter Datuk Maimunah Suhaibul von Sabah: »Diese Instandsetzungsbeihilfen für marode Schulen würden die Chancen auf hochwertige Bildung definitiv verbessern.« Auf der anderen Seite sollen staatli-

che Stipendien mit 2,2 Milliarden Ringgit nahezu halbiert werden. AktivistInnen warnen: Das würde die Zukunft der ganzen Nation aufs Spiel setzen. Da die öffentlichen einheimischen Hochschulen nicht das Niveau internationaler Institutionen hätten, würde mit den Kürzungen den »Besten der Besten« die Chance genommen, an Top-Unis im Ausland zu studieren. Zudem sei Malaysia einer britischen Marktanalyse zufolge in Bezug auf ein Studium mit Bildungs- und Lebenshaltungskosten

das fünftteuerste Land der Welt. Zuvor hatte US-Ökonom Prof. D. H. Perkins in einer Vorlesung in Kuala Lumpur bereits dringende politische Maßnahmen gegen die Abwanderung Hochqualifizierter angemahnt – Malaysias Bildungssystem sei derzeit nicht in der Lage, zukunftsfähige AkademikerInnen zu produzieren.

New Straits Times Online, 8.3.,

28.10.2017

Free Malaysia Today, 28.10.2017

thesundaily.my, 7./10.9.2017

Asian Correspondent, 11.9.2017

Wahl ohne Wahl: Halimah Yacob ist die erste Präsidentin in Singapur

Mit Halimah Yacob ist erstmals eine Frau Präsidentin Singapurs. Ohne Wahl zog die 63-jährige frühere Parlamentarierin der regierenden *People's Action Party* (PAP) in den »Istana« ein, wie der PräsidentInnenpalast genannt wird. »Jede Frau kann das höchste Amt im Land anstreben, wenn sie den Mut, die Zielstrebigkeit und den Willen zur harten Arbeit hat«, sagte Halimah Yacob bei ihrem Amtsantritt. Zwei Mitbewerber um das repräsentative Amt, Mohamed Salleh Marican und Farid Khan Kaim Khan, wurden zur

Wahl nicht zugelassen, weil sie die Bedingungen für eine Kandidatur nicht erfüllten: KandidatInnen müssen einer großen Unternehmung vorstehen, deren Assets mindestens 500 Millionen Dollar betragen – eine Regelung, die 99,99 Prozent der Bevölkerung von einer Kandidatur ausschließt.

Dass Halimah Yacob Präsidentin werden konnte, hat auch mit einem neuen Gesetz zu tun, wonach der achte Präsident der kleinen Republik wieder der malaiischen Minderheit angehören muss. Letztmals

war dies von 1965 bis 1970 mit Yusof bin Isaak der Fall. Die Regelung soll das Amt für VertreterInnen der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe öffnen, die bei einer freien Wahl kaum Erfolgchancen hätten. BeobachterInnen hingegen meinten, dass die Regelung einen anderen Hintergrund hat: So konnte die erneute Kandidatur von Tan Cheng Bock verhindert werden, der die Wahl 2011 als unabhängiger Kandidat nur knapp verloren hatte.

The Straits Times, 4.9., 11.9., 13.9.2017

Neue Zürcher Zeitung, 15.9.2017

#notmypresident

Am 11. September – nur wenige Minuten nach der Bekanntgabe, dass Halimah Yacob die einzige zugelassene Präsidentschaftskandidatin sei – formierte sich in den sozialen Medien unter dem Hashtag #notmypresident massive Kritik an ihrer Einsetzung als Präsidentin ohne Wahlverfahren. »Den Menschen in Singapur muss das Recht gegeben werden, den Präsidenten zu wählen, den sie wollen #notmypresident #democracyfails«, schrieb ein Nutzer auf Facebook. Ein anderer schrieb: »Es geht nicht

um die Person Präsidentin Halimahs, deshalb sind wir Singapur nicht unzufrieden. Es geht um die Art, wie unsere Regierung diesen Durchmarsch zur Präsidentenwahl organisiert hat.« Auch abseits der virtuellen Welt wurde Kritik laut: Bei einem stillen Protest wenige Tage nach der Amtseinsetzung Halimah Yacobs Mitte September demonstrierten hunderte Menschen im Hong Lim Park gegen die vermeintliche Wahl. Auf Banner und bedruckten T-Shirts wurde der 11. September zum Tag erklärt,

an dem die Demokratie starb. Für Halimah Yacob steht die fehlende Wahl in keinem Spannungsverhältnis zur erfolgreichen Ausübung des Amtes: »Ob es eine Wahl gibt, oder ob es keine Wahl gibt – mein Versprechen gilt, allen zu dienen. Ich werde mich mit großer Energie einsetzen, mit jeder Menge harter Arbeit, mit der gleichen Leidenschaft und Engagement, wie ich es die letzten vier Jahrzehnte getan habe.«

The Online Citizen, 13.9.2017

The Straits Times, 16.9.2017

Luftschadstoffe verstärken Gewitterstürme

Nicht nur Treibhausgase verstärken tropische Gewitterstürme, sondern auch Luftschadstoffe aus dem Verkehr, das zeigt eine neue Studie. Auf Singapurs Schiffskorridoren, durch die jährlich 60.000 Tanker, Container- und Handelsschiffe fahren, treten unabhängig von der Tages- oder Jahreszeit zwei- bis dreimal so viele Blitze auf wie außerhalb der Schiffskorridore. »Auf den beiden Routen

sind die Schiffe in einem engen Korridor unterwegs. Er ist nur einige zehn Kilometer breit. Sie fahren dort wahrscheinlich fast mit Höchstgeschwindigkeit und verbrennen eine Menge Treibstoff. Der Schadstoff-Ausstoß in den Schiffskorridoren ist deshalb um ein Vielfaches höher als anderswo in dieser Meeresregion«, so der US-Professor für Atmosphärenwissenschaft Joel Thornton, der

die Studie vorgelegt hat. Die Ruß- und Schwefelpartikel, die die Schiffe beim Verbrennen ihres Diesel-Treibstoffs in die Luft blasen, tragen dann zur Wolkenbildung bei. »Es ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der Mensch durch sein Handeln Wetter und Klima beeinflusst.«, so Thornton.

Geophysical Research Letters,

14.9.2017

Deutschlandfunk, 25.9.2017

Kohle ohne Ende

Fossilistische Energiepolitik in Indonesien

Der indonesische Energiesektor basiert zum überwiegenden Teil auf der Nutzung fossiler Energieträger. Dies bringt nicht nur anhaltend hohe Emissionsraten mit sich und stellt damit die Klimaziele der indonesischen Regierung in Frage, sondern führt auch zu einer Reihe von sozio-ökonomischen Problemen. Besonders bedenklich ist dabei die Förderung und Verstromung von Kohle, welche vor allem die Lebensbedingungen in den Abbau- und Kraftwerksgebieten stark beeinträchtigt.

Indonesien ist eines der Länder mit den weltweit größten Treibhausgas-Emissionen. Gleichzeitig gilt der Inselstaat als besonders von Klimawandelauswirkungen betroffen, da der Meeresspiegel kontinuierlich ansteigt und sich bereits in den vergangenen Jahren die Regenmuster verändern und Naturkatastrophen stark zugenommen haben. Daraus ergeben sich eine Reihe von Folgeproblemen, wie beispielsweise gesundheitliche und ökonomische Beeinträchtigungen für die Bevölkerung und eine Reduktion der biologischen Vielfalt.

Selbstverpflichtung

Insbesondere während der von dem ehemaligen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) geführten Regierung (2004–2014) hat sich Indonesien in internationalen Verhandlungen mit relativ weitreichenden Selbstverpflichtungen, was die Reduktion von Treibhausgasemissionen betrifft, hervorgetan. Dies war für die damalige Regierung eine Möglichkeit, sich auf der internationalen Ebene zu profilieren, hat aber auch zu einigen institutionellen Umstrukturie-

rungen geführt, die weitestgehend auf den Waldsektor ausgerichtet waren. Die gegenwärtige Regierung unter Präsident Joko Widodo (seit 2014) hat sich im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen dazu verpflichtet, diese Anstrengungen fortzusetzen. Dies schließt eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 29 Prozent bis zum Jahre 2030 mit ein (bei internationaler Unterstützung um 41 Prozent).

Gleichwohl verzeichnet das Land auch aufgrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums von jährlich etwa fünf Prozent weiterhin steigende Treibhausgas-Emissionsraten. Dies ist zu großen Teilen auf die stark anwachsenden Emissionen aus dem Energiesektor zurückzuführen. Es wird angenommen, dass dieser Sektor bis in etwa zehn Jahren mehr als 50 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen des Landes ausmachen wird. Damit ist der Energiesektor ein wesentliches Hindernis für das Erreichen der Klimaziele des Landes. Wie viele andere Staaten weltweit, machen fossile Energieträger nach wie vor einen Großteil der Energieproduktion aus und mit der gegenwärtigen Ausrichtung der indonesischen Energiepolitik wird sich daran auch in absehbarer Zeit sehr wahrscheinlich vorerst nichts ändern. Dies zeigt, dass gerade in diesem Bereich großer Handlungsbedarf besteht. Zwar wird von der Regierung angestrebt, den Anteil erneuerbarer Energien am nationalen Energiemix bis zum Jahre 2025 auf 23 Prozent zu steigern, jedoch wird dieses Ziel mittlerweile auch von Regierungsvertreter*innen infrage gestellt und es gibt kaum Anstrengungen, die Förderung erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Mehr Kohle

Das größte Problem im Hinblick auf den Energiesektor stellt die anhaltend hohe Produktion sowie Nutzung von Kohle dar. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat die Kohleförderung in Indonesien massiv zugenommen, was nicht zuletzt auch durch administrative Umstrukturierungen, wie die Dezentralisierungsreformen, befördert wurde. Zwar wurde der Selbstbereicherung vieler lokaler Regierungschefs, die lange gängige Praxis im indonesischen Kohle-Business war, mittlerweile durch eine Re-Zentralisierung der Lizenzvergabe ein Riegel vorgeschoben und auch die sinkenden Kohlepreise in den vergangenen Jahren haben dazu geführt, dass einige kleinere Minen geschlossen wurden. Jedoch verbleibt die Kohleförderung nach wie vor auf einem hohen Niveau und Indonesien ist immer noch der zweitgrößte Kohle-Exporteur weltweit.

Kohleminen in Samarinda
© Anna Fünfgeld



Kohle ist allerdings nicht nur ein wesentliches Exportgut, sondern wird auch zunehmend für die Stromproduktion im eigenen Land genutzt. Dieser Trend wurde bereits von der SBY-Regierung eingeleitet und im Rahmen der Energieplanung der derzeitigen Regierung nochmals bestätigt und ausgeweitet. Im Jahr 2015 hat die Regierung beschlossen, in den folgenden vier Jahren die Kapazitäten für 35 zusätzliche Gigawatt Strom zu schaffen, wobei 20 Gigawatt der Gesamtmenge aus Kohleverstromung generiert werden sollen. Dies schließt den Bau von 291 neuen Kohlekraftwerken mit ein. Zwar wird auch von Regierungsseite mittlerweile infrage gestellt, ob dieses Ziel erreicht werden kann, jedoch befinden sich bereits einige Kraftwerke im Bau oder in der Vorbereitungsphase.

Die Regierung verfolgt damit das Ziel, das Wirtschaftswachstum des Landes weiterhin auf dem Niveau von etwa 5 Prozent zu erhalten und laut Aussage auch die momentan noch nicht an ein Stromnetz angeschlossenen Haushalte mit Strom zu versorgen. Diese Ziele werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen jedoch angezweifelt. Zum einen wird in Frage gestellt, ob der Strombedarf tatsächlich so hoch ist wie von der Regierung suggeriert. Zum anderen lassen die Planungen für neue Kraftwerke darauf schließen, dass sie größtenteils eben gerade nicht in den Regionen gebaut werden, in denen die größte Stromarmut herrscht, was die östlichen Teile Indonesiens und somit vor allem Papua betrifft.

Strom für alle!

Sowohl die anhaltende Kohleförderung als auch die neuen Kraftwerke finden sich vorwiegend in ländlich geprägten Regionen. Insbesondere die in diesen Gebieten lebenden Menschen, die ihren Lebensunterhalt häufig durch landwirtschaftliche Tätigkeiten, Fischfang oder Fischzucht bestreiten, haben dadurch mit starken Ernte- und Fangeinbußen zu kämpfen, wodurch die Sicherung ihres Lebensunterhalts grundlegend bedroht wird. Dies ist unter anderem auf den Verlust an agrarisch nutzbaren Landflächen, Zugangsbeschränkungen in Küstenbereichen sowie veränderte Erntebedingungen durch Überschwemmungen und Erosionen zurückzuführen. Des Weiteren wird in einigen Gebieten ein Zuwachs von Atemwegserkrankungen und anderen Krankheiten verzeichnet. Die betroffene Bevölkerung, die im Umfeld der Kohleminen oder Kohlekraftwerke lebt, wird im Zuge der Planungen zumeist übergangen. Planungsvorhaben sind oft sehr intransparent und auch erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen werden häufig nicht adäquat durchgeführt. Dadurch hervorgerufene Proteste der Zivilgesellschaft werden nicht selten kriminalisiert, was teilweise nicht nur die gewaltsame Niederschlagung von Protesten,

sondern auch Festnahmen und Bedrohungen seitens staatlicher und privater Sicherheitskräfte beinhaltet.

Unbestritten ist sicherlich, dass die Stromversorgung von bislang nicht an ein Stromnetz angeschlossenen Haushalten notwendig ist. Allerdings ist es fraglich, ob die fossilistisch ausgerichtete Energiepolitik der indonesischen Regierung dieses Problem zu lösen vermag, da ein wesentliches Hindernis auch das Fehlen von Stromnetzen in weiten Teilen des Landes ist. Die Konstruktion neuer Stromnetze jedoch ist nicht in die Planungsvorhaben inbegriffen, da sie der Regierung wirtschaftlich nicht rentabel genug erscheint, um dies voranzutreiben. Weiterhin verschärft die anhaltende Förderung und Verstromung von Kohle die soziale, ökonomische und politische Marginalisierung der in den anliegenden Gebieten lebenden Menschen. Damit stellen die von der Regierung vorangetriebenen Planungen im Energiesektor nicht nur die Klimaziele Indonesiens infrage und verschärfen die ökologischen Probleme im Land, sondern führen auch zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheit. Ein gerechteres Energiesystem bedarf einer größeren Transformation, die nicht nur den Ausbau erneuerbarer Energien und eine gerechtere Verteilung von mit der Stromproduktion verbundenen Kosten und Nutzen mit einschließt. Vielmehr muss damit – im besten Fall – auch die Etablierung eines dezentralen Energiesystems einhergehen, das gegenwärtige Eigentums- und Entscheidungsverhältnisse grundlegend hinterfragt. Dies könnte beispielsweise durch kleinere Energiegenossenschaften erzielt werden, welche die Stromversorgung bedarfsorientiert und selbstbestimmt planen können. ■

Literatur

- Anna Fünfgeld (2017): Claiming Justice Matters in Energy Policy. <https://www.rosalux.de/en/publication/id/38032/claiming-justice-matters-in-energy-policy/>

*Kohlekraftwerk
in Cirebon*
© Anna
Fünfgeld



von
Andrea Höing

*Die Autorin
arbeitet am Ins-
titut für Orient-
und Asienwissen-
schaften an der
Universität Bonn.
Sie ist Doktoran-
din am Lehrstuhl
für Südostasien-
wissenschaften.*

Waldbrände in Indonesien

Ein kurzer Überblick über eines komplexes Thema

In Indonesien herrschten 2015 großflächige unkontrollierte Wald- und Landschaftsbrände, die es zum drittgrößten Treibhausgasverursacher der Welt werden ließen. Mehr als 2 Millionen Hektar Wald sind zwischen Juni und Oktober 2015 abgebrannt. Der CO₂ Ausstoß war doppelt so hoch wie die jährliche Emissionsrate in Deutschland. Über 100.300 Todesfälle sind auf den giftigen Rauch der Brände zurückzuführen. Bei weiteren 500.000 Menschen führte er zu Atemwegserkrankungen. Indonesien erlitt einen wirtschaftlichen Verlust von über 16 Milliarden US-Dollar (doppelt so viel wie durch den Tsunami in Aceh im Jahr 2004).

Schon seit 1978 werden Wald- und Landschaftsbrände in Indonesien dokumentiert. Es lässt sich beobachten, dass diese an Häufigkeit und Ausmaß stark zugenommen haben. Mittlerweile kommt es annähernd jedes Jahr zu größeren Waldbränden. Besonders zerstörerisch wirkten sie sich in trockenen El Niño Jahren aus (u. a. 1982–1983, 1997–1998, 2006–2007 und 2015). Indonesiens Wald- und Landschaftsbrände unterscheiden sich von denen vieler anderer Länder dadurch, dass großflächige Torfmoorgebiete betroffen sind. Zwischen Juni und Oktober 2015 brannten 21.000 km² Torfmoorgebiete und Waldflächen, was ungefähr der Größe Sachsen-Anhalts entspricht. Die Brände führten zu einem CO₂-Ausstoß von über 1,6 Milliarden Tonnen.

Waldbrände sind nicht immer etwas Negatives, denn manche Wälder benötigen die natürliche Säuberung des Unterholzes und manche Pflanzenarten brauchen Feuer, um sich fortzupflanzen. Dies gilt aber nicht für Indonesiens Torfmoorwälder, die im intakten Zustand Feuchtbiotope sind, bzw. waren und Bränden somit standhalten konnten.

Brennende Torfwälder

Torfmoorgebiete zählen zu einem der größten natürlichen Kohlenstoffspeicher. Im Jahr 2016 beliefen sich Palmölplantagen landesweit auf 11,6 Millionen Hektar, viele davon befinden sich auf Torfmoorgebieten. Um diese für den Anbau von Ölpalmen nutzbar zu machen, müssen sie mit Hilfe von Kanälen trockengelegt werden, dies zerstört u. a. die hydrologischen Bodeneigenschaften. In der Regenzeit kommt es zu Überschwemmungen, in der Trockenzeit ist der Boden hingegen viel anfälliger für Brände. Brennen Torfmoorgebiete, wird neben gespeichertem CO₂ auch Methan freigesetzt, welches 20-mal so effektiv ist, Wärme in der Atmosphäre zu halten, als das bekanntere Treibhausgas CO₂. Eine Schwierigkeit, Feuer auf Torfmoorgebieten zu bekämpfen besteht darin, dass Schmelzbrände entstehen, die sich unterirdisch ungesehen ausbreiten können. Die sehr kostenintensiven, häufig eingesetzten Löschflugzeuge und Helikopter sind nur bedingt effektiv, da die

*Waldbrand
in Sabangau
© Alex Allsop,
Borneo Nature
Foundation*



Brände zusätzlich unter der Erde von Bodenteams gelöscht werden müssen. Die Oberflächenspannung von Torf verhindert das Durchdringen von Wasser zu den Feuerherden. Der El Niño ist ein Faktor, der zu dem Ausmaß der Brände beitrug, ein weiterer Faktor ist die beschriebene großflächige Landnutzungsumwandlung besonders von Torfmoorgebieten.

Wer sind die Brandstifter?

Trotz der verheerenden Ausmaße der Brände und Schwierigkeiten diese unter Kontrolle zu bekommen, wollte Indonesiens Regierung das Geschehen lange Zeit nicht als »nationale Katastrophe« einordnen. Auf der anderen Seite sprachen viele Medien von einer Katastrophe, es ging sogar soweit, dass die Brände als »eines der größten Verbrechen gegen die Menschheit« bezeichnet wurden. Der dicke, giftige Rauch sorgte auch international für Schlagzeilen, denn er breitete sich ebenfalls in Nachbarländer aus, auch Malaysia und Singapur waren stark betroffen. Indonesien wurde unter internationalen Druck gesetzt zu handeln.

Da die Brände fast ausschließlich durch Menschen verursacht wurden, spielte die Frage der Schuldzuschreibung eine große Rolle. Es wurden verschiedene Personengruppen verantwortlich gemacht: Kleinbauern, die Brandrodung nutzen, um den Boden fruchtbar zu machen bis hin zu Plantagenbetreibern, die kostengünstig Land erschließen wollen. Doch hinter den Gründen für die »Brandstiftung« stehen wesentlich komplexer Interessen und soziale Strukturen. Auf Sumatra wurde durch CIFOR-Studien eine Art Land-«Mafia» ausfindig gemacht, die verbranntes Land zu wesentlich höheren Preisen verkaufen konnte als ungerodetes Land. In Zentralkalimantan kam es häufig zu Bränden auf Flächen, die in der Raumplanung noch nicht eindeutig als Wald- oder Nicht-Waldgebiet ausgewiesen wurden. Diese Flächen sind von besonderem Interesse, wenn es um die Konzessionsvergabe für Palmölplantagen geht, welche nur auf »Nicht-Wald« klassifizierten Gebieten zugelassen sind. Verbrannte »Wald«-Gebiete können oft umkategorisiert werden in »Nicht-Waldgebiete« und so schließlich als Konzessionen verpachtet werden.

Anfang 2014 hat Indonesien die ASEAN Vereinbarung, die Feuer als Methode der Landumwandlung als illegal deklariert, unterschrieben. Dementsprechend gilt eine so genannte »Zero Burning Policy«. In Dörfern wird diese durch Militär und Polizei in jüngster Zeit strikter durchgesetzt. Bauern, die ihr Land durch Brandrodung nutzbar machen, drohen hohe Geldstrafen oder mehrjährige Haftstrafen. Firmen hingegen, die nachweislich Brandrodung genutzt haben, werden kaum belangt. Es wurden komplexe Netzwerke sozialer Beziehungen



und Machtverhältnisse zwischen Politikern und Firmen in verschiedenen Studien nachgewiesen. Diese verhindern, dass Firmen, die Brandrodung betreiben, zur Rechenschaft gezogen werden.

*Demonstration
»gegen Rauch«
(asap) in
Palangkaraya
© Andrea Höing*

Gegenmaßnahmen

Neben der strikteren Umsetzung der »Zero Burning Policy« ist eine weitere Strategie der Regierung, um zukünftige Wald- und Landschaftsbrände zu verhindern, Torfmoorökosysteme zu renaturalisieren. Ein erster Schritt ist es die Gebiete feucht zu halten, dazu werden Kanäle gedämmt. Die Regierung in Jakarta hat im Jahr 2016 eine Torf-Rekultivierungs-Behörde (Peatland Restoration Agency: BRG – *Badan Restorasi Gambut*) geschaffen. Deren Aufgabe ist es bis zum Jahr 2020 ca. 2 Millionen Hektar degradiertes Torfmoorgebiet wieder zu bewässern. Während dies zunächst sicherlich als eine begrüßenswerte Initiative betrachtet werden kann, bestehen jedoch massive Probleme in der Umsetzung. Zum einen ist der vorgegebene Zeitraum sehr kurz und es ist nicht sichergestellt, dass die Behörde nach 2020 bestehen bleibt. Zum anderen hat die Behörde eine relativ schwache Position. In Riau auf der Insel Sumatra wurde die Arbeit der MitarbeiterInnen des BRG sowie die Untersuchungen des Umwelt- und Forstministeriums, unter Gewaltanwendung und Einsatz von Militär und Polizei behindert und gestoppt. Dabei handelte es sich nur um eine kleine Firma – es ist anzunehmen, dass große Firmen und Konzerne wesentlich mehr Einfluss und Macht haben. Eine weitere Herausforderung ist es, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung vor Ort zu arbeiten, so dass Interessenkonflikte vermieden werden können, z. B. das Dämmen von Hauptverkehrsrouten (für viele Dörfer sind die Kanäle die Haupttransportwege). Das benötigt Zeit, die dem BRG nur begrenzt zur Verfügung steht.

Neben all den Bemühungen der Regierung zukünftige Brände zu verhindern, gibt es immer wie-

der Nachrichten, die die Interessenskonflikte verdeutlichen. Im November 2017 hat Indonesiens höchstes Gericht eine Ministerialverordnung abgelehnt, die Firmen dazu aufforderte, kohlenstoffhaltige Konzessionsgebiete (z. B. Torfmoorgebiete) aufzugeben und unter Schutz zu stellen. Geschäftsleute, Politiker und Gewerkschaften argumentierten, dass dies zu wirtschaftlichem Verlust und zu Entlassungen führen würde. Die Regierung Indonesiens versicherte nach dem Urteil, dennoch den Schutz der Moore sicher zu stellen. Unterstützung erhält sie hierfür auch aus dem Ausland, z. B. aus Norwegen, den Niederlanden, USA und Großbritannien. Auch Deutschland hat Ende des Jahres 2015 durch das *Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* 555 Millionen Euro für Entwicklungszusammenarbeit in Indonesien mit einem Fokus auf die Bekämpfung des Klimawandels zugesagt. Auf einer Veranstaltung der Indonesischen Botschaft in Berlin im Dezember 2015 wurde von einem indonesischen Politiker erklärt, dass die Palmölplantagen alle Anforderungen an die Verwendung des Geldes erfüllen würden. Die Palmölindustrie sei ein wichtiger Faktor für Indonesiens Wirtschaft. Es ist zu hoffen, dass die Verwendung der Gelder ausreichend kontrolliert wird, so dass sie nicht zur weiteren Landnutzungsumwandlung von Monokulturen verwendet werden.

Wir klagen an

Die Auswirkungen der Brände und der Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene wirken sich in anderem Ausmaße auf die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten aus. In Palangkaraya auf der Insel Borneo war die Luftverschmutzung durch Kohlenstoffmonoxid um das Fünf- bis Zehnfache der von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) als gefährdend eingestuften Wert im Jahr 2015 überschritten. Die Sichtweite betrug über Wochen wenige Meter. Das öffentliche Leben war stark eingeschränkt. Geschäfte und Schulen waren geschlossen und Flüge wurden gestrichen. Sauerstoffzelte standen der Stadt(!)bevölkerung in begrenztem Maße zur Verfügung. Viele davon wurden von lokalen und internationalen NGOs aufgebaut, so dass Betroffene für eine kurze Zeit saubere Luft atmen konnten, denn angemessene Atemschutzmasken standen nur begrenzt zur Verfügung, z. T. wurden nur Hygiene-Mundschütze benutzt. Die Menschen, die es sich leisten konnten, haben häufig das Gebiet zeitweise verlassen. Eine Konsequenz der oben beschriebenen nicht erfolgten Kategorisierung der Brände als »nationale Katastrophe« war, dass Menschen nicht von der Regierung evakuiert wurden und NGOs zum Teil nicht die Genehmigung erhielten Menschen auf eigene Initiative zu evakuieren.

Vertreter der Zivilgesellschaft haben am 16. August 2016 eine Klage (*»Citizen Law Suit«*) gegen sieben Regierungsmitglieder eingereicht, gegen: Präsident Jokowi, die Umwelt- und Forstministerin, den Agrarminister, den Agrar- und Raumplanungsminister, den Gesundheitsminister, den Gouverneur von Zentralkalimantan, und das Abgeordnetenhaus Zentralkalimantans. Mit der Klage wurde die Unterlassung oder Nichteinhaltung gesetzlicher Verpflichtungen der Regierung in Zusammenhang mit Waldbränden und Rauch in Zentralkalimantan angekreidet. Man forderte unter anderem eine Entschuldigung des Staates und die Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt als Menschenrecht, welches durch die Brände und den Rauch eingeschränkt wurde. Nach einem ersten gerichtlichen Erfolg im März 2017 legten einige Beklagte Widerspruch ein. Die »Antirauch Bewegung« (*GAAS – Gerakan Anti Asap*) Palangkarayas hat unter dem Motto »Freiheit vom Rauch« (*Merdeka dari Asap*) verschiedene Demonstrationen durchgeführt und für alle Bürger/Innen Kalimantan Umweltgerechtigkeit gefordert. Forderungen waren unter anderem ein striktes Durchsetzen der Gesetze, das Einziehen von Konzessionen für illegal produzierende Palmölfirmen, aber auch die Errichtung von Krankenhäusern für Herz- und Atemwegserkrankte, die auf den Rauch zurückgeführt werden können.

Auf Dorfebene leidet die Bevölkerung unter der »Zero Burning Policy«, denn Brände sind nicht nur die kosten- und zeiteffektivste Form in Torfmoorgebieten Kleingärten anzulegen, sondern durch die Brände verringert sich zusätzlich der Säuregehalt im Boden, die Asche macht das Land fruchtbarer und durch die Hitze werden Insekten getötet, die als Pest über Reis und Gemüse herfallen. Für Dorfbewohner ergeben sich Mehrkosten von über 400 Euro pro Familie pro Jahr nur um den günstigsten, häufig unangenehm riechenden Reis zu kaufen, der sonst selber angebaut worden wäre. Um den Lebensunterhalt der lokalen Bevölkerung zu sichern, sind alternative Methoden der Landwirtschaft und Einkommensquellen dringend nötig. Ein flexibler Ansatz, der die lokale Bevölkerung in den Fokus von Renaturierungsmaßnahmen rückt und auf Augenhöhe mit den Menschen vor Ort arbeitet, ist essenziell.

Auf der Klimakonferenz in Bonn 2017 wurde bekannt gegeben, dass die Brände in den Jahren 2016 und 2017 um 80 bis 90% zurückgegangen sind. Während dies eine erfreuliche Nachricht ist, muss dabei jedoch in Betracht gezogen werden, dass verstärkte Regenfälle in diesen Jahren (auch in der Trockenzeit) sicherlich nicht unerheblich zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Es bleibt abzuwarten, ob es auch in Zukunft, besonders während des nächsten El Niño Jahres, bei diesen positiven Entwicklungen bleibt. ■

Ist Jakartas Deich-Megaprojekt die Lösung für das Absinken der Stadt?

von Thanti Octavianti

Übersetzt von Arthur Mielke

Wie San Francisco und Venedig, ist auch Jakarta mit einem ernsthaften Absinken des Bodens konfrontiert. Der Boden in Teilen Nord-Jakartas senkt sich gegenwärtig mit einer durchschnittlichen Rate von 15 Zentimeter pro Jahr, der schnellsten weltweit. Die größte Senkung ereignet sich in Muara Baru. Hier hat sich der Boden zwischen 1974 und 2010 um 4,1 Meter gesenkt. Das Problem der Bodensenkung ist in Jakarta kein neues Phänomen. Es wurde bereits seit 1926 festgestellt, aber das Interesse daran hat sich nach der Flut von 2013 erheblich vergrößert. Der Senkungsprozess scheint seine Ursache in einer zu starken Förderung des Grundwassers aus tiefen Bodenschichten zu haben, ausgelöst vor allem durch den Bau von Hochhäusern für Wohnungen, Einkaufszentren und Büros.

Um ein weiteres Absinken der Stadt zu verhindern, startete die Regierung 2013 ein Pilotprojekt mit der Bezeichnung National Capital Integrated Coastal Development (NCICD). Das Megaprojekt besteht aus einem 32 Kilometer langen Deich vor der Küste, einer Neulandgewinnung von 1250 Hektar und einem Wasserreservoir von 7500 Hektar.

Wegen der Bodensenkung geht man davon aus, dass 13 Flüsse in der Stadt in Zukunft nicht mehr in der Lage sein werden, mit Hilfe der Schwerkraft in die Bucht von Jakarta zu fließen. Daher sei es notwendig, den Wasserspiegel in der Bucht um bis zu 3 Meter abzusenken. Das Wasser der Flüsse würde dann im Reservoir aufgefangen und durch den Deich geschützt. Allerdings enthält der NCICD-Plan keine Lösung, wie das Senken des Bodens infolge der Grundwasserentnahme zum Halten gebracht werden kann.

Dieser Artikel untersucht die politischen Ideen, die hinter dem Drängen stehen, das Deichprojekt als die Lösung des Problems der Bodensenkung zu verfolgen.

Politischer Druck

Das 40 Milliarden US-Dollar teure Projekt ist von größter Bedeutung für viele Interessenvertreter. Mindestens fünf Gruppen spielen im politischen Prozess des NCICD-Projekts eine wichtige Rolle. Die Regierung Indonesiens an erster Stelle, ausländische Fachleute und der Privatsektor, dann NGO-Aktivisten und Wissenschaftler. Die Entscheidungen in Sachen NCICD können als eine der kritischsten Entscheidungen von Präsident Widodo in seiner Amtszeit angesehen werden. Nach einem Korruptionsskandal, der in Verbin-

dung mit den zu gewinnenden Inseln des Projekts stand, kam er dem Anliegen der Kritiker entgegen, indem er eine Untersuchung veranlasste. Dies zeigt seine politische Vorgehensweise, um einen möglichen Zusammenbruch des öffentlichen Vertrauens zu verhindern. Die Rolle privater und ausländischer Interessenten war bei diesem politischen Prozess ebenfalls deutlich erkennbar. Private Beteiligung ist nötig, um den Deich durch den Verkauf von Anrechten bei der Landgewinnung zu finanzieren, während ausländische Beteiligung wegen der Größe des Bauprojekts für den Technologie- und Wissenstransfer erforderlich ist.

Kritiker erheben den Vorwurf, dass diese, durch die Übernahme einer Führungsrolle beim Vorantreiben der Bauprojekte, zu viel Einfluss erhalten hätten. Dem NCICD ist von NGO-Aktivisten und einigen Wissenschaftlern vorgehalten worden, ausschließlich die Interessen bestimmter Gruppen auf Kosten kleinerer Gemeinden und Gemeinschaften, vor allem der Fischer, im Auge zu haben.

NCICD ist im Grunde eine Auseinandersetzung von Ideen. Es ist eine Erweiterung eines früheren Flutverhinderungsplans, der Jakarta Coastal Defence Strategy (JCDS), die 2011 veröffentlicht wurde. Die Zentralregierung änderte den Plan von Defence in JCDS, zu Development in NCICD um, mit der aktuellen Zielrichtung, durch das Hinzufügen des Plans zur Landgewinnung von 1250 Hektar die Bedrohung (Absenkung und Überflutungsgefahr) als Chance für Jakarta darzustellen. Das neue Konzept enthält denselben Vorschlag für den Bau eines Deiches, ist aber wesentlich attraktiver für private Investoren.

Crisis sells

Weil der Begriff Krise mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht, waren Diskussionen, die ein Gefühl von Ver-

Die Autorin ist Doktorandin an der University of Oxford und forscht zu den Themen Gewässer und Umwelt.

Miss, how about a ride?
© Seika
(CC-BY 2.0)





wundbarkeit vermittelten, in den Medien vorherrschend. Provozierende Titel wie »Jakarta Bisa Tenggelam« (Jakarta könnte versinken) zielen darauf ab, dass die Senkung in Verbindung mit Fluten und einem Anstieg des Meeresspiegels zu einem Versinken der Stadt führen würde. Damit wurde der Zustand der andauernden Senkung zu einer Krise aufgewertet. Doch sollte man betonen, dass der Anstieg des Meeres mit einer Durchschnittsrate von 8 Millimeter pro Jahr nicht die größte Sorge Jakartas ist.

Nachdem die Zustände zur Krise erklärt worden waren, gründeten sich neue Institutionen um die so definierte Krise zu lösen. Sie stellten NCICD als das infrastrukturelle Heilmittel dar, das die Stadt vor dem Absinken bewahren sollte. Kritiker erhoben jedoch den Vorwurf, NCICD enthalte keinen Plan, das Senkungsproblem selbst zu lösen, obwohl dieses Problem und sein Zusammenhang mit der Entnahme des Grundwassers erkannt und dargestellt wurde. Die krisenhafte Darstellung der Senkung des Bodens hat politischen Akteuren neue Möglichkeiten verschafft, an institutionellen Veränderungen mitzuwirken. Sie trieben die NCICD Lösungen voran. Statt sich um das Kernproblem der Absenkung zu befassen, beschäftigt

sich der NCICD eher mit der Bedrohung durch ein mögliches Versinken der Stadt.

Absenkung kann verhindert werden

Eine überzeugende Erklärung für die Ursachen der Bodensenkung in Jakarta wurde noch nicht gefunden. Faktoren wie die natürliche Verdichtung von Schwemmlandböden, die Belastung durch Gebäude und tektonische Aktivitäten sind bekannt. Klar ist jedoch, dass eine ausschließliche Versorgung mit Trinkwasser über das Grundwasser verantwortungslos ist und zu irreparablen Schäden führen könnte. Andere Städte wie Tokio und Taipei waren erfolgreich bei ihrem Bemühen, die Senkung aufzuhalten, indem sie ein wirksames Grundwassermanagement einrichteten und rechtzeitig die Wasserversorgung durch Oberflächenwasser vorantrieben. Die meisten Einwohner Jakartas nutzen einen Mix aus Wasserquellen, um die schon jetzt unzuverlässige Versorgung mit Leitungswasser, an die 60% der Bevölkerung angeschlossen sind, zu ergänzen. Es ist wichtig, sowohl die Ursachen für das Absinken des Bodens genauer zu untersuchen, als auch gleichzeitig die Bevölkerung mit Leitungswasser zu versorgen.

Als eine neu gegründete Organisation ist NCICD Gegenstand einer fortlaufenden Auseinandersetzung. Die Aufmerksamkeit, die NCICD zuteil wird, sollte nicht die Dringlichkeit in den Hintergrund treten lassen, das Absinken des Bodens anzuhalten. Ohne ernsthafte politische Eingriffe, das Absinken zu stoppen könnte es zu teuer oder gar zu spät werden, das Problem in den Griff zu bekommen. ■

Literatur

- > Abidin, H. Z. et al. Land subsidence of Jakarta (Indonesia) and its relation with urban development. *Nat. Hazards* 59, 1753–1771 (2011)
- > Onodera, S. et al. Erratum to 'Effects of intensive urbanization on the intrusion of shallow groundwater into deep groundwater: Examples from Bangkok and Jakarta'. *Sci. Total Environ.* 407, 3209–3217 (2009)
- > The Coordinating Ministry of Economic Affairs. Master Plan National Coastal Integrated Coastal Development. (2014).

**graswurzel
revolution**

Schwerpunkt GWR 422:
Libertäre Buchseiten

Probeheft kostenlos:
www.graswurzel.net/service



Foto: Eleanor Saitta

REDD-Deal stoppt Entwaldung nicht

von
Chris Lang

Übersetzt von
Konrad Dohlen

Die indonesische Regierung spricht gerne über den Klimawandel, insbesondere im Hinblick auf die Eindämmung der Entwaldung. Aber hält die Regierung Wort? Leider bleibt die Realität weit hinter der Rhetorik zurück.

Im Jahr 2010 versprach Indonesien, bis 2020 seine Treibhausgasemissionen um 26 % gegenüber dem »business as usual« zu reduzieren. Bei internationaler Unterstützung würde das Ziel 41 % betragen. Indonesien hat seither seine Ziele abgeschwächt. Der Nationally Determined Contribution (NDC) des Landes, veröffentlicht im November 2016, ein Jahr nach den gewaltigen Wald- und Torfbränden in Indonesien, hat das Ziel, die Emissionen bis 2030 um 29 % zu reduzieren (oder 41 % mit internationaler Unterstützung).

Klimaschutz durch REDD?

In ihrem NDC erklärt die Regierung, dass REDD einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele leisten wird. Indonesien hat das drittgrößte Regenwaldgebiet der Welt, ist aber nach Brasilien die zweitgrößte Regenwaldregion, was die jährlich verlorene Fläche betrifft. Trotz des 2010 mit Norwegen vereinbarten REDD-Abkommens über 1 Milliarde US-Dollar hat Indonesien seine Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung bisher nicht reduziert. Indonesien hat zwischen 2010 und 2015 insgesamt 9,9 Millionen Hektar Baumbestand verloren. (Brasilien hat im gleichen Zeitraum insgesamt 14,4 Millionen Hektar verloren).

Für viele Beobachter schien das Jahr 2007 für die Wälder Indonesiens ein Wendepunkt zu sein. Im Dezember 2007 fand in Bali die 13. Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Anfang des Jahres hatte das australische Unternehmen Carbon Conservation die Gouverneure von Aceh, Papua und West Papua überzeugt, ein Abkommen zu unterzeichnen, mit dem sie sich verpflichteten, die Entwaldung in ihren Provinzen zu reduzieren. Carbon Conservation würde die durch die reduzierte Entwaldung erzeugten Emissionszertifikate verkaufen. Carbon Conservation begann in Aceh ein REDD-Projekt mit dem Namen Ulu Masen zu gründen.

Aber daraus wurde nichts. Als ich fünf Jahre später Aceh besuchte, gab es kein REDD-Projekt. Anwar Ibrahim, ein Dorfführer in Aceh Jaya, sagte mir: »Wir haben noch nie etwas von REDD gesehen. Es ist wie der Wind. Wir können es nicht sehen, nicht berühren.« Aber Indonesiens Versäumnis, die Abholzung

der Wälder in den letzten zehn Jahren anzugehen, ist nicht nur ein Versäumnis, REDD-Projekte auf den Weg zu bringen. Es gibt eine Handvoll REDD-Projekte in Indonesien, und es gab Hunderte von Workshops und Meetings, ebenso wie Veröffentlichungen, Exkursionen, Pressemitteilungen, Zeitungsartikel, Diskussionen, Proteste und so weiter. Aber es ist, als ob REDD in einem Paralleluniversum existierte. REDD hat keine Auswirkungen auf die Korruption und Landnahme hinter einer anhaltenden sozialen und ökologischen Krise in Indonesien.

Politik und Palmöl im Bezirk Seruyan, Zentral Kalimantan

Das Gecko-Project ist ein von der britischen Organisation Earthsight ins Leben gerufenes investigatives journalistisches Forschungsprojekt. In den vergangenen neun Monaten hat das Gecko-Project gemeinsam mit Mongabay Landdeals im Distrikt Seruyan in Zentral-Kalimantan untersucht. Die Woche vor Beginn der UN-Klimakonferenz in Bali fand in Jakarta ein Treffen statt, das verdeutlicht, wie der REDD-Prozess in Indonesien die Ursachen der Entwaldung dramatisch vernachlässigt hat. Arif Rachmat, CEO von PT Triputra Agro Persada, einem der größten indonesischen Palmölunternehmen, traf sich mit Ahmad Ruswandi. Während des Treffens verkaufte Ruswandi Triputra eine Mantelgesellschaft. Die Strohfirma hatte einen einzigen Aktivposten: eine Lizenz zur Errichtung einer riesigen Palmölplantage in Seruyan. Die Lizenz wurde von Ruswan-

Der Autor ist Forstwissenschaftler und betreibt die Webseite REDD-Monitor.

Rodung für eine Palmölplantage © Screenshots von Indonesia for Sale – Trailer, The Gecko Project





REDD hält die Expansion von Palmöl nicht auf
© Screenshots von Indonesia for Sale – Trailer, The Gecko Project

di's Vater, Darwan Ali, dem Bezirkshauptmann von Seruyan, ausgestellt.

Dies war nicht die erste oder einzige Mantelgesellschaft, die Ruswandi verkaufte, und auch nicht Ruswandi war das einzige Familienmitglied, das von der Tatsache profitierte, dass sein Vater nach Belieben Lizenzen verteilen konnte. Das Gecko-Projekt fand heraus, dass zwischen 1998 und 2003 in Seruyan nur drei Palmöl-Lizenzen vergeben wurden. Darwan wurde 2003 Seruyan's erster Bezirksleiter (*bupati*). In seinen ersten beiden Jahren als Bupati erteilte Darwan 37 Konzessionen mit einer Gesamtfläche von fast 500.000 Hektar. Darwans Deals in Seruyan waren nur ein kleiner Bruchteil dessen, was im Rest des Landes geschah.

Indonesien hat eine massive Ausweitung des Gebietes der industriellen Palmölplantagen erlebt. Im Jahr 2000 verfügte Indonesien über vier Millionen Hektar Ölpalmenplantagen – jetzt sind es 11,9 Millionen Hektar. Weite Teile des Regenwaldes wurden zerstört. Und Indonesiens Wälder und Moore sind zu einer der weltweit höchsten Quellen für Treibhausgasemissionen geworden. Diese großangelegte Landnahme hat zu Konflikten mit Tausenden von Gemeinschaften in Indonesien geführt. »Heute brauchen die Menschen Land für ihre Felder und Landwirtschaft«, sagte ein Dorfbewohner dem Gecko-Projekt. »Aber das Land ist weg.« Die Gemeinden demonstrieren weiter, müssen sich aber gegen die Regierung stellen. »Sie sind auch daran beteiligt.«

Zentral-Kalimantan: Indonesiens REDD-Pilotprojekt

Im Mai 2010 unterzeichneten Norwegen und Indonesien einen Letter of Intent für ein REDD-Deal in Indonesien. Norwegen bot an, Indonesien 1 Milliarde US-Dollar zu zahlen, wenn das Land seine Entwaldung verringern könnte. Im Dezember 2010 wählte der damalige Präsident Susilo Bambang Yud-

hoyono im Rahmen des norwegischen REDD-Deals Zentral-Kalimantan als Pilotprovinz für REDD. Die Provinz schuf eine REDD+ Task Force, ein Ad-hoc Multi-Stakeholder Team, ein Safeguards Information System und REDD+ Sozial- und Umweltstandards. Leider hat keine davon einen großen Unterschied zur Abholzungsrate in Zentral-Kalimantan gemacht.

Im Mai 2011 unterzeichnete Yudhoyono ein zweijähriges Moratorium für neue Waldkonzessionen. Das Moratorium (das immer noch in Kraft ist, nachdem es dreimal erneuert wurde) enthält jedoch einige Lücken. Das Moratorium gilt ausdrücklich nicht für bestehende Konzessionen oder Konzessionen, die vom Forstminister bereits »grundsätzlich genehmigt wurden« und für »nationale Entwicklungsprojekte«: Geothermie, Erdöl und Erdgas, Elektrizität, Reis- und Zuckerrohrland.

Im Jahr 2015 verlängerte der neue indonesische Präsident Joko »Jokowi« Widodo das Moratorium, ohne es zu stärken. Nach der Analyse der Daten von Global Forest Watch stellt das World Resources Institute fest, dass das Moratorium die Entwaldung nicht angegangen ist. Im Gegenteil. Der Waldverlust innerhalb der Moratoriumsflächen nahm 2015 in allen Gebieten mit Ausnahme von Sumatra weiter zu.

Vidar Helgesen: Der Milliarden-Dollar-Mann

Im Februar 2016 reiste Norwegens neuer Klima- und Umweltminister Vidar Helgesen nach Indonesien. Begleitet wurde er von einer Journalistin der Financial Times, Pilita Clark. Die Financial Times nennt Helgesen den »Milliarden-Dollar-Mann«. Auf dem Flug nach Jakarta sagte Helgesen zu Clark: »Wenn Indonesien seine Wälder retten kann, wird es die Chance, das Klima der Welt zu retten, massiv erhöhen«. Als er jedoch in Jakarta ankam, räumte Helgesen ein, dass es Indonesien nicht gelungen sei, die Abholzung der Wälder einzudämmen: »Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass die Dinge schneller vorankommen würden. Wir haben keine wirklichen Fortschritte bei der Reduzierung der Entwaldung gesehen.«

Die norwegische Regierung entschuldigte sich für die Äußerungen von Helgesen. Aber die Realität sieht so aus, dass Indonesien es versäumt hat, die Entwaldung anzugehen. Laut Financial Times berichtete Helgesen: »Wir haben sechs Jahre in dieser Partnerschaft verbracht, ohne dass wir unser Ziel erreicht hätten. In zwei Jahren sollten wir wirklich da sein.« Helgesen hat diesen Kommentar vor 21 Monaten gemacht. Sieben Jahre nach der Unterzeichnung des 1 Mrd. USD Abkommens zwischen Norwegen und Indonesien über die REDD-Regelung für Norwegen und Indonesien hat Norwegen nur 97 Mio. USD an Indonesien übergeben. ■

Strategien für Klimagerechtigkeit in Indonesien

von Yuyun
Harmono

Übersetzt von
Andrea Höing

Zwei Wirtschaftsbereiche, die Agrar- und die Energiewirtschaft, verursachen die größten Emissionen in Indonesien. In diesen sind große Konzerne diejenigen, die die Gewinne beziehen und dabei eine Klimakrise auslösen.

Die landesweiten Emissionen erreichten im Jahr 2010 1,334 Megatonnen Kohlenstoffdioxid, ein Großteil davon stammt aus der Agrar- und Energiewirtschaft. Durch Emissionen der Agrarwirtschaft entstanden, gemeinsam mit Wald- und Landschaftsbränden, 434,8 Megatonnen Kohlenstoffdioxid. In der Energiewirtschaft wurden 453,178 Megatonnen Kohlenstoffdioxid verursacht. In Indonesien den Klimawandel zu bekämpfen bedeutet, Eliten und Unternehmen, welche die Klimakrise auslösen, zu bekämpfen. Die Bedrohung für das Klima geht derweil unter anderem von Palmölplantagen, Plantagen für die Zellstoff und Papierindustrie, sowie Kohleminen und -kraftwerken aus.

Waldbrände für Konzerne

Seit mehr als 18 Jahren leiden viele indonesische Provinzen immer wieder unter großflächigen Wald- und Landschaftsbränden in Torfmoorgebieten. Im Jahr 2015 führten diese unter anderem zum Tod von 23 Kindern. Auch 40 Millionen weitere Menschen waren der Luftverschmutzung, in Form von dicken Rauchschwaden, ausgesetzt. Das Land verzeichnete in Folge der Brände wirtschaftliche Ein-

bußen in Höhe von 17 Milliarden USD, ohne den ökonomischen Schaden der Lokalbevölkerung, die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und den kulturellen Verlust der indigenen Bevölkerung mit einzubeziehen. Die Emissionen der Brände betrug 1,043 Terratonnen Kohlenstoffdioxid.

Eine WALHI-Recherche ergab, dass der Großteil der Feuer in Palmöl-Konzessionsgebieten (9.168 *Hotspots*) und in Plantagen für die Zellstoff und Papierindustrie (5.669 *Hotspots*) ausbrachen. WALHI identifizierte 10 Mutterkonzerne, von deren Tochterfirmen 439 in die Brände verwickelt waren: Wilmar, Sinar Mas (Asian Pulp and Paper), Raja Garuda Mas/APRIL, Sime Darby, First Resources, Sampoerna, Cargill, Provident, Marubeni und PTPN (staatliche Plantagen).

Im Jahr 2016 betrug die Gesamtfläche der Palmölplantagen in Indonesien 11,7 Millionen Hektar. Diese produzierten, weitestgehend für den globalen Markt, 33,5 Millionen Tonnen *Crude Palm Oil* (CPO). Die meisten Palmölplantagen in Indonesien gehören zu einer der 25 größten Konzerngruppen, die den Großteil der durch Palmölplantagen belegten Fläche in Indonesien mit 5,1 Millionen Hektar besitzen. Ihr Vermögen wird auf 69,1 Milliarden US-Dollar geschätzt. Dies entspricht 45 Prozent des Staatshaushaltes Indonesiens im Jahr 2014.

Die Rodung von Waldflächen für Palmöl- und Zellstoff-Plantagen ist die offensichtlichste und greifbarste Bedrohung für den noch verbleibenden Wald Indonesiens. Beispielsweise befinden sich in der Provinz Riau 1,8 Millionen Hektar illegale Palmölplan-

Der Autor ist der Leiter der Klimagerechtigkeitskampagne von Friends of the Earth Indonesien, Wahana Lingkungan Hidup Indonesia (WALHI)



Kohlekampagne von WALHI © WALHI



Trockenlegung
von Torfböden
© Andrea
Höing

tagen in Waldgebieten. Die Umwandlung von Waldgebieten zu Anbauflächen für Plantagen führt zu einer signifikanten Freisetzung von Treibhausgasen und gefährdet die Lebensgrundlage lokaler Gemeinschaften, die vom Wald abhängen.

›Saubere‹ Kohle als Klimabedrohung

Die Regierung plant derzeit innerhalb der nächsten zwanzig Jahre über 100 neue Kohlekraftwerke zu bauen. Damit versucht sie einen nationalen Markt zu schaffen, der die Entstehung von Kohlebergwerken fördert. Das Ziel ist insgesamt mehr als 400 Megatonnen Kohle pro Jahr zu fördern. Von diesen sollen 60 Prozent auf dem heimischen Markt verbraucht werden, so dass sich die Strukturen eines indonesischen Kohlemarkts aufbauen können.

Im Jahr 2017 steht der Bau mehrerer großer Kraftwerke an. Eines derer, die hauptsächlich mit Kohle betrieben werden sollen, ist das Kohlekraftwerk PLTU Cirebon II. Die Erweiterung des bereits bestehenden Kohlekraftwerkkomplexes wird durch Kredite mit 20 % Eigen- und 80 % Fremdkapital finanziert.

Drei fremdstaatliche Finanzinstitutionen, die *Japan Bank for International Cooperation* JBIC, *Korea Eximbank* EXIM und *Nippon Export and Investment Insurance* NEXI, werden 60 % des Entwicklungsbedarfs des Kraftwerks mit 1,74 Millionen USD finan-

zieren. Das restliche Geld stammt von kommerziellen multinationalen Banken. Eines davon, die *Credit Agricole*, hat allerdings im Nachhinein die Finanzierung widerrufen, da sie nach neueren Richtlinien an Projekten, die eine Kohleförderung unterstützen, sich nicht mehr beteiligen werden. Dies betrifft auch Cirebon II und PLTU Tanjung Jati B in Indonesien. Die Änderung erfolgte aufgrund des Drucks sozialer Bewegungen aus Indonesien und dem Ausland.

Unter dem Vorwand, ›saubere‹ Kohle oder die kritisierte Kohlendioxid Ablagerungs- und Speichertechnologie (CCS) zu unterstützen, die angeblich umweltfreundlicher als konventionelle Kraftwerke seien, begann die japanische Regierung über die JBIC in diesem Jahr mit der Auszahlung von Krediten. Natürlich ist dieser Ansatz keine Lösung, die dazu beiträgt den Klimawandel zu verhindern. Obwohl das Kraftwerk, mit einer Kapazität von 2 Gigawatt, CCS-Technologie verwenden wird, wird es voraussichtlich Emissionen von 10,8 Megatonnen im Jahr verursachen. Ab dem Jahr 2021 werden Kohlekraftwerke in ganz Indonesien, mit einer Gesamtkapazität von ungefähr 20 Gigawatt, 108 Megatonnen zusätzliche Emissionen pro Jahr erzeugen.

Den Klimawandel bekämpfen

Ein erster Schritt, den Klimawandel aufzuhalten, wäre den Ausbau von Palmölplantagen, der Zellstoff- und Papierindustrie und von Kohleminen zu stoppen. Anschließend sollte der Kontakt zu der lokalen Bevölkerung gesucht werden und diese als Schlüsselakteure in der Waldbewirtschaftung und sauberen Energieerzeugung involvieren. Das Konzept des ›Gemeindewaldbewirtschaftungssystem‹ (*Hutan Kerakyatan*) ist eine Alternative zu dem Waldbewirtschaftungsmodell der Regierung, welches eher industriell und kapitalintensiv ist. WALHI hat sich für die Anerkennung und Förderung von gemeinschaftlichen Waldbewirtschaftungssystemen und -modellen eingesetzt, die nun von der Regierung insoweit anerkannt wurden, dass 12,7 Millionen Hektar Land für soziale Waldbewirtschaftungsprogramme vorgesehen worden sind. Außerdem sollen neun Millionen Hektar Land im Rahmen der Agrarreform an lokale Gemeinschaften vergeben werden.

WALHI fordert eine ›saubere Energiepolitik‹ auf nationaler Ebene, an dem die Gemeinden, die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften teilhaben und an einer gerechten Energiewende mitwirken sollen. WALHI fordert des Weiteren eine Energiedemokratie, bei der die Menschen nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Energieproduzenten, in kleinem Maße, gesehen werden. Diese Art der Dezentralisierung soll den Menschen in allen Regionen Zugang zu und Kontrolle über saubere Energieressourcen zur Verfügung stellen und garantieren. ■

Kollektive Karten

Wie Drohnen das Countermapping revolutionieren und bei der Agrarreform in Indonesien für ökologische Gerechtigkeit sorgen können

von Sigrid Parzinger

Die Autorin Sigrid Parzinger studiert Kulturwirtschaft mit dem Fokus Südostasien in Passau.

Im Fluss Kapuas in Tayan Hilir, Westkalimantan sind die Fischbestände stark zurückgegangen. Das Wasser ist rot gefärbt, der nahegelegene See ausgetrocknet, große Waldgebiete am Fluss sind abgeholzt. Eine große Bauxitmine verursacht die Missstände, die bei weitem kein Einzelfall in Indonesien sind. Den Einheimischen war es bisher kaum möglich, sich gegen die internationalen Großkonzerne und den Staat zu wehren. Dieser verpachtet die Gebiete an die Firmen, ohne zu berücksichtigen, dass bestimmte Ländereien bereits seit Generationen von den Einheimischen bewirtschaftet werden.

Hier setzt das *Countermapping* an. Per Definition ist dies die geografische Kartierung als eine Form von Aktivismus gegen Machtstrukturen. Das Konzept, Gebiete selbst zu kartografieren, anstatt dies dem Staat zu überlassen, kann verschiedene Ziele verfolgen. Zum einen eignet es sich dazu, territoriale Landansprüche geltend zu machen und damit auch gegen Landgrabbing vorzugehen. Darüber hinaus können Umweltzerstörungen wie beispielsweise illegale Trockenlegungen von Feuchtgebieten bewiesen werden und allgemein sozial-ökonomische Veränderungen, wie die Verteilung von Macht, in den kartierten Gebieten protokolliert werden.

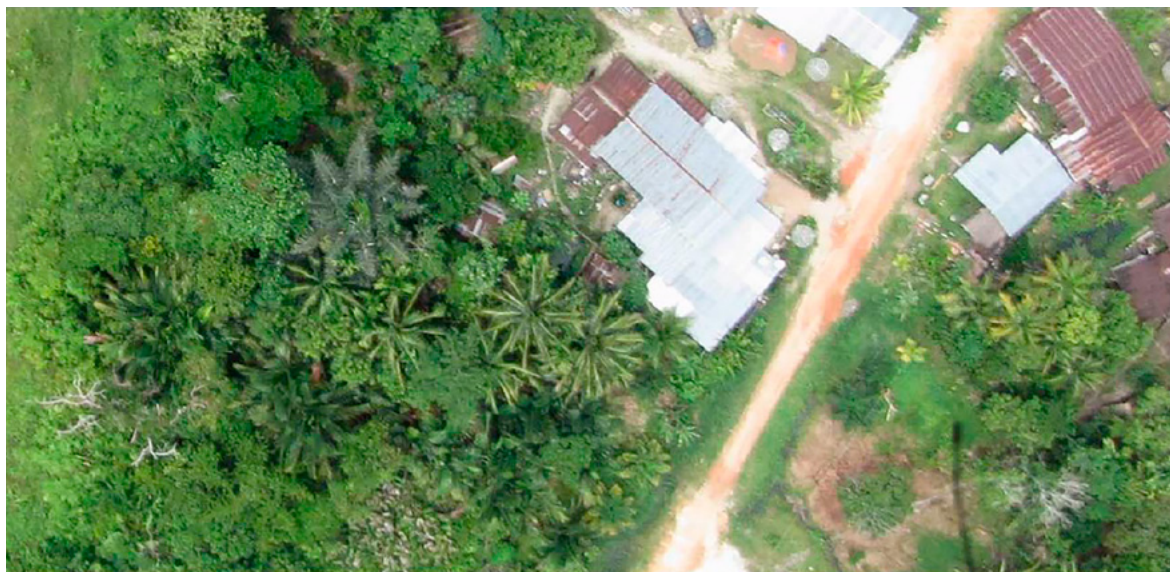
Vorzeigeprojekt Tayan Hilir

Diese Idee gibt es bereits seit einigen Jahren, jedoch fehlte bisher die richtige Methode. Irendra Radjawali,

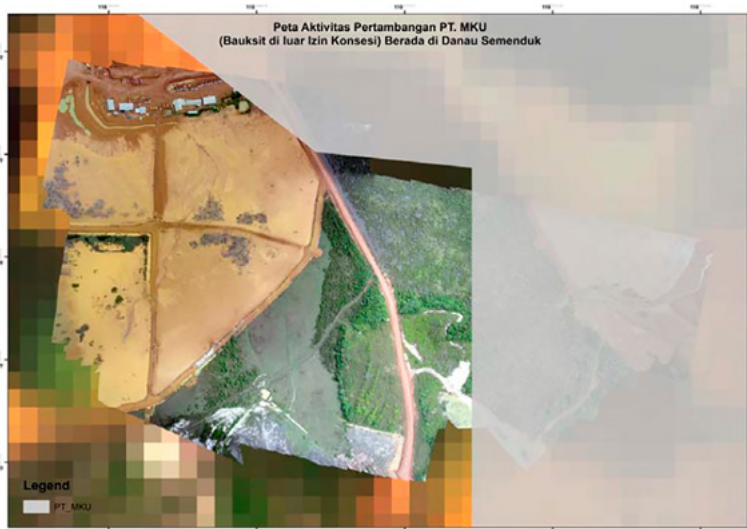
indonesischer Aktivist, Doktorand an der Universität Bremen und derzeit forschend an der Universität Bonn tätig, entwickelte für sein Action-Research-Projekt in Tayan Hilir etwas Revolutionäres: eine Drohne. Hiermit schrieb er eine wahre Erfolgsgeschichte: Ohne Vorkenntnisse und finanzielle Zuschüsse baute er seine erste Drohne komplett selbst. Für vergleichsweise niedrige Kosten von unter 450 Euro kann die Drohne mit eingesetzter Kamera vor dem Flug darauf programmiert werden, welche Strecke sie fliegen und fotografieren soll. Direkt nach der Landung können die Fotos mittels Software zu einer Karte zusammengesetzt werden.

Diese Vorgehensweise ist deshalb so fortschrittlich, weil neben einer enormen Kosteneinsparung auch weniger Expertise notwendig ist, um die Drohnen zu steuern, im Anschluss die Karten zu erstellen und zu interpretieren. Zuvor verwendeten Countermapper oft Satellitenbilder, die aufgrund der schlechten Bildqualität Experten zur Interpretation des Abgebildeten erforderten. Die Bildauflösung der Drohnen ist durch die relativ geringe Flughöhe sehr hoch, und viele Details sind auch für Laien erkennbar.

In Tayan Hilir organisierte Radjawali gemeinsam mit dem lokalen *Swandiri-Institut* eine Drohnenschule, in der die BürgerInnen lernten, selbst mit der Technik umzugehen. Sie konnten somit zeigen, dass das Bergbauunternehmen außerhalb ihres Konzessionsgebiets operierte, und – als Höhepunkt der Erfolgsgeschichte – die selbsterstellten Karten wurden erstmals vom Verfassungsgericht Indonesiens anerkannt.



Sejotang Village, Kecamatan Tayan Hilir, West Kalimantan (Zoom auf eine mit Drohnen erstellte Karte)
© Swandiri-Institut



Von einer Drohne georeferenziertes Foto mit illegalem Bergbau außerhalb des Konzessionsgebiets (graue Schattierung)
© Swandiri-Institut

Politisierung

Das Projekt ist hiermit aber noch lange nicht abgeschlossen. Die Gemeindemitglieder und das *Swandiri-Institut* planen, die Karten weiter für politische Zwecke zu nutzen. Das erste Ziel ist, die Pläne bei *One Map Indonesia* zu registrieren, einer nicht-staatlichen Einrichtung mit dem Zweck, räumliche Daten und Informationen zusammenzutragen. Darüber hinaus will man sich dafür einsetzen, die Regelungen des Bezirks für Nutzwald auch auf Landwirtschaftsflächen auszuweiten. Auch auf Dorfebene wollen die lokalen Aktivisten verschiedene Initiativen ins Leben rufen, um gemeinschaftliches Handeln zu fördern. Drohnen eignen sich hier als gutes Werkzeug, mit dem alle interessierten BürgerInnen miteinbezogen werden können.

Jokowis Agrarreform

Irendra Radjawali führte die neue Technik zum passenden Zeitpunkt ein, denn gerade jetzt beginnt Staatspräsident Joko Widodo die Durchführung der neuen Agrarreform zu beschleunigen. Die Regierung will mehr Gleichberechtigung und Wohlstand schaffen, indem das Eigentum, die Kontrolle und die Nutzung von bestimmten Landgebieten neu geregelt und umverteilt wird. Bisher billigte der Staat, dass einflussreiche Akteure immer größere Landflächen kaufen. Inzwischen sind 36 Millionen Hektar in Besitz von nur 500 Eigentümern, während mehr als 50 Prozent der Bauern weniger als einen halben Hektar Land besitzen. Ein weiterer kritischer Punkt sind die unzähligen landwirtschaftlichen Konflikte, die aus unklaren Status oder überlappenden Regelungen resultierten und etwa eine Million Menschen involvieren. Durch eine verschlechterte Bodenqualität, weniger autonome LandwirtInnen und einer zunehmenden Anzahl von ArbeiterInnen, die in den Sektors wechseln, kam es zudem vermehrt zu sozialen und ökologischen Krisen.

Die Regierung will die Probleme auf zwei Arten lösen: Zum einen soll Land, welches für die Agrarreform (*Tanah Obyek Reforma Agraria*, kurz TORA) infrage kommt, klassifiziert und die Eigentumsrechte so zugeordnet werden, dass lokale Gemeinden und UmsiedlerInnen davon profitieren. Neun Millionen Hektar werden so teilweise erstmalig zertifiziert und neu verteilt. In diesem Zuge werden aber auch vier Millionen anerkannte Hektar Wald ihren Status verlieren.

Zum anderen gibt es das »Soziale Forstwirtschaftsprogramm«. Dabei soll der Zugang zu 12,7 Millionen Hektar Land an die Allgemeinheit verteilt werden, welches sie für eine bestimmte Zeit (etwa 30 Jahre) nutzen dürfen. Jokowi verspricht den IndonesierInnen durch die Agrarreform mehr Arbeit, mehr Sicherheit und Selbstständigkeit in der Landwirtschaft, die Lösung landwirtschaftlicher Konflikte, verbesserten Umweltschutz und vor allem höheren Wohlstand für die ganze Nation.

Ob all die Neuerungen durchführbar sind und wenigstens ein Teil der Ziele erreicht werden kann, wird sich noch zeigen. In jedem Fall aber spielen die Drohnen eine große Rolle. Das *Countermapping* gibt den betroffenen DorfbewohnerInnen die Möglichkeit, die Erhebung, Analyse und Interpretation von räumlichen Daten auf ihren Gebieten in Frage zu stellen und sich, wenn nötig, zu widersetzen. Erst dadurch ist eine gerechte, offene Diskussion, wie Jokowi es sich angeblich erhofft, möglich und nur durch das kollektive Handeln haben die Einheimischen eine Chance, gehört zu werden.

Zusammenarbeit schafft neue Wirkungsreichweite

Drohnen haben sich von einer »weapon of mass destruction« zu einer »weapon of the weak« gewandelt. Die neue Technologie hat großes Potenzial, inklusive und liberalisierend zu wirken, zeigt also nicht nur aus umwelttechnischer und politischer Sicht eine große Wirkung, sondern auch auf sozialer Ebene. Da der Kartierungsprozess durch Drohnen um ein Vielfaches vereinfacht und beschleunigt wird, können die Betroffenen besser involviert werden. Das ganze Verfahren spielt sich direkt vor Ort ab, ist leicht verständlich und kann durch Anregungen und Entscheidungen der DorfbewohnerInnen selbst vorangetrieben werden. Dadurch werden sowohl Macht- als auch Wissenshierarchien zwischen Experten und Einheimischen beziehungsweise zwischen involvierten und bisher nicht-involvierten BürgerInnen abgebaut. – Außerdem werden die Gemeinden und NGOs durch die Drohnen nicht nur aus finanzieller Sicht, sondern auch fachmännisch unabhängiger von Spenderorganisationen.

Der Abbau gesellschaftlicher Hierarchien ist jedoch nicht immer einfach. Die Gemeinden haben

selten eine homogene Einstellung, meist unterscheiden sich die sozialen und politischen Ziele der Bewohner. In manchen entlegenen Gegenden haben Firmen großen ökonomischen und politischen Einfluss, der dann problematisch wird, wenn er die lokale Bevölkerung in zwei Parteien spaltet: Die Eine erhofft sich Arbeit oder sonstige Unterstützung, die Andere, deren Land eingezogen wurde, versucht sich zu wehren. In Tayan Hilir war dies glücklicherweise nicht der Fall, bei anderen Projekten mussten sich die Countermapper jedoch schon im Geheimen treffen, um einem offenen Konflikt zu entgehen.

Wem gehören die Karten?

Hierbei stellen sich zwei wichtige Fragen des *Counter mappings*: Wer hat Zugang, Verwendung und Kontrolle über die neu erstellten Karten? Inwieweit sollen die Karten veröffentlicht werden, sodass sie, im Sinne von Open Data, frei zugänglich sind und gleichzeitig die Privatsphäre der Waldbauer schützen?

Die Beantwortung dieser Fragen hängt stark vom politisch-ökologischen Kontext der Situation ab. Der Gebrauch von Drohnen, um Waldbewirtschaftung zu beobachten und gegen illegale Abholzung vorzugehen, scheint nur auf den ersten Blick politisch neutral. In Indonesien wäre es jedoch ein Fehler, diese Aufgabe allein dem Ministerium für Forstwirtschaft zu überlassen, da es in der Vergangenheit oft unternehmerische Regenwaldabholzung im großen Stil legalisierte, während es lokale ›illegale‹ Rodung kriminalisierte. Um die existierenden Machtstrukturen effektiv bekämpfen zu können, sollte die Drohnentechnologie in konfliktträchtigen Gebieten durch die lokalen Gemeinschaften selbst eingeführt oder zumindest von ihnen abgesegnet werden.

Ein weiteres mögliches Problem entsteht, wenn der politische Aspekt ganz außen vor gelassen wird. Durch das technische Potenzial ist die neue Kartierungsmethode anfällig dafür, das Technische dem Politischen vorzuziehen. Überall auf der Welt nutzen Menschen Drohnen als Hobby oder für kommerzielle Kartierungsdienste, ohne sich den möglichen Auswirkungen bewusst zu sein oder diese ignorieren. So möchte beispielsweise das deutsche Unternehmen *OpenForests*, welches auch in Indonesien Drohnenprojekte zum Kartieren von Regenwäldern durchführt, nur als Softwaredienstleister mit nachhaltigem Hintergrund ohne politische Absichten verstanden werden. Wesentlich ist jedoch, dass man, auch wenn man es grundsätzlich vermeiden möchte, in diesem Kontext immer eine politische Wirkung erzielt. Es ist wichtig, die Drohnen nur als Werkzeug und nicht als Mittelpunkt des *Counter mappings* zu betrachten, da sich nicht automatisch eine Verbindung zwischen technischen und emanzipatorischen Zielen einstellt.

Tayan Hilir ist ein Projekt, in dem soweit alles gelungen ist. Die lokalen AktivistInnen haben gelernt, eine Drohne selbst zu bauen, zu bedienen, die Daten aufzubereiten und für eine gemeinsam erarbeitete politische Strategie zu nutzen. Die Initiative erreichte Anerkennung beim Verfassungsgericht und konnte zur Selbstemanzipation und zur Förderung des Gemeinschaftssinns der IndonesierInnen beitragen. ■

Weiterführende Literatur

- › Radjawali und Pye (2017): Drones for justice: inclusive technology and river-related action research along the Kapuas. *Geographica Helvetica*



Gruppe lokaler
Aktivisten mit
Irendra Radjawali
(Mitte)
© Swandiri-
Institut

»Hauptgewinn in Südostasien«

Deklassierte US-Dokumente bringen neue Details über Einfluss der Westmächte bei Errichtung der Suharto-Diktatur in Indonesien ans Licht

Indonesien und der Einfluss westlicher Großmächte am Suharto-Putsch und des Massenmords an Hunderttausenden Menschen vor 50 Jahren zählen zu den blinden Flecken in der Geschichte des Kalten Krieges. Nun bringen in den USA erstmals freigegebene, ehemals als geheim eingestufte Regierungs-Dokumente etwas mehr Licht ins Dunkel. Die Massaker im bevölkerungs- und ressourcenreichsten Land in Südostasien, verübt 1965/66 von Militärs und Milizen an VertreterInnen linker Bewegungen, zählen zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Überlebende und ihre Angehörigen werden bis heute stigmatisiert, während die Mörder straflos bleiben.

Die deklassierten Dokumente, insgesamt mehr als 30.000 Seiten, werden der Öffentlichkeit vom National Declassification Centre und dem National Security Archive an der George Washington University nach und nach in digitalisierter Form zur Verfügung gestellt. 39 Dokumente sind zunächst auf der Website des Security Archives einsehbar.

Es ist die bisher größte derartige Veröffentlichung seit Gründung des Declassification Centre im Jahr 2009. Der US-Historiker Bradley Simpson, Autor von »Economists with guns – Authoritarian Development and U.S.-Indonesian Relations 1960–1968«, koordinierte das Projekt. Simpson rekonstruiert schon seit Langem die blutigen Ereignisse von 1965 und setzt der Geschichtsschreibung des Suharto-Regimes und dem Schweigen seiner eigenen Regierung immer wieder historische Dokumente entgegen. Nach der Veröffentlichung der Filme »The Act of killing« und »The look of silence« des US-Regisseurs Joshua Oppenheimer, der erstmals Täter der Massenmorde vor die Kamera brachte, hatte sich eine Gruppe von Senatoren um den Demokraten Tom Udall für die Freigabe der Dokumente eingesetzt. Auch die indonesische Menschenrechtskommission habe die US-Regierung zur Freigabe aufgefordert, so Simpson.

Indonesien, nach 300 Jahren holländischer Kolonialherrschaft und dreijähriger japanischer Besetzung 1945 unabhängig geworden, war Gründungsmitglied der Blockfreien Bewegung. Als Präsident Sukarno ab Ende der 50er Jahre zunehmend auf Antiimperialismus setzte, westliche Unternehmen verstaatlichen ließ und sich der *Kommunistischen Partei Indonesiens* PKI annäherte, machte das westliche Regierungen und Teile der indonesischen Armee äußerst nervös. Indonesien hatte damals nach

China und der Sowjetunion die drittgrößte KP der Welt. Nach der Entführung und dem Mord an mehreren Armeeführern, von denen befürchtet wurde, dass sie in Zusammenarbeit mit der CIA Präsident Sukarno entmachten wollten, setzte sich Generalmajor Suharto an die Spitze, zunächst der Armee und dann des Staates. Er untermauerte seine Macht, indem er der PKI die Schuld an der Ermordung der Generäle zuschob. Militärmedien verbreiteten grausame Lügengeschichten über die Entführungsaktion, unter anderem die, dass Frauen der linken Organisation Gerwani den entführten Generälen die Penisse abgeschnitten und die Augen ausgestochen hätten. Das widersprach zwar dem Autopsieergebnis, aber dieses wurde nicht publik gemacht und zahlreiche Frauen sahen sich in den Folgejahren grausamer Folter und Vergewaltigung als »Vergeltung« ausgesetzt.

Die US-Dokumente, überwiegend diplomatische Korrespondenz aus den Jahren 1964 bis 1968, liefern nun weitere Details dazu, wie die US-Botschaft in Jakarta über die antikommunistischen »Säuberungsaktionen« des indonesischen Militärs Buch führte und wie sie selbige nach Kräften unterstützte. So informierte US-Botschafter Marshall Green aus Jakarta in einem Telegramm vom 18.10.1965 den US-Außenminister über antikommunistische Gewalt in Sumatra, Sulawesi und Java, über Folter an einem der Entführer der Generäle und dessen »Geständnis«, die PKI sei der Drahtzieher. Des Weiteren empfiehlt Greens indonesischer Informant, dass man einige PKI-Führer »aufhängen« solle und lobt Suharto als »guten, starken Mann«. Weitere Telegramme berichten über die Zerschlagung linker Organisationen und die zunehmende militärische Gewalt. Die Dokumente stärken auch das Urteil des Internationalen Völkertribunals (IPT1965), das im Juli 2016 den indonesischen Staat wegen systematischer Tötung von Hunderttausenden Menschen schuldig sprach, sowie wegen Sklaverei, Verschwinden lassen, sexuelle Gewalt und einer Kampagne der Hasspropaganda, die zu solchen Verbrechen aufforderte. Außerdem kamen die RichterInnen zu dem Schluss, dass den Regierungen westlicher Staaten bewusst war, dass Massentötungen stattfanden und dass sie auf unterschiedliche Weise die Armee in ihrer Vernichtungskampagne unterstützten.

Trotz zahlreicher Hinweise auf eine »aktive deutsche Außenpolitik« 1965 in Indonesien (siehe Kasten) schweigt sich die Bundesregierung zu diesem Thema bis heute aus. Doch die US-Dokumente zei-

gen: Auch deutsche Diplomaten in Jakarta loteten offenbar die Unterstützung für Suhartos Militär und für den »regime change« aus. In einem Telegramm der US-Botschaft vom 12. Oktober 1965 wird über Gespräche zwischen einem »vertrauenswürdigen deutschen Geschäftsmann« und einem Vertreter der indonesischen Armee berichtet, über die ein deutscher Botschaftsmitarbeiter die US-Botschaft informierte. Der deutsche Geschäftsmann, offenbar Verbindungsmann zum Militär, deutet Pläne an, Präsident Sukarno zu entmachten und ihn mit einer »kombinierten zivil-militärischen Junta« zu ersetzen. Genau das geschah schließlich, wenn auch nicht mit der »schnellen Aktion« wie im Telegramm angedeutet, sondern schleichend. Im März 1966 wurde Suharto von Sukarno, in einem Dekret, dessen Echtheit bis heute bezweifelt wird, die Macht im Staate übertragen. Ein Jahr später wird Suharto per Ernennung durch die Volksversammlung offiziell Präsident.

In den Folgejahren wurde Indonesien ins kapitalistische Wirtschaftssystem reintegriert. US-Präsident Richard Nixon, der stramm im Sinn der Domino-Theorie bereits 1965 die Bombardierung Nordvietnams mit dem Schutz von Indonesiens beträchtlichen Bodenschätzen gerechtfertigt hatte, sprach zwei Jahre später von Indonesien als »Hauptgewinn in Südostasien«. Auf der Genfer »Investorenkonferenz für Indonesien« wurde im Dezember 1967 der Weg frei für westliche Kapitalakkumulation mit Hilfe von Indonesiens Ressourcen und billigen Arbeitskräften. James A. Linen, Leiter des Medienkonzerns Time Inc., der die Konferenz ausrichtete, sagte damals unverblümt, das Ziel sei »ein neues Klima zu schaffen, in dem Privatunternehmen und Entwicklungsländer für ihr beiderseitiges Interesse und ihren Profit und für den noch größeren Profit der freien Welt zusammenarbeiten«.

Das tun sie bis heute, weswegen es an der Aufarbeitung der Gewalt wenig staatliches Interesse gibt. Weder in Indonesien noch im Westen. Und selbst bei linken Bewegungen und Medien hierzulande stand und steht der großen Aufmerksamkeit am Vietnam-Krieg ein großes Desinteresse am zeitgleich begangenen Abschlachten in Indonesien und der Zerschlagung der dortigen linken Bewegung entgegen.

Bundesdeutsche Kontinuitäten

Indonesien ist »strategischer Partner« der Bundesrepublik und zählt zu den größten Empfängern deutscher Rüstungsgüter. Eine Anfrage der Linksfraction im Bundestag zur deutschen Rolle in Indonesien 1965 wurde 2014 so beantwortet. »Die Bundesregierung und auch der Bundesnachrichtendienst haben die in der Frage bezeichneten Gewalttaten nach heutigem Kenntnisstand weder direkt noch indirekt unterstützt«. Der Spiegel hatte bereits 1971 berichtet, dass der BND Indonesiens militärischen Nachrichtendienst 1965 mit Maschinenpistolen, Funkgeräten und Geld im Gesamtwert von 300.000 Mark unterstützt habe. Weiter schrieb der Spiegel im selben Jahr, dass der BND in Indonesien militärische Geheimdienstler ausgebildet habe, um »die von der antiamerikanischen Propaganda hart bedrängten Kollegen von der CIA« abzulösen.

Der Nationalsozialist und spätere BND-Chef, Reinhard Gehlen, kommentierte 1996 im TV-Magazin »Monitor« die Gewalt von 1965 so: »Der Erfolg der indonesischen Armee, die [...] die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden«. Ein BND-Kollege von Gehlen spielte damals eine entscheidende Rolle im Prägen der öffentlichen Meinung. Der Journalist Rudolf Oebser-Roeder, ehemals SS-Obersturmbannführer, gegen den mehrfach wegen Kriegsverbrechen ermittelt worden war, hatte sich Ende der 50er Jahre nach Indonesien abgesetzt. Er wurde unter dem Namen O. G. Roeder nicht nur der erste und äußerst wohlwollende Biograf von Suharto sondern auch Korrespondent für westliche Medien, wie die Neue Zürcher Zeitung und die Süddeutsche Zeitung.

Nazi-Kontinuitäten gab es bekanntermaßen auch in den Botschaften der BRD: Luitpold Werz, von 1953 bis 1960 Botschaftsrat in Argentinien (!), leitete die BRD-Vertretung in Jakarta von 1964 bis 1966, bevor er Leiter der Ost-West-Abteilung des Auswärtigen Amtes wurde. Werz' Nachfolger in Jakarta wurde der Ex-SA-Mann Kurt Lüdde-Neurath, im zweiten Weltkrieg Diplomat bei der Achsenmacht Japan. Hunderttausende getötete Kommunisten böten eine ausreichende Garantie, dass die neue Regierung alles tun werde, um einen erneuten Linksruck im Land zu verhindern, so Lüdde-Neurath in einer Rede 1967 in Jakarta. Seine Erfahrungen beim »regime change« in Indonesien waren anscheinend wertvoll. Im Frühjahr 1973 wurde Lüdde-Neurath Botschafter in Chile. Den Pinochet-Putsch dort im selben Jahr nannte die CIA übrigens »Operation Jakarta«.

Gute Karten: **Spielend mehr erfahren...**
... die guten Karten gibt's hier: mela@asienhaus.de

Interview mit Ita Fatia Nadia und Übersetzung aus dem Indonesischen:
Anett Keller

Ita Fatia Nadia ist seit langem mit der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Frauen im Kontext von 1965 beschäftigt. Sie ist Autorin des Buches »Suara Perempuan Korban Tragedi '65« (Stimmen der weiblichen Opfer der Tragödie von 1965). Nadia war Mitglied der Indonesischen Kommission gegen Gewalt gegen Frauen und berät internationale Organisationen.

»Höchste Zeit, die Dokumente frei zu geben«

Die indonesische Regierung unternimmt kaum Schritte zur Aufarbeitung. Ein Gespräch über die Bedeutung der deklassierten US-Dokumente mit der indonesischen Historikerin und Frauenrechtlerin Ita Fatia Nadia.

Anett Keller: Welche Bedeutung haben die Dokumente für den Aufarbeitungsprozess in Indonesien?

Ita Fatia Nadia: Die Dokumente beweisen, dass Militärs hinter der Entführung der Generäle steckten [nach Version des Suharto-Regimes war es die PKI, d. Red.]. Und sie beweisen, dass Suhartos Militärs verantwortlich sind für Morde, Verschwinden lassen, Vergewaltigungen und Internierungen in Arbeitslagern – Gewalttaten, die Menschen angetan wurden, die als Mitglieder der PKI oder anderer linker Organisationen galten. Die Dokumente helfen bei der alternativen Geschichtsschreibung. Denn neben mehr Aufschluss über die Rolle des Militärs geben

sie auch Hinweise auf indonesische Intellektuelle, die dem Militär und der amerikanischen Botschaft geholfen haben.

Anett Keller: Liefern die Dokumente auch neue Informationen zur Zerstörung der linken Frauenbewegung Gerwani?

Ita Fatia Nadia: Die Frauenbewegung Gerwani wird nicht explizit erwähnt. Ich vermute, dass entsprechende Dokumente entweder noch nicht frei gegeben wurden oder dass sie vernichtet wurden. Wie in anderen Konflikten weltweit, war in Indonesien 1965 die systematische sexualisierte Gewalt an Frauen Teil der Kriegsführung und sie geschah all-orten. Das war auch schon während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg der Fall, als Frauen zu Sexsklaven des Militärs gemacht wurden. Diesen Umgang mit Frauen haben zahlreiche junge Indonesier in den 40er Jahren »gelernt«, als sie von Japan als Teil der PETA-Militär-Truppen [Freiwilligen-arme zur Unterstützung der Japanischen Besatzungs-macht] ausgebildet wurden. Auch Suharto wurde bei PETA militärisch ausgebildet.

Anett Keller: Die indonesische Regierung hat im vergangenen Jahr ein Symposium veranstaltet, bei dem sich erstmals Vertreter von Täterkreisen und Opfer der Gewalt von 1965 gegenüber saßen. Welche konkreten Schritte gab es seitens des Staates seitdem zur Aufarbeitung?

Ita Fatia Nadia: Keine.

Anett Keller: Nach dem Symposium hat die Regierung ebenfalls angekündigt, die zahlreichen Massengräber im Land zu untersuchen. Was ist daraus geworden?

Ita Fatia Nadia: Auch in dieser Richtung hat die Regierung keine weiteren Schritte unternommen.

Anett Keller: Was sollte Ihrer Meinung nach die indonesische und die internationale Politik nach diesen neuen Erkenntnissen aus den Dokumenten tun?

Ita Fatia Nadia: Die neuen Beweise wurden von unserem Koordinierenden Minister für Politik, Recht und Sicherheit sofort als unbrauchbar zurück gewiesen. Wiranto, ein pensionierter General, verweigert sich jeglichen Beweises zur Rolle des Militärs bei der Gewalt von 1965. Widerstand gegen die Beweiskraft der Dokumente regt sich auch bei Teilen des Parlaments, wo es hieß, das sei ja nur die Sicht der Amerikaner. Die indonesische Menschenrechtskommission sollte ein Statement zu diesen neuen Dokumenten abgeben und dazu auffordern, dass wir mehr Untersuchungen brauchen, zur Rolle des Militärs bei den Massenmorden und zur Rolle der PKI bei der Entführung der Generäle [die dem Massenmord vorausging, d.Red.]. Und auch für die westlichen, damals beteiligten Länder ist es höchste Zeit, dass sie die entsprechenden Dokumente frei geben.



Jubiläumsausgabe 15.-€ 25 Jahre Korea Forum

KOREA FORUM 2016

Unerhörtes sichtbar machen

SÜDKOREA: Ein Rückblick von Pfarrerin Dorothea Schweizer auf das staatliche Unrecht in den 1970er und 80er Jahren – Hannes B. Mosler über das jüngste Verbot der Vereinten Progressiven Partei

NORDKOREA: Kim Jinhyang zur Schließung des Kaesong Industrieparks – Robert Grund über seinen Alltag beim Aufbau des ersten Gehörlosenkindergartens

SPEZIAL: 50 Jahre koreanische Krankenpflegerinnen in Deutschland - eine Bilanz

Mit Cartoons von Park Kun-Woong und Bildern von Hong Eun-Ah

Zu bestellen unter www.koreaverband.de oder per Mail an mail@koreaverband.de



KOREAVERBAND

Rostocker Str. 33, 10553 Berlin, Tel. (030)3980 5984
www.koreaverband.de

■ Entschädigung für die Vertriebenen von Bukit Duri

Insgesamt 18,6 Milliarden Rupiah – umgerechnet etwa 1,2 Millionen Euro – sprach das Bezirksgericht von Zentraljakarta in seinem Urteil vom 25. Oktober 2017 vertriebenen AnwohnerInnen des Viertels Bukit Duri zu. Dies entspricht knapp 13.000 Euro Entschädigung für jede(n) der 93 KlägerInnen. Die Stadtverwaltung unter Jakartas früherem Gouverneur Basuki »Ahok« Tjahaja Purnama hatte die Umsiedlung von BewohnerInnen im Jahr 2016 initiiert, um den Fluss Ciliwung im

Rahmen von Projekten zum Hochwasserschutz begründen zu können. Die nun zugesprochene Entschädigung liegt zwar weit unter den in der Sammelklage geforderten 1,07 Billionen Rupiah, trotzdem sind die AnwohnerInnen laut Anwältin Vera Soemarwi zufrieden mit dem Urteil: »Die BürgerInnen sehen nicht die Höhe der Entschädigung«, wird sie in der Zeitung Kompas zitiert; wichtig sei für sie die Verurteilung der Provinzregierung für das durch die Vertreibung begangene Unrecht.

Jakartas aktueller Gouverneur Anies Baswedan kündigte an, das Urteil nicht anzufechten: »Wir akzeptieren das Urteil und werden keine Berufung einlegen. Wir werden mit den BürgerInnen weiter darüber sprechen. Wir werden die Modalitäten der Kompensation mit den Anwohnern und allen Beteiligten diskutieren – was die Bewohner wollen und was die Regierung bieten kann«.

Antara News, 26.10.2017

Jakarta Post 26.10.2017

Kompas, 26.10.2017

■ Die Philippinen als Vorbild? – Indonesiens Kampf gegen Drogen

Nimmt sich Indonesien die radikale Anti-Drogen-Politik des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte zum Vorbild? – Dies fürchten viele AktivistInnen, nachdem sich indonesische PolitikerInnen in den vergangenen Monaten immer wieder für kompromisslose Härte im Kampf gegen Drogen ausgesprochen hatten. Präsident Joko »Jokowi« Widodo bspw. sagte in Reaktion auf einen Polizeieinsatz gegen vier mutmaßliche taiwanesischen Drogendealer, bei denen einer der Verdächtigen getötet und eine Tonne Methamphetamin sichergestellt wurde: »Bleibt hart, besonders gegenüber ausländischen Drogenhändlern, die ins Land kommen und

sich einer Verhaftung widersetzen. Schießt auf sie. Zeigt keine Gnade.« Der Leiter der nationalen Polizei, Tito Karnavian, bewertete die Shoot-on-Sight-Politik von Duterte öffentlich als abschreckend und effektiv zur Bekämpfung von Drogenkriminalität. Auch der Chef der Nationalen Anti-Drogenbehörde (*Badan Narkotika Nasional*, BNN), Budi Waseso, kommentierte die Politik Dutertes folgendermaßen: »Sie zeigt, dass er sich um seine Bürger kümmert.«

Derartige Statements und die Tatsache, dass sich die Zahl außergerichtlicher Tötungen im Zusammenhang mit Drogen von 2016 auf 2017 bereits verfünf-

facht hat, wird in der Presse und vor allem auch seitens AktivistInnen mit Besorgnis beobachtet. Usman Hamid, Landesdirektor Indonesien von *Amnesty International*, kritisierte in der *Jakarta Globe* die Rhetorik indonesischer PolitikerInnen, die Beamten zu ungesetzmäßigem Verhalten motivieren könne, und fügte hinzu: »Dutertes Kampf gegen Drogen ist der falsche Weg für ein demokratisches Land. Indonesien muss sich hinsichtlich eines besseren Weges oder Best Practices in anderen Ländern umschauen.«

Jakarta Globe, 23.7.2017

Jakarta Post 22.7.2017, 24.10.2017

■ Polygamie-Dating-App sorgt für Kontroverse

Ayo Poligami – frei übersetzt »Los geht's mit Polygamie« – ist eine kostenlose indonesische Dating-App, die gegenüber einer Vielleihe aufgeschlossene Männer und Frauen zusammenbringen soll. Seit ihrem Start im April 2017 nutzen sie bereits über 56.000 IndonesierInnen. Entwickler Lindu Cipta Pranayama sieht sich nach

eigener Aussage vor allem als Dienstleister für noch unverheiratete Frauen mittleren Alters. Von Frauenrechtsaktivistinnen hingegen wird die App mit dem Hinweis auf die Korrelation zwischen Polygamie und einer Zunahme der häuslichen Gewalt kritisiert. In Indonesien wird Polygamie zwar von einem Großteil der

Bevölkerung abgelehnt, ist jedoch unter bestimmten Umständen und bei Einhaltung bestimmter Auflagen erlaubt, beispielsweise wenn eine unfruchtbare Erstfrau ihr Einverständnis zu einer erneuten Heirat gibt.

Jakarta Post, 3.10.2017

Die Welt, 3.10.2017

Deutsche Welle, 4.10.2017

KURZ NOTIERT

von Monika Schlicher

Schwierige Regierungsbildung

Am 22. Juli 2017 fanden in Osttimor freie und faire Parlamentswahlen statt. Das Ergebnis bestätigte die Regierung der Nationalen Einheit. Doch während Fretilin ihr Ergebnis der vorherigen Wahl mit 29,7 Prozent (23 Sitze des 65-köpfigen Parlaments) halten konnte, kam der bislang dominante Koalitionspartner *Congresso Nacional da Reconstrução Timorese* (CNRT) nur auf 29,5 Prozent (22 Sitze) und brach um sieben Prozent ein. Acht Sitze errang die neue Partei *Partidu Libertasaun Popular* (PLP), die vom früheren Präsidenten Taur Matan Ruak angeführt wird. *Kmanek Haburas Unidade Nasional*

Timor Oan (KHUNTO), eine Partei, die vor allem auf desillusionierte junge WählerInnen zielt, zog erstmals mit fünf Sitzen ins Parlament ein. Die *Partido Democrático* (PD) kam auf sieben Sitze.

Auf dem Kongress des CNRT trat Parteichef Xanana Gusmão auf Grund des Wahlergebnisses überraschend zurück. Er sieht die Partei künftig in der Opposition. Damit hat er die von ihm geschaffene große Koalition aufgekündigt.

Weil die KHUNTO in letzter Minute aus der Regierungskoalition mit Fretilin und PD ausscherte, wird Timor-Leste nun von einer Minderheitskoali-

tion (30 von 65 Sitzen) regiert. Obgleich die Oppositionsparteien zunächst verlauten ließen, die Stabilität nicht gefährden zu wollen, haben sich die Parteien unter Führung von Gusmão zu einer »Opposition Alliance with a Parliamentary Majority (AOMP)« zusammengeschlossen. Sie präsentieren sich als Alternative zur Regierung. Die Verfassung gibt bei einer zweimaligen Zurückweisung des Regierungsprogramms im Parlament Spielraum für Interpretation: Entweder es kommt zu Neuwahlen oder der Präsident beauftragt die zweitstärkste Partei mit der Regierungsbildung.

La'o Hamutuk, 25.10.2017

Entwicklung und Förderung der Menschenrechte weiter stärken!

Rund 30 Menschenrechtsorganisationen haben sich mit einem offenen Brief an die neue Regierung gewandt. Sie identifizieren anhaltende Herausforderungen und unterbreiten Vorschläge zur Förderung der Menschenrechte: Die vorherige Regierung habe große Anstrengungen unternommen, um Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen, doch die Einrichtung eines Nationalen Rates sowie die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stehe noch aus. Die Organisationen schätzen sehr, dass der Gleichstellung der Geschlechter Priorität eingeräumt wird. Neben der Umsetzung des Nationalen

Aktionsplans zu geschlechtsspezifischer Gewalt fordern sie die Regierung auf, erhebliche Mittel für eine Bewusstseinskampagne aufzubringen.

Keinen Fortschritt gibt es bei der juristischen Verfolgung von schweren Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit. Die Verfahren sind mit der Ausweisung des internationalen Justizpersonals eingestellt worden. Es wird empfohlen, einen Gesetzentwurf zur Änderung der UNTAET-Verordnung 2000/15, die zwei internationale Richter in einem Gremium vorschreibt, auszuarbeiten, oder entsprechend internationale Richter nach Osttimor zu bringen. Hinzu komme, dass viele Menschen, deren Angehörige

Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens wurden, weiterhin psychisch leiden. An die Regierung ergeht die Forderung, die 2008 von Osttimor und Indonesien angenommenen Empfehlungen der Wahrheits- und Freundschaftskommission umzusetzen und eine bilaterale Kommission einzusetzen, um nach den Verschwundenen zu suchen.

Neben weiteren Empfehlungen zur Justiz und zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten schlagen die Organisationen der Regierung vor, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft durch Konsultationen zu institutionalisieren.

JSMP, Association HAK, ACBIT, La'o Hamutuk, Belun, Fundasaun Mahein, AJAR, u.a., 28.9.2017

Einigung im Streit um die maritime Grenzziehung

Vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag haben Osttimor und Australien um die Frage der maritimen Grenzziehung und damit um die Rechte der Öl- und Gasvorkommen

in der Timorsee gerungen. Eine grundsätzliche Einigung wurde am 30. August, dem Jahrestag des Unabhängigkeitsreferendums von 1999, erzielt. Eine Unterzeichnung und Veröffentlichung

des Vertrages wird Anfang 2018 erwartet.

Permanent Court of Arbitration,
Press Release, 15.10.2017
junge Welt, 27.10.2017

Von Super-Taifunen bis zum Anstieg des Meeresspiegels

Der Kampf gegen die Katastrophe des Klimawandels

Am 8.11.2017 jährt sich der Tag, an dem Supertai-fun *Haiyan*, der stärkste tropische Wirbelsturm, der je das Land erreichte, die Philippinen traf, zum vierten Mal. Die Welt steht dabei auch im Jahre 2017 zerstörerischen Wetterereignissen gegenüber: Überschwemmungen in Bangladesch, Nepal, Indien, Vietnam und den USA; Dürren in Somalia; die Hurrikane Irma, Harvey und Maria in der Karibik und den USA; Sturm Herwart in Deutschland, Tschechien und Polen.

Die zunehmende Häufigkeit der Naturkatastrophen lässt Regierungen keine andere Wahl: sie müssen ihrer Verpflichtung nachkommen und an allen Fronten dem Klimawandel entgegentreten. Weiterhin sollten sie nicht nur auf plötzliche Ereignisse reagieren, sondern auch schleichende – jedoch ebenso, wenn nicht sogar fatalere – Gefahren für Leben, Existenzgrundlage und Ökosystem beobachten.

Diese sogenannten *Slow onset events* (SOE) in Verbindung mit negativen Auswirkungen auf den Klimawandel, umfassen »Meeresspiegelanstieg, steigende Temperaturen, Gletscherschwund und damit verbundene Auswirkungen, Versalzung, Zerstörung von Boden und Wald, Verlust der Biodiversität und Wüstenbildung,« so die Definition des Abkommens von Cancun aus dem Jahre 2010. Das Klimasekretariat der UN erkannte diese negativen Auswirkungen der SOEs an.

Lücke in der Forschung

Unabhängige Studien des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik und des Instituts für Klima und Nachhaltige Städte zeigen jedoch die immensen Leerstellen im Forschungsaufwand der Philippinen und anderer Länder des globalen Südens, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Zuverlässige Daten sind jedoch von äußerster Wichtigkeit, um den Herausforderungen der SOE gegenüberzutreten. Der Großteil der publizierten Forschung setzt sich mit SOE im globalen Norden auseinander. In Asien hat nur ein Bruchteil der Länder – wie Japan, China, Indien und Malaysia – umfangreiche Forschung in Bezug auf SOE durchgeführt.

In den Philippinen haben Studien von drei staatlichen Universitäten gezeigt, dass die verfügbare Literatur in Bezug auf Klimawandel in ihren Regionen unzureichend war. Das Fehlen von Daten reflektiert hierbei den Mangel an Interesse an Investitionen in

Forschung und Entwicklungsarbeit staatlicher Universitäten im Land. Einige Störfaktoren, wie Landnutzungswandel und Raubbau erschweren die Zuordnung von lokalen Erkenntnissen zu Klimawandel.

Außerdem wird die Mehrheit der weltweiten Studien zu SOE von Naturwissenschaften durchgeführt, während Sozialwissenschaften am wenigsten in der Erforschung dieser Thematik beteiligt sind. Im Falle lokaler Studien auf den Philippinen fehlen somit in der Analyse das Verständnis für marginalisierte Sektoren wie indigene Gemeinden, Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Senioren.

Auf nationaler Ebene müssen Richtlinien die Realitäten vor Ort stärker reflektieren, wobei sie Unterstützung durch tragfähige Forschung erhalten sollten, sowohl von Naturwissenschaften als auch Gesellschaftswissenschaften. Forschende und MitarbeiterInnen lokaler Institutionen sollten unterstützt werden, um Gemeinden bei der Umsetzung von Vorstellungen und Plänen mit Bezug zu Klimawandel und Entwicklungsvorhaben beizustehen.

Beamten sollten Studien nicht nur als zusätzliche Elemente einer sozioökonomischen Agenda nutzen, sondern als Impuls für nationale und lokale Politik. Zudem, um das Risiko von SOE und weiteren negativen Auswirkungen des Klimawandels holistisch anzugehen, sollten Regierungen Leitbahnen entwickeln, die die Finanzierung des Klimaschutzes sichern, sodass diese effizienter ihren Weg zu lokal geführten und wissenschaftlich fundierten Initiativen finden können.

Forderungen an die COP23

Die COP23 muss dabei Antworten auf *loss and damage*, Adaptation und Finanzierung des Klimaschutzes in Anbetracht der dringenden Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen finden. Das *Warsaw International Mechanism on Loss and Damage*, das zwei Wochen nach dem Eintreffen *Haiyans* auf den Philippinen geschaffen wurde, muss endlich finanziert werden. Andererseits müssen Finanzinstitutionen und andere Stakeholder weitere Maßnahmen ergreifen, um die Risiken von SOE zu minimieren.

Länder müssen ebenso ihren Klimaschutz intensivieren, um unter dem 1,5 Grad Ziel des Pariser Abkommens zu bleiben. Den verletzlichsten Staaten, Regionen und Ländern muss eine Chance gegeben werden, damit sie trotz schleichender und extremer Wetterveränderungen überleben können. ■

von Denise
Margaret
Matias und
Lourdes Tibig

Übersetzung
aus dem Eng-
lischen von
Kathrin Spenna

*Denise Matias ist
Umweltwissen-
schaftlerin und
wissenschaftli-
che Mitarbeiterin
beim Deutschen
Institut für Ent-
wicklungspolitik.*

*Lourdes Tibig ist
Referentin für
Klimawissen-
schaft beim Ins-
titute for Climate
and Sustainable
Cities*



*Die Autorinnen
bei einer Diskus-
sion am Rande
der COP23*

© Angelo Kairos
dela Cruz/ICSC

*Der Text ist am
8.11.2017 in der
Current Column
des DIE veröf-
fentlicht worden.*

Zwischen Bergbau-Hölle und Alternativer Rohstoffwoche

Über die vielfältigen ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen des Rohstoffabbaus wurde in der *südostasien* schon mehrfach berichtet, unter anderem in einer Schwerpunkt-Ausgabe im Jahr 2013. Kürzlich jährte sich die Ermordung von Juvy Capión und ihrer beiden minderjährigen Söhnen, Jon und Jordan, zum fünften Mal. Im Morgengrauen des 18. Oktober 2012 kam es laut Angaben der *Armed Forces of the Philippines* (AFP) zu einem Schusswechsel zwischen der AFP und Indigenen. Medien, Kirche und Zivilgesellschaft haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es nie ein Gefecht gab, da die vom Militär gesuchte Person, der Ehemann von Juvy Capión, längst nicht mehr in dem Dorf anwesend war. AktivistInnen sprechen daher von einem Massaker an der Familie. Bis heute ist nicht nachvollziehbar, ob die Verantwortlichen der AFP zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Der Ort des Geschehens, Tampakan, könnte eigentlich ein ruhiges, verschlafenes Nest sein. Es liegt in der Provinz South Cotabato auf der Insel Mindanao, am Fuße des Mount Matutum, einem der 22 aktiven Vulkane der Philippinen. Die Kleinstadt ist nur wenige Kilometer von der Provinz-Hauptstadt Koronadal City entfernt. Doch im Grenzgebiet von vier Provinzen liegen insgesamt 375.000 Tonnen Kupfer und 360.000 Unzen Gold unter der Erde. Dadurch besitzt der Ort eine der wertvollsten, unerschlossenen Rohstofflagerstätten der Welt. Seit den 1990er Jahren haben mehrere ausländische Konzerne, darunter *Western Mining Corporation*, *Indo-phil Resources* (jeweils aus Australien), *Xstrata* und *Glencore* (jeweils aus der Schweiz) versucht, einen Abbau dieser Lagerstätten zu forcieren. Sie alle sind erbärmlich gescheitert, haben viele Millionen Euro

verloren und mussten sich unverrichteter Dinge aus den jeweiligen Projekten zurückziehen. Zuletzt hat Glencore seine Beteiligung an dem Projekt im Sommer 2015 mit hohen Verlusten verkauft. Bis heute sind sie alle gescheitert am Widerstand der Indigenen Gemeinschaft der B'laan, der Zivilgesellschaft, der Kirchen, der lokalen Politik und den vielen Aktiven. So könnte eine Narrative des Erfolges aussehen, wenn der Konflikt neben Juvy Capión nicht viele Opfer auf beiden Seiten gefordert hätte.

Schmutzige Lieferketten

Ein anderes Beispiel für den destruktiven Bergbau in den Philippinen ist Sta. Cruz in der Provinz Zambales, Luzon. Die Wissenschaftlerin Melanie Müller hat im Frühjahr 2017 für das philippinenbüro und PowerShift in Zusammenarbeit mit *Alyansa Tigil Mina* (Allianz gegen Bergbau) die Lieferkette des Nickels aus der Provinz Zambales nach Deutschland untersucht. Deutschland ist immerhin der fünftgrößte Konsument von Nickel, während die Philippinen im Jahr 2015 der größte Produzent waren. Der Abbau vor Ort schädigt allerdings massiv die Umwelt und verletzt vielfach das Menschenrecht auf Nahrung. So berichteten im Jahr 2015 Fischer, Bäuerinnen, Bauern und Besitzer von Fischteichen, dass sie so tief greifende Einnahmeverluste hatten, dass sie zum Teil auf Mahlzeiten verzichten mussten. Zudem gibt es immer wieder Einschüchterungsversuche gegen die aktive Zivilgesellschaft in Zambales. So wurde der Vorsitzende der *Concerned Citizens of Sta. Cruz, Zambales* (CCOS), Dr. Benito Molino, im August 2017 bezichtigt, LKW-Fahrer des Bergbauunternehmens bedroht zu haben. Mit ihm wurden auch VertreterInnen staatlicher Behörden, wie dem *National Bureau of Investigation* (NBI) oder der Sonderermittlungseinheit gegen Umweltverbrechen des Umweltministeriums (DENR), angeklagt. Zusammen hatten sie mit der Armee und der Küstenwache am 6. April des Jahres aufgrund von illegalen Aktivitäten vier Nickelabbaustätten betreten und die LKW-Fahrer festgesetzt. Nun reichten diese LKW-Fahrer Gegenklage ein, weil sie sich bedroht sahen, während sie gegen Gesetze verstoßen haben.

Dies ist nicht das erste Mal und nicht die einzige Form von Drohungen, die sich gegen Benito Molino richteten, wie er im Rahmen der 3. Alternativen Rohstoffwoche am 16. und 18. Oktober auf Veranstaltungen in Berlin berichtete. Er bekam auch schon

In diesem Dorf lebten Juvy Capión und ihre Kinder
© Michael Reckordt



Gewaltandrohungen per SMS, aber auch gescheiterte Bestechungsversuche.

Bergbauhölle

Viele vom Rohstoffabbau betroffene Gemeinden und die Zivilgesellschaft hofften nach dem Amtsbeginn auf Rodrigo Duterte und Regina Paz, genannt Gina, Lopez. Die ehemalige Aktivistin, die unter anderem an der Kampagne »No To Mining in Palawan« federführend beteiligt war und über zehn Millionen Unterstützungsunterschriften sammelte, wurde im Sommer 2016 zur Umweltministerin ernannt. Zu Beginn ihrer Amtszeit untersuchte sie alle Abbaulizenzen des Landes und analysierte Verstöße gegen Umweltgesetze sowie die örtlichen, sozialen Konflikte. Anschließend ordnete sie an, 23 Bergbaubetriebe zu schließen und entzog fünf weiteren Unternehmen die Lizenzen. Gina Lopez wurde nach einer knapp einjährigen Amtszeit von der *Commission on Appointments* nicht im Amt bestätigt. In dieser Kommission, die sich aus Duterte-Getreuen aus Abgeordnetenhaus und Senat zusammensetzte, waren viele PolitikerInnen, die selbst Beteiligungen an Bergbaubetrieben besitzen oder besaßen oder von der Industrie unterstützt wurden. Lopez musste ihr Amt niederlegen. Dennoch war ihre Amtszeit geprägt von großen Fortschritten und die mediale Präsenz hat dafür ein Bewusstsein in der Bevölkerung geschaffen, dass Bergbau ein Risikosektor ist.

Lopez unterstützte nun die vom 4. bis 8. September 2017 stattfindende *Mining Hell Week*, die das philippinische Umwelt- und Menschenrechtsnetzwerk *Alyansa Tigil Mina* organisierte. Die *Mining Hell Week* ist Teil der anwaltschaftlichen Arbeit philippinischer NGOs, die schon seit Jahren eine andere Gesetzgebung fordern, um die sozialen Rechte und den Umweltschutz viel stärker in den Vordergrund zu stellen sowie die Rechte der lokal Betroffenen und Indigenen Gemeinschaften zu stärken. Mit dem Gesetzentwurf der *Alternative Minerals Management Bill* hat *Alyansa Tigil Mina* zusammen mit lokalen Gemeinschaften und JuristInnen einen Gesetzesentwurf erarbeitet, der seit Jahren vom Repräsentantenhaus und dem Senat diskutiert, aber nicht voran getrieben wird.

In der *Mining Hell Week* weist die Zivilgesellschaft mit Nachdruck auf die Auswirkungen und die Notwendigkeit neuer Gesetze hin, die Mensch und Umwelt besser schützen. Sie nehmen damit direkten Bezug auf Kampagnen der Industrie, die *responsible mining* (verantwortlicher Bergbau) versprechen. Daniel Arias, Beauftragter für anwaltschaftliche Arbeit bei *Alyansa Tigil Mina*, verdeutlicht: »Verantwortlicher Abbau ist nicht möglich, besonders so lange es keine rechtlich verbindliche Definition existiert, wie dieser verantwortliche Abbau von Stat-

ten gehen soll. Es ist nur ein weiterer Werbeslogan der Industrie. Diese hat bisher versagt, ihren alten Slogan des *sustainable mining* (nachhaltiger Bergbau) zu verteidigen.« Daher setzen sich verschiedene Umweltgruppen auch für ein »Moratorium für Großtagebau ein, solange die *Alternative Minerals Management Bill* von der Politik nicht erlassen worden ist«, so Arias weiter.

»Hab keine Angst, schließ die Minen!«

Im Rahmen der Woche demonstrierten am 5. September 2017 knapp 200 Personen vor dem Präsidentensitz Malacañang. Die DemonstrantInnen, zum Teil aus den Rohstoffabbaugebieten wie Zambales oder Masbate, forderten den Präsidenten Rodrigo Duterte auf, endlich seinen Worten Taten folgen zu lassen. Ein Banner signalisierte das deutlich: »Gawa hindi ngawa! Ipasara ang Mina!« (Hab keine Angst, schließ die Minen!). Der Präsident hatte in den letzten Jahren vielfach den Bergbaubetrieben gedroht. Zuletzt hat er in seiner Ansprache an die Nation den Großtagebau verflucht, die Konzerne aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und gedroht, wenn sie sich nicht an die Gesetze hielten, würde er sie »zu Tode besteuern«. Der nationale Koordinator von *Alyansa Tigil Mina*, Jaybee Garganera, unterstreicht die Forderungen der DemonstrantInnen: »Wir freuen uns über die Worte des Präsidenten über den zerstörerischen Bergbau, aber er muss das Problem auch beheben und den Worten Taten folgen lassen«, und betont, dass Mensch und Umwelt »konkrete Aktionen und nicht nur Ankündigungen« bräuchten.

Am folgenden Tag wurde zudem die *Mining Philippines International Conference* im Sofitel Hotel gestört. Diese Konferenz, die von der *Chamber of Mines of the Philippines* (Bergbaukammer der Philippinen) jährlich organisiert wird, trug dieses Jahr den Titel: *Responsible Mining: Moving Beyond Compliance* (Verantwortlicher Bergbau: Über die Erfüllung hinaus gehen). Arias kritisiert, dass diese Berg-

Der mit Nickel belastete Fluss trat über und zerstörte Fischfarmen und Muschelzucht
© Michael Reckordt



baukonferenz nur darauf abziele, »das Land und die Mineralien des Landes auszubeuten«. Statt weiter ausländische Investoren aufzufordern zu investieren, sollte die Industrie zuerst »der Anordnung des Präsidenten Folge leisten und die Menschen entschädigen«, so Arias weiter. Ein Vertreter der *Chamber of Mines* sprach auch auf Einladung der deutschen Außenhandelskammer in den Philippinen und der deutschen Botschaft am 13. Oktober 2017 auf einem Wirtschaftsstammtisch zum Thema: »*Philippine Mining Industry: Nowhere to Go But Up*« (Philippinische Bergbau Industrie: Es gibt keinen anderen Weg, als nach oben).

Es gibt vielschichtige Bezüge zwischen den rohstoffreichen Ländern wie den Philippinen und rohstoffverbrauchenden Ländern wie Deutschland, das zu nahezu 100 Prozent abhängig ist von Primärmetallen. Es sind zum Teil europäische Konzerne, die beim Abbau Menschenrechte und Umweltstandards missachten, oder deutsche Banken, die diesen Abbau finanzieren, wie das philippinenbüro schon im Jahre 2012 im Buch »Rohstofftausch« aufgearbeitet hat. Über verschiedene Verwertungsschritte kommen die Rohstoffe nach Europa, entweder von der Wirtschaft genutzt oder schon verarbeitet in Konsumgütern wie Smartphones oder Autos.

Auch Deutschland in der Verantwortung

Immer wieder, so berichten Organisationen wie MISEREOR, Brot für die Welt, Oxfam, Germanwatch oder PowerShift, sind deutsche Firmen mehr oder weniger direkt an Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette beteiligt, und sei es nur, weil sie soziale und ökologische Missstände nicht früh genug identifiziert und bei der Beseitigung geholfen haben. Darauf wiesen vom 16. bis 22. Oktober 2017 zivil-

gesellschaftliche Organisationen in Deutschland hin, darunter auch die Stiftung Asienhaus und das philippinenbüro. Im Rahmen der 3. Alternativen Rohstoffwoche, die erstmals im Jahre 2013 initiiert wurde, setzten sich Mitglieder des Netzwerks *AK Rohstoffe*, darunter Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, in mehr als 25 Veranstaltungen bundesweit mit den sozialen und ökologischen Auswirkungen des Rohstoffabbaus auseinander.

Die Bundesregierungen und -ministerien berücksichtigen die Auswirkungen des Rohstoffabbaus nicht ausreichend in ihrer Politik. In ihrem Fokus steht die häufig einseitige Unterstützung der Industrie für eine erhöhte Versorgungssicherheit mit den Rohstoffen. Aufgrund der globalen Herausforderungen braucht es eine andere, eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Diese muss folgende Ziele haben: Erstens, den Rohstoffverbrauch vor allem in Deutschland und Europa in absoluten Zahlen zu senken. Zweitens, die Menschenrechte der vom Abbau Betroffenen effektiv schützen. Dazu braucht es ein verbindliches Sorgfaltspflichtengesetz, dass Unternehmen dazu verpflichtet, Risiken entlang ihrer Lieferkette zu analysieren, Verletzungen zu minimieren und die Betroffenen zu entschädigen. Drittens muss die Zivilgesellschaft global stärker geschützt und gestärkt werden. Das heißt, Umweltverbände und Menschenrechtsorganisationen brauchen ein stärkeres Mitspracherecht in Europa und Deutschland sowie im Globalen Süden bei der Ausgestaltung von Regeln. Unternehmensinteressen und deren Lobby muss aus bestehenden Prozessen zurückgedrängt werden, damit gesamtgesellschaftliche Interessen über ökonomischen Partikularinteressen stehen. Ob *Mining Hell Week* oder Alternative Rohstoffwoche, ob in Asien oder Europa, wir befinden uns in Mitten eines langen Kampfes für mehr Gerechtigkeit sowie für den Schutz von Mensch und Umwelt. ■

Benito Molino
dokumentiert
nach Hangrutsch
neues Absetz-
becken
© Michael
Reckordt



Mut angesichts des Kohle-Elends

Der Anteil von Finanzinstituten am Terror gegen das Klima

Die Reaktion von Politik und Diplomatie auf die sich verschlimmernde Klimakrise steht im Mittelpunkt der *Conference of Parties (COP23)*, die im Zuge der UN-Klimakonferenz (UNFCCC) stattfindet. Es ist dabei einfach – und wurde bisher einfach gemacht – die Rolle der internationalen Finanzinstitute bei der kontinuierlichen Zerstörung des Klimas durch die Förderung der Kohlekraft zu übersehen.

Im Oktober 2017 wurde Geschichte geschrieben, als sich BürgerInnen eines der durch Klimakatastrophen verwundbarsten Staaten gegen einen der größten Geldgeber zur Verwendung fossiler Brennstoffe erhoben haben. Durch die gemeinsame Initiative von 19 durch Kohlekraft beeinträchtigte Kommunen, Organisationen indigener Völker und Klimarechtlern wurde offiziell Beschwerde eingereicht beim Ombudsmann der *International Finance Corporation (IFC)*, dem privaten Branchenzweig der Weltbank. Die Beschwerde wendet sich gegen die Finanzierung von 19 Kohlekraftwerken auf den Philippinen durch den IFC-Unterhändler FI.

Dies ist eine Reaktion auf die Ironie der Ausbreitung von Kohlekraft auf den Philippinen. Kohle macht 42 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes durch fossile Brennstoffe aus und ist somit eine der Hauptursachen des menschengemachten Klimawandels. Unterdessen sind die Philippinen auch eines jener Länder, die dessen verheerenden Auswirkungen am verletzlichsten gegenüberstehen.

Vier Jahre nach Taifun Haiyan, der mehr als 14 Prozent der damals 100 Millionen EinwohnerInnen des Landes beeinträchtigte, ist die Verwüstung noch frisch in Erinnerung. Besonders präsent ist sie bei jenen, die weiterhin unter Entwurzelung und Verlust der Lebensgrundlage leiden – Probleme, mit denen sich zwei Regierungen noch immer nicht in vollem Umfang befasst haben.

An Haiyan wurden wir durch jeden Taifun oder Super-Taifun erinnert, der in den folgenden Jahren durch unser Land kam. Das nationale Wetteramt schätzt, dass jährlich durchschnittlich 20 Taifune die Philippinen treffen werden, mindestens fünf davon Super-Taifune wie Haiyan. Und wie uns die von El Niño hervorgerufene zehnmonatige Dürre 2015/16 gezeigt hat ist es wahrscheinlich, dass wir in Zukunft neben Stürmen auch unter verheerender Trockenheit zu leiden haben.

Filipin@s leben in einer Ära der Extreme. Und während mächtige Länder wie die USA noch Probleme damit haben dies zu begreifen, mussten wir es schmerzhaft als die neue Norm akzeptiert. Für viele

Filipin@s ist es derweil viel schwieriger zu verstehen, wieso unser Land angesichts von Tod und Zerstörung immer noch von Kohle als primärer Energiequelle abhängig ist.

Eine unpassende Beziehung

Gegenwärtig liefern 26 existierende Kohlekraftwerke mit insgesamt 7.504 Megawatt an installierten Kapazitäten noch immer mehr als 40 Prozent des Energiebedarfs der Philippinen. Weitere 35 Werke sind momentan in Planung. In Zeiten, wo Kohle weltweit aufgrund ihrer historischen Rolle in der Klimakrise aufgegeben wird, ist es inakzeptabel, dass eine solche Energiequelle gerade in Ländern fortbesteht, die von Klimakatastrophen am häufigsten heimgesucht werden.

Es ist nicht so, dass die Philippinen in der internationalen Klima-Diskussion untätig wären: Sie waren unter jenen Ländern, die von den Industriestaaten die Anerkennung deren historischer Verantwortung in der Klimakrise forderten, und wollen den



von
Aaron Pedrosa,
Gerry Arances
und Arvin
Buenaagua

Übersetzung
aus dem Eng-
lischen von
Thorsten Muth.

Aaron Pedrosa
ist Generalsekre-
tär von Sanla-
kas-Philippines
und Leiter des
Philippine Move-
ment for Climate
Justice (PMCI).
Gerry Arances
und Arvin Bue-
naagua arbeiten
beim Center for
Energy, Ecology
and Develop-
ment (CEED)

Tacloban im
Jahre 2013 nach
Taifun Haiyan
© Flickr

CO₂-Ausstoßes des Landes um 70 Prozent reduzieren, mit finanzieller und technologischer Hilfe der entwickelten Länder. Dennoch scheint es, als würde man sich der gemeinsamen Verantwortung zur Reaktion auf den Klimawandel entziehen: Kohle gilt entlang der philippinischen Küsten als sicher, und dies vor allem dank der schmutzigen Investitionen, die die Regierung begrüßt und sogar fördert. Dies zeigt: Verantwortung einzufordern und Hilfe zu akzeptieren ist nicht genug, die Antwort ist Widerstand.

Doppelzüngigkeit der Finanzinstitutionen

Die gemeinsame Initiative, in der 19 Kommunen und über hundert philippinische Organisationen zusam-

Der Artikel
erschien am
17.11.2017 auf
dem Blog der
HuffingtonPost



Fossile Brennstoffe gefährden Mensch und Umwelt
© Flickr

men kamen, ist ein Zeugnis des Muts und der Aufrichtigkeit dieser verwundbaren Menschen, die die Fürsprecher eines zerstörerischen Entwicklungsmodells und seiner schmutzigen Energie im Angesicht der Klima-Katastrophen, die uns jeden Tag heimsuchen, herausfordern.

Die Beschwerde wirft insbesondere dem Weltbank-Mitglied IFC vor, Unterstützung für eine lokale Bank geleistet zu haben, die unter Verstoß gegen die Leistungsstandards der IFC und gegen das Klimaabkommen 19 Kohle-Projekte finanziert hat. Der Handel zwischen IFC und örtlichen KohleunterstützerInnen steht kurioserweise konträr zu den Erklärungen der Weltbank, welche angeblich die Zusammenarbeit mit Ländern fördern will, »um erneuerbare Energien günstiger als Kohle zu machen und die Bemühungen voranzutreiben, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern«.

Der Weltbank-Präsident Jim Yong Kim nannte die Pläne, mehr Kohlekraftwerke in Asien zu eröffnen, »eine Katastrophe für den Planeten«. Er warnte südostasiatische Länder davor, neue kohlebetriebene Werke zu bauen, und erklärte, dass die Weltbank im Jahr 2016 28 Prozent ihrer Ausgaben in Klima-Projekte investiert hätte.

Trotz dieser Erklärung hat die IFC mindestens 19 aktive und geplante Kohlekraftwerke oder ihre Betreiber überall auf den Philippinen finanziert, über die örtliche *Rizal Commercial Banking Corporation* (RCBC). Eigenkapital-Investments, Kredite und andere Formen von Unterstützung wurden RCBC gewährt, obwohl diese die IFC-Anforderungen nicht erfüllte.

IFC selbst klassifizierte RCBC im Jahr 2013 als »erhebliche finanzielle Belastung für Geschäftstätigkeiten mit potenziell signifikanten Risiken für Umwelt und Gesellschaft oder verschiedensten irreversiblen oder bisher nicht gekannten Auswirkungen«. Sie räumte auch ein, dass »keine ökologische und soziale Sorgfaltspflicht oder andere Verfahren bestehen, um Risiken und Schadensminderungen in Verbindung mit dem [RCBC-]Portfolio zu behan-

deln«. Es kann also keine Überraschung für IFC sein, dass RCBC an der Bereitstellung von Kreditinvestitionen für laufende und neue Kohleprojekte beteiligt ist, die große ökologische und gesellschaftliche Risiken bergen.

Die fortlaufende finanzielle Unterstützung der IFC für RCBC, auch als diese unfähig war Anforderungen zu erfüllen und Absicherungen zu treffen, spricht der Weltbank und ihren angeschlossenen Finanzinstitutionen jegliche Glaubwürdigkeit ab, wenn es darum geht Klimalösungen voranzutreiben. Die Inszenierung als Retterin des Klimas bei gleichzeitiger Förderung der Kohlekraft in Entwicklungsländern wie den Philippinen entlarvt die völlige Missachtung der Not verwundbarer Völker.

Die von Klimakatastrophen verursachte Vertreibung und der Verlust der Lebensgrundlage werden durch die vom Bau von Kohlekraftwerken in den Küstengemeinden verursachten Folgen nur verschlimmert. Die Gefahren, die diese Projekte für Gesundheit und natürliche Ressourcen darstellen, verstärken nur noch das Leiden, das wir durch die klimatischen Extreme erfahren.

Überleben und Widerstand

Es ist einfach, die Klima-Frage als eine Frage von Kompromissen und Diplomatie darzustellen. Doch für die betroffene Bevölkerung steht das Überleben ganz oben auf der Tagesordnung. Wir können nur überleben, wenn wir Widerstand leisten. Die 19 von der IFC geförderten Kohlekraftwerke können nur als Affront angesehen werden gegen jede erdenkliche gemeinsame Anstrengung, sich an ein gepeinigtes Klima anzupassen und mit ihm leben zu lernen. Während wir uns darum sorgen, wann der nächste Haiyan die Philippinen treffen wird, sorgen wir uns ebenso um die negativen Auswirkungen, die der Betrieb von Kohlekraftwerken hat. Uns besorgt ebenso der Geist der Bedrohung und der Einschüchterung, der jene Gemeinden durchzieht, die sich den Kohle-Projekten entgegenstellen.

Doch man wird uns nicht zum Schweigen bringen. Wir haben Beschwerde eingereicht, um die IFC zur Aufgabe ihres auf fossile Brennstoffe konzentrierten Investment-Portfolios aufzufordern. Es ist nicht weniger als die kollektive Behauptung unseres Überlebens, wenn wir uns allen Gemeinden solidarisch zeigen, die den von Entwicklungsbanken geförderten Kohleprojekten Widerstand leisten und gleichzeitig immer stärkeren Auswirkungen des Klimawandels gegenüberstehen. Keiner Bank oder Institution sollte es erlaubt sein, unmittelbar oder durch die Kanalisierung von Geldern, unsere Gemeinden zu verschmutzen und unsere Zukunft aufs Spiel zu setzen, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Zeiten von »business as usual« sind vorbei. ■

Kohle raus aus Palawan

Der Kampf für und wider ein geplantes Kohlekraftwerk inmitten eines Mensch- und Biosphärenreservats

von Thomas Friedrich

Der Autor ist Ethnologe und untersuchte während einer mehrmonatigen Feldforschung auf Palawan im Rahmen seiner Promotion, wie die Bevölkerung den Klimawandel wahrnimmt und versteht. Sein Buch »Die Lokalisierung des Klimawandels auf den Philippinen« ist bei Springer VS erschienen.

»Palawan ist einzigartig, Palawan ist anders!«, gehört zu den Aussagen, denen man immer wieder begegnet, wenn man durch die Inselprovinz im Südosten der Philippinen reist und vor allem mit den BewohnerInnen seiner Hauptstadt Puerto Princesa City spricht. Hier sei es nicht wie in anderen Regionen des Archipels, hier sei es sauber und »grün«, vernimmt man allenthalben. Tatsächlich wurde Puerto Princesa City in der Vergangenheit mehrfach zur »Cleanest and Greenest Component City in the Philippines« gekürt, was unter anderem die Folge einer progressiven Umweltpolitik seit Anfang der 1990er Jahre gewesen ist. In den vergangenen Jahrzehnten gelang der lokalen Stadtadministration in bemerkenswerter Weise die Transformation dieser ehemaligen Strafkolonieverwaltung in eine Modellstadt für nachhaltige Entwicklung. Der Insel insgesamt dürfte dies insgesamt dazu verholfen haben, heute eine der Hochburgen des Ökotourismus in Südostasien zu sein.

Schützenswerte Biodiversität

Vorangetrieben wurde dieser Veränderungsprozess zudem durch die Ernennung der Provinz zu einem besonders schützenswerten Mensch- und Biosphärenreservat durch die UNESCO im Jahr 1990. Palawan, das erst in den 1970er Jahren und damit sehr

spät erschlossen wurde, ist noch etwa zur Hälfte mit Wald bedeckt, vornehmlich schwer zugänglichem Urwald, und damit die am stärksten bewaldete Provinz der Philippinen. Die einzigartige Biodiversität, die viele Tier- und Pflanzenarten einschließt, welche nur auf Palawan zu finden sind, hat der Insel unlängst den Namen »the last frontier« eingebracht. Fast die Hälfte aller philippinischen Vogelarten ist auf Palawan zu finden, ebenso wie fast ein Viertel der noch als intakt geltenden Mangrovenwälder. Diese und weitere Gründe führten im Jahr 1992 schließlich dazu, dass die philippinische Regierung ein Gesetz erlies, das – einzig für Palawan – die Gründung einer eigenen Nachhaltigkeitsbehörde vorsah: dem *Palawan Council for Sustainable Development*, PCSD. Diese Institution wurde geschaffen, um Sorge zu tragen, dass die strengen Umweltgesetze, die sie selbst erlässt, auch umgesetzt und eingehalten werden. Dazu gehören seit einigen Jahren auch Maßnahmen des Klimaschutzes, die allerdings stets mit anderen Zielen des Umweltschutzes oder der Armutsbekämpfung verbunden werden. In pragmatischer Weise behandelt der PCSD den Klimawandel damit weniger als ein globales Problem als ein Mittel zur Lösung lokaler Probleme. Die Herausforderung, der er sich gegenüber sieht, ist bereits im Begriff »nachhaltige Entwicklung« angelegt. Sie besteht darin, den Spagat zu meistern zwischen konsequentem Umwelt-, Ressourcen- und Artenschutz, aber eben auch der wirt-



Demonstrierende karikieren mit Postern die systematische Zerstörung der Umwelt durch die Bewilligung von Großprojekten durch das PCSD
© Thomas Friedrich



schaftlichen Förderung, der Einkommenssicherheit oder der Gewährleistung des Zugangs zu Energie für die Bevölkerung. So ist es denn auch zu erklären, dass seit dem Bestehen des PCSD und mit der ausdrücklichen Freigabe dieser Behörde Berg- und Tagebauprojekte auf Palawan bewilligt wurden, obwohl dies unter anderem zur Abholzung großer Waldflächen geführt hat. Auch, weil die Schürfgründe fernab der Hauptstadt liegen, hat dies jedoch nie größeren Protest hervorgerufen. Dies änderte sich allerdings, als die Pläne für die Errichtung eines Kohlekraftwerks auf Palawan bekannt wurden, was einen fortwährenden Konflikt zwischen seinen BefürworterInnen und dessen GegnerInnen entfachte.

Widerstand gegen Kohlekraft

Die Kontroverse begann im Jahr 2011, als der Energieversorger der Insel mit dem DMCI-Konzern, einem der größten Konglomerate der Philippinen, das vielseitig in der Bau-, Bergbau-, Immobilien- und Energiebranche tätig ist, einen Vertrag zur Errichtung von insgesamt zwei Kraftwerken auf der Insel abschloss, um – so die offizielle Begründung – aufgrund des steigenden Energiebedarfs einer baldigen Energiekrise vorzubeugen. Als geeigneter Ort für die Errichtung des ersten Kraftwerks wurde die Gemeinde Narra, südlich von Puerto Princesa City, identifiziert. Was folgte, waren lokaler und internationaler Protest, da sich direkt gegenüber des vorgesehenen Baugrunds die kleine Insel Rasa befindet, welche die weltweit größte noch verbliebene Population des stark gefährdeten philippinischen Kakadu (lokaler Name: Katala) beherbergt. Schnell wurde diese Vogelart zum Symboltier der beginnenden Protestbewegung »NO TO COAL in Palawan«. Dem anhaltenden Widerstand der lokalen Bevölkerung war es schließlich zu verdanken, dass die Kraftwerkspläne für Narra letztlich verworfen werden mussten, allerdings nur um in der nördlich angrenzenden Gemeinde Aborlan wieder aufgenommen zu

werden. Der Protest ebte infolgedessen jedoch keineswegs ab. Im Gegenteil: Der bisherige Widerstand aus Narra schloss sich nun der Nachbargemeinde an und wuchs damit weiter. Auch aus der Hauptstadt, die ebenfalls an Narra angrenzt, kam weitere Unterstützung, denn mehr und mehr setzte sich die Überzeugung durch, dass es sich hierbei nicht nur um ein Problem für die jeweiligen Gemeinden handelt, sondern um eine Angelegenheit, die Palawan als Ganzes betrifft. Entlang solcher Schlagworte wie Naturschutz, Nachhaltigkeit, Gesundheit, Tourismus, Biodiversitätserhalt, Schutz indigener Landrechte, Klimaschutz usw. entfalteten sich die Argumente der Gegner gegen die Errichtung eines Kohlekraftwerks inmitten dieses einzigartigen Mensch- und Biosphärenreservats, um dessen Status sie nun fürchteten.

Bewusstseins- und Klimawandel

Dass der Klimawandel als Argument zunächst eine eher untergeordnete Rolle in der Argumentation der Bewegung spielte, änderte sich schlagartig im November 2013, als Supertaifun Haiyan (lokaler Name: Yolanda) die Philippinen mit einer unvorstellbaren Gewalt verwüstete, die selbst dieses sturmerprobte Land noch nicht erlebt hatte. Mit seinen vielen tausenden Toten bildete dieses beispiellose Extremwetterereignis eine historische Zäsur für das Archipel und seine Bevölkerung. In den nationalen Medien, politischen Diskussionsrunden, Talkshows usw. wurden in den Tagen und Wochen nach der Katastrophe den verantwortlichen Regierungsvertretern teils schwere Vorwürfe gemacht, sie hätten die Bevölkerung im Vorfeld nur unzureichend informiert und geschützt. Diese versicherten wiederum, alle üblichen Vorkehrungen getroffen zu haben und führten den Klimawandel als dominantes Erklärungsmodell für die außergewöhnliche Stärke des Taifuns an. Präventivmaßnahmen, die sich bisher bewährten, müssten daher nun überdacht und an die extremer werdenden Wetterbedingungen angepasst werden.

Auch für die NO-TO-COAL-Bewegung auf Palawan gelangte das Thema Klimawandel nun stärker in den Vordergrund. Zwar blieb die Provinz fast vollständig von den Verwüstungen des Supertaifuns verschont, doch zum Gegenstand lokaler Politik wurde Yolanda allein schon dadurch, dass der Widerstand gegen das Kohlekraftwerk nun regelrechten Rückenwind bekam. So fand bereits drei Wochen nach der Katastrophe die bis dahin größte Straßendemonstration der Bewegung in Puerto Princesa City statt. Bis zu 200 Menschen aus der Hauptstadt sowie den Gemeinden Aborlan und Narra versammelten sich vor dem Amtssitz des Gouverneurs von Palawan, einem der stärksten Befürworter des Kraftwerks, und präsentierten lautstark ihre Protestplakate. Zu lesen war darauf unter anderem »We want coal-

free Palawan«, »From 'last' frontier to 'lost' frontier« oder »Breaking news: Typhoon COALanda hits Palawan«. Eines der Poster verballhornte gar den PCSD, dem auch der Gouverneur angehört, zum »Palawan Council for Systematic Destruction«, was als deutliche Kritik daran zu verstehen war, dass die Behörde trotz der strengen Umweltauflagen auch weiterhin den Bau von Kraftwerken und anderen Großprojekten bewilligt (Abb. 1).

Prominente Unterstützung

Neben einflussreichen GegnerInnen hat die Bewegung allerdings auch prominente UnterstützerInnen. Einer von ihnen ist der ehemalige Klimawandelkommissar Naderev »Yeb« Saño, der sich zur Zeit des Straßenprotests öffentlich gegen das Kraftwerk aussprach. Noch kurz zuvor hatte er als Chefunterhändler der Philippinen auf der UN-Klimaverhandlung in Polen (COP19) zum zweiten Mal infolge einen emotionalen Appell an die Weltgemeinschaft gerichtet, in der er seine Weigerung zum Ausdruck brachte zu akzeptieren, dass Supertaifune wie Yolanda (und im Jahr zuvor Supertaifun Pablo bzw. Bopha) eine neue, unveränderliche Realität darstellen, an die sich die philippinische Bevölkerung in Zukunft gewöhnen müsse. Zwischen Saño und den OrganisatorInnen der NO-TO-COAL-Bewegung entwickelte sich ein reger Austausch, der seine Zeit als Klimawandelkommissar auch überdauern sollte. Beispielhaft drückt sich dies in einem Foto aus, welches er Ende 2015 auf Facebook veröffentlichte. Es zeigt ihn vor dem Petersdom im Vatikan stehend, nur wenige Monate nach der Veröffentlichung der viel beachteten Umweltenzyklika »Laudato Si'«, in der sich Papst Franziskus explizit gegen die Verwendung fossiler Brennstoffe ausspricht und Klimaschutz zu einer moralischen Maxime aller Katholiken erhebt. Der streng gläubige Saño, der seinen Regierungsjob zuvor gekündigt hatte und zum Führungsmitglied einer internationalen und multireligiösen Klimaschutzbewegung geworden ist (heute ist er übrigens Geschäftsführer von »Greenpeace Southeast Asia«), zeigt sich auf diesem Foto mit den GegnerInnen des Kohlekraftwerks auf Palawan solidarisch (Abb. 2). Nach einer päpstlichen Audienz wanderte er anschließend mit einer Gruppe von »KlimapilgerInnen« zu Fuß zu den Klimaverhandlungen nach Paris (COP21). Sowohl die Unterstützung Saños als auch die Umweltenzyklika stärkten den lokalen Protest auf Palawan. Neben einer nun engeren Zusammenarbeit mit katholischen KirchenvertreterInnen verband sich die NO-TO-COAL-Bewegung schließlich auch mit anderen überregionalen Klimaschutznetzwerken, etwa dem »Climate Justice Movement« in der philippinischen Hauptstadt Manila, dem auch Saño nahesteht.



Konflikt mit offenem Ende

Der nun schon mehrere Jahre andauernde Kampf für und wider das Kraftwerk ist noch längst nicht endgültig entschieden. Zu oft gab es bereits Teil- und Misserfolge für beide Seiten mit oft überraschenden Wendungen. Zu viele Parteien und Interessen sind bei diesem komplexen Entscheidungs- und Aushandlungsprozess involviert, was auch in der besonderen Gesetzeslage auf Palawan und dem ausgeprägten ökologischen Bewusstsein und Engagement seiner Bevölkerung begründet liegt. Infolge des Supertaifuns Yolanda hat die Protestbewegung eine weitere Bekräftigung erfahren, indem sich Umwelt- und Klimaschutzdiskurs enger miteinander verbanden. Die ambivalente Rolle des PCSD lässt sich einerseits auf die Struktur der Behörde zurückführen und andererseits auf die Tatsache, dass der Begriff »nachhaltige Entwicklung« selbst nicht frei von Widersprüchen ist und unterschiedlich ausgelegt werden kann. Jede Organisation, Institution und Behörde mit Entscheidungsbefugnis besteht am Ende eben auch nur aus Menschen, die – sei es aus Überzeugung, politischem Druck oder persönlichem Interesse – die Interpretationsräume auch der bestgemeintesten Gesetze mal auf diese und mal auf jene Weise zu nutzen wissen. Ungeachtet der berechtigten Kritik am PCSD ist aber festzustellen, dass Palawan in Sachen Umwelt- und Klimaschutz vorbildhaft ist und eine echte Chance hat, den begonnen Weg als Modellregion weiterzugehen. Es bleibt abzuwarten, ob es die Besonderheiten der Provinz ermöglichen, dies auch bei den seit Jahren stark steigenden Bevölkerungs- und Touristenzahlen zu gewährleisten, oder ob Palawan irgendwann dasselbe Schicksal erleidet und zum Opfer seines eigenen Erfolgs wird wie andere sogenannte Paradiesinseln. ■

Demonstrantinnen kämpfen für die Bewahrung der Umwelt und die Rechte der indigenen Gemeinden
© Thomas Friedrich

Die Autorin hat als Projektleiterin im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung auf den Philippinen gearbeitet. Zurzeit promoviert sie in Berlin zu »Shrinking Spaces for Civil Society« auf den Philippinen.

KURZ NOTIERT

von Nina Johnen

■ Kein Bedarf! – Verzicht auf Entwicklungsgelder trotz Marawi Krise

Schon im Herbst 2016 bekundete der philippinische Präsident Rodrigo Duterte, dass sein Land auf Entwicklungsgelder der USA und der EU zukünftig verzichten werde. Grund war, dass beide Akteure seinen aktuellen »War on Drugs«, bei dem seit Juni 2016 über 7.000 Menschen umgekommen sind, öffentlich kritisiert hatten. Die EU hatte geplant, Entwicklungsgelder in Höhe von 130 Millionen Euro zwischen 2015 und 2019 zur Verfügung zu stellen. Diese sollten besonders auf Mindanao, dem muslimischen Süden des Landes, investiert werden. Mindanao leidet bis

heute unter den Folgen der sogenannten »Marawi Krise« im Juni 2017. Die islamistische Terrorgruppe *Maute*, die auch Verbindungen zum sogenannten *Islamischen Staat* (IS) hat, hielt die Stadt Marawi fünf Monate gewaltsam besetzt. Bei den Kämpfen zwischen Militär und Terrorgruppe wurden die Stadt und die nähere Umgebung völlig zerstört. Nachdem das Militär die Belagerung gestoppt hatte, rief Präsident Duterte das Kriegsrecht über die Insel aus, und verlängerte es kürzlich bis zum Dezember 2017. Im Zuge der Gefechte wurden 200.000 Menschen vertrieben.

Die meisten sind bis heute nicht in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt, sodass die humanitäre Situation auf der zu den ärmsten Landesteilen gehörenden Insel angespannt ist. Viele ZivilistInnen befinden sich noch in Geiselschaft der TerroristInnen, während gleichzeitig Beschwerden über das rücksichtslose Vorgehen des Militärs zunehmen. Auch wenn der Einsatz von Entwicklungsgeldern durchaus kritisch zu bewerten ist, so könnten sie in diesem Fall bestimmt weiterhelfen.

The New York Times 23.10.2017

Philstarglobal.com 4.9.2017

■ Kein Einfluss? – Ablehnung von Entwicklungsgeldern als politisches Statement

Nach Aussagen des philippinischen Außenministers Alan Peter Cayetano wird die erneute Ablehnung von EU Entwicklungsgeldern durch die Duterte Administration keinen Einfluss auf die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Partner haben. Entwicklungspolitik sei, so Cavetano, keine Wirtschaftspolitik. In der Vergangenheit hatte vor allem die politische Linke immer wieder

die Abhängigkeit der Philippinen von Entwicklungsgeldern, speziell aus den USA, kritisiert, da Entwicklungshilfe politische und wirtschaftliche Abhängigkeitsstrukturen verfestigen kann. Insofern kann der Schritt der Duterte Administration auch als Zeichen eines neuen politischen Selbstbewusstseins gedeutet werden. So ganz ohne Entwicklungsgelder geht es dann aber wohl doch

nicht. Denn die einstige Rolle der USA und der EU scheint nun zunehmend China einzunehmen. Im März 2017 hatten beide Länder vereinbart, ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu vertiefen. Inwiefern hier neue Abhängigkeitsstrukturen geschaffen werden, bleibt abzuwarten.

Inquirer.net 19.10.2017

■ Keine Ausreden! –

Ehemaliger Menschenrechtsanwalt wird Berater des Präsidenten

Dass Präsident Duterte nicht zimperlich mit öffentlichen KritikerInnen und politischen KontrahentInnen umgeht, hat sich schon öfter gezeigt. Zuletzt erregte die Inhaftierung der ehemaligen Justizministerin Leyla de Lima internationale Aufmerksamkeit. Diese hatte den Präsidenten offen für seinen Anti-Drogenkrieg und die damit einhergehenden außergerichtlichen Tötungen durch die Polizei kritisiert. Nun aber hat der Präsi-

dent wieder einmal seine KritikerInnen und die politische Opposition überrascht, denn er hat den prominenten, ehemaligen Menschenrechtsanwalt Harry Roque zu seinem Regierungssprecher und Berater ernannt. Roque soll den Präsidenten in Sachen Drogenkrieg beraten und wird wohl auch Dutertes regelmäßige Entgleisungen in der Öffentlichkeit vertreten müssen. Die Tatsache, dass Roque das Amt annimmt,

wird innerhalb der gespaltenen politischen Linken und der Menschenrechtsszene des Landes kontrovers diskutiert. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten driften die Bewertungen von Dutertes Politik weit auseinander und haben zu Spannungen und Zerwürfnissen unter den genannten AkteurInnen geführt.

Inquirer.com 28.10.2017

Southchinamorningpost.com
29.10.2017

Drohnen als »science of the masses«

Erfahrungen von Counter-Mapping Bewegungen auf West-Kalimantan

Irendra Radjawali ist Sozialaktivist und Forscher aus Indonesien. Er arbeitet für *Kemitraan (Partnership for Governance Reform)*. Auf DIY-Basis (Do-it-Yourself) hat er eine multimediafähige Drohne entwickelt, um damit ländliche Gebiete auf der Insel West-Kalimantan in Indonesien zu kartografieren. Unter anderem sollen damit illegale Bergbauaktivitäten aufgedeckt und die indigene Bevölkerung vor Landraub geschützt werden. Sarah Winkler traf ihn im Mai auf dem OPEN SOA (Open Southeast Asia) Workshop in Bonn und sprach mit ihm über Chancen und Risiken seines Projektes.

Sarah Winkler: Drohnen werden im Militär, in der Filmindustrie oder von Privatpersonen genutzt. Sie aber als Instrument zur Steigerung umweltbedingter und sozialer Gerechtigkeit einzusetzen, klingt eher neuartig. Kannst du erklären, wie diese Idee entstanden ist?

Irendra Radjawali: Alles begann etwa im Jahr 2012 als ich auf Kalimantan in dem Bereich der politischen Ökologie forschte. Ich wollte soziale und ökologische Veränderungen in Bezug auf Machtbeziehungen zwischen Menschen, Regierungen, Unternehmen auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Größenordnung verstehen. Während meiner Feldforschung wurde ich zum Beobachter von Abholzungen und Landraub, durchgeführt von Palmöl- und Bergbauunternehmen u. a. Dadurch wurde die Forschung politisch. Und um erklären zu können was dort vor sich ging, brauchte ich entsprechende Daten, also Karten und Bilder. Ich suchte Online nach Satellitenaufnahmen. Solche Aufnahmen sind zwar verfügbar, aber es gibt zwei Probleme: die Qualität und die Aktualität dieser Daten. Also suchte ich weiter in Organisationen und fragte bei Regierungsstellen an, allerdings wollten diese mir nicht wirklich die Informationen zur Verfügung stellen, die ich brauchte. So kam ich zu dem Entschluss, dass ich meine eigenen Daten generieren muss. Das war auch der Zeitpunkt, an dem die Idee mit den Drohnen aufkam. Davor benutzte ich zunächst Drachen, an denen ich eine Kamera anbrachte, um Bilder zu bekommen. Das funktionierte ganz gut und ich konnte damit ein paar Gebiete erfassen. Aber die Fläche, die es auf Kalimantan abzudecken gilt, ist

viel größer. Daher wollte ich mir ein Flugzeug leihen, das ist aber einfach zu teuer. Für eine Stunde zahlt man 4.000 Euro. Danach wollte ich Drohnen kaufen. Ich wusste bereits, dass man sie beim Militär benutzt. Ein Freund erzählte mir, dass es aber auch Modelle für Privatpersonen gibt. Jedoch war auch das viel zu teuer, mindestens 60.000 Euro für die komplette Technologie.

Im selben Jahr traf ich außerdem auf eine Gruppe von Forschern, die Drohnen benutzen, um die Brutstätte von Orang-Utans zu untersuchen, was ziemlich gut funktioniert. Die Organisation nennt sich *Conservations Drones*. Ich erfuhr von ihnen viel über die Handhabung von Drohnen. Abgesehen von dieser Organisation eignete ich mir Wissen über Drohnen und wie man diese baut auch über die Website *diydrone.com* an.

Sarah Winkler: Unter anderem soll diese Drohnen-Technologie dazu dienen, illegalen Bergbau auf West-Kalimantan zu bekämpfen. Kannst du diese Problematik kurz beschreiben?

Irendra Radjawali: In Bezug auf den illegalen Bergbau gibt es verschiedene Probleme. Zunächst

Die Interviewerin studiert an der Universität in Passau. Sie absolviert dort ihren Master in Geographie mit der Spezialisierung auf den Südostasiatischen Kulturraum.



*Irendra Radjawali & Sarah Winkler, OPEN SOA in Bonn 2017
© Julia Marlen Schmid*

einmal gibt es ein Umweltproblem. Beispielsweise ist das vorherrschende Ökosystem in dieser Region, welches eine wichtige Lebensquelle darstellt, aufgrund des durch den Bauxitabbau kontaminierten Flusswassers in Gefahr. Menschen, die 100 Meter flussabwärts leben, benutzen dieses Wasser zum Zähneputzen oder trinken es. Meist wissen sie nicht, wie stark es kontaminiert ist und kämpfen folglich mit Gesundheitsproblemen. Zweitens, wird Land zum Wirtschaftsgut. Ländereien, die zuvor von indigenen Gruppen kollektiv bestellt worden sind, werden jetzt wirklich wertvoll. Konflikte entstehen zu der Frage, was gehört mir, was gehört dir. Ich bin nicht generell gegen den Bergbau, aber ich habe etwas gegen das Wie und das Ausmaß. Da liegt meiner Meinung nach das Problem. Ich denke unser Planet kann nur ein bestimmtes Maß aushalten.

Sarah Winkler: Warum ist räumliche Transparenz solch ein wichtiges Element in der Rohstoffindustrie?

Irendra Radjawali: Weil es um Land und Eigentum geht. Ich würde aber die Reduzierung der Thematik auf räumliche Transparenz kritisieren. Wir müssen Ungerechtigkeit vor allem in Bezug auf Wissen bewältigen. Ich würde sagen, dass die Epistemologie, das Wissen über Karten und Räume, genauso wichtig ist. Ich als Wissenschaftler muss erkennen, dass das Wissen der lokalen Bevölkerung zusteht. Schlüsselwörter sind an dieser Stelle Kommunikation, Machtbeziehungen und Hierarchie. Die Menschen müssen lernen wie sie die Daten nutzen und analysieren können. Letztlich geht es also um die ›drei A‹: Daten-Akquise, Daten-Analyse und Daten-Artikulation. Meiner Meinung nach sind alle drei Aspekte entscheidend.

Sarah Winkler: Gibt es bereits Erfolgsbeispiele, bei denen diese Technologie vor Gericht (positive) Beachtung fand?

Irendra Radjawali: Ja, zum Beispiel wurde eine durch Drohnen generierte Karte vor dem indonesischen Verfassungsgericht als Beweismaterial anerkannt. In diesem Fall wurde die indonesische Regierung von Bergbauunternehmen verklagt. Die Regierung kontaktierte AktivistInnen, NGOs, ForscherInnen und bat uns um Hilfe. Also lieferten wir ihnen mit Hilfe von Drohnen erstellte Karten. Diese verdeutlichten, welche Aktivitäten der Bergbaufirmen über die zugesprochenen Gebietsgrenzen hinausgingen. Mit diesen Karten konnte die Regierung die Firmen unter Druck setzen. Ich denke in Indonesien und wahrscheinlich auch weltweit war dies das erste Mal, dass ein Gericht durch Drohnen erstellte Karten als Beweismaterial anerkannt hat. Außerdem lenkten wir die Regierung hin zu einem offeneren Umgang mit ihren Raumplänen. Wir forderten die Provinzregierungen von West-Kalimantan mit unseren Karten heraus und machten deutlich,

dass wir sie im Falle einer gefälschten Veröffentlichung oder fälschlichen Nutzung ihrer offiziellen Karten verklagen würden, denn ihre Karten beinhalteten Abschnitte, in denen sich manche Landverleihungen mit Waldgebieten überschneiden. Allerdings sind dem Gesetz nach Waldgebiete geschützt. In solchen Fällen liefern Drohnen Beweismaterial. Es geht nicht immer darum, die Regierung anzugreifen. Wichtiger ist, Raum für Diskussionen zu schaffen. Du hast Daten, wir haben auch Daten. Dann lass uns ins Gespräch kommen. Ja, das kann tatsächlich als ein Erfolg bezeichnet werden und somit sind Drohnen auch eine Chance, gegen Korruption vorzugehen, leider ein weit verbreitetes Problem in Indonesien.

Sarah Winkler: Abgesehen davon, dass es den bisherigen Erzählungen nach zu urteilen viele Vorteile gibt, die für die Nutzung von Drohnen beim Counter-Mapping in Indonesien sprechen, welche Nachteile oder Risiken gibt es?

Irendra Radjawali: Ich persönlich glaube schon, wenn wir uns nicht über die Problematik des sogenannten ›elite capture‹ im Klaren sind, kann der Gebrauch von Drohnen zum Missbrauch führen. Beispielsweise streben nicht immer alle Entscheidungsträger indigener Gruppen nach mehr Gerechtigkeit und Beteiligung. In diesem Fall wollen sie die Technologie eher zu ihrem persönlichen Vorteil nutzen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass es nicht einfach ist, da draußen ohne die Unterstützung von lokalen Partnern zu arbeiten. Meistens sind diese Partner NGOs, aber nicht alle NGOs sind so wie wir, das heißt, dass sie sich für eine stärkere Beteiligung der lokalen Bevölkerung einsetzen. Manche setzen ihren Fokus nur auf das Geld und das Ziel, mehr Fördermittel aus dem Ausland zu erhalten. Ohne Projekte gibt es jedoch keine Gelder. Also brauchen sie zum Beispiel Drohnen, um an die Zuschüsse zu kommen. Aber dann geht es nicht darum, Menschen zu helfen, sondern nur um das Geschäft. Das ist wirklich nicht leicht, denn mit wem sollen wir vor Ort sonst arbeiten? Willst du mit den Unternehmen arbeiten? Bestimmt nicht! Das macht die Sache wirklich schwierig.

Sarah Winkler: Aber wie kann man genau diesen Herausforderungen begegnen?

Irendra Radjawali: Eine Strategie sähe so aus, dass man die lokale Bevölkerung direkt anspricht und sie gemeinsam informiert und aufklärt. Anstatt einer einzelnen Person, erhält das ganze Dorf das Wissen. Darüber hinaus haben wir auch eine *Drone Academy*. Aber ich weiß nicht, ob diese Maßnahmen angebracht sind und vor allem ausreichen. Das ist auch der Grund, warum ich wirklich kritisches Feedback dazu brauche. Ich lade Menschen aus Forschung und Öffentlichkeit dazu ein, uns und den

ganzen Prozess unter die Lupe zu nehmen, damit wir uns verbessern können.

Sarah Winkler: Indem du Drohnen und die daraus resultierenden Karten (vor Gericht) nutzt, durchkreuzt du möglicherweise die Pläne von Regierungen oder Bergbauunternehmen. Daher dürften sie nicht besonders glücklich über deine Erfindung sein. Erwartest du diesbezüglich irgendwelche Gegenreaktionen?

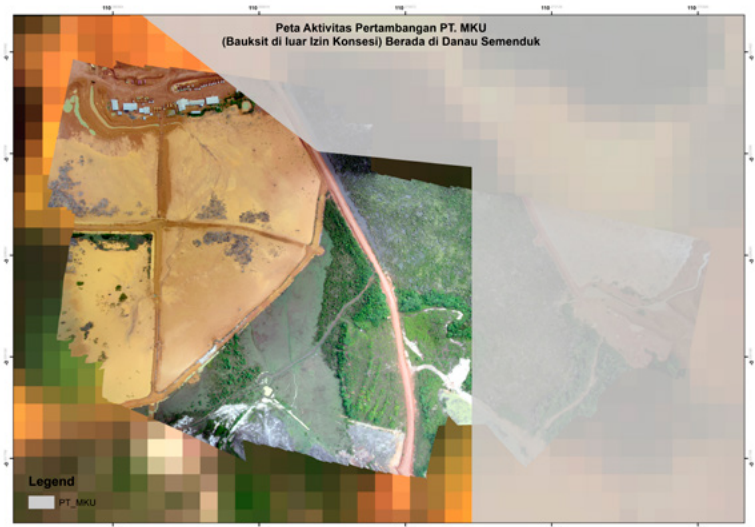
Irendra Radjawali: Einige haben sogar schon reagiert, indem sie sich selbst Drohnen gekauft haben, die richtig teuren, was eigentlich gut ist, denn dann liegen noch mehr Daten vor. Die Frage ist, ob sie diese mit uns teilen werden. Schwerwiegende Reaktionen auf bestehendes Datenmaterial von uns gab es bisher keine. Ich denke, sie sind noch etwas verwirrt von der technologischen Entwicklung und den dadurch qualitativ hochwertigen geschaffenen Daten. Aber eine Gefahr für uns lauert im Feld. Vor zwei Tagen wurde mein Team in Indonesien von einem Unternehmen fast gefangen genommen. Diese Bedrohung ist nicht neu für uns.

Sarah Winkler: Du hast es geschafft, mit 500 US-Dollar (etwa 430 Euro) eine funktionierende Drohne zu bauen. Aber wie sieht es bezüglich weiterer Drohnen aus? Können sich AktivistInnen oder die lokale Bevölkerung diese Technologie leisten und sind sie daran überhaupt interessiert?

Irendra Radjawali: Ehrlich gesagt war ich zunächst auch skeptisch und habe mir dieselben Fragen gestellt, aber es kam ganz anders. Sie wollten Drohnen kaufen. Die Menschen fingen in verschiedenen Dörfern an, Geld zu sammeln, um Drohnen zu kaufen oder um in die *Drone Academy* zu kommen. Ich denke, es ist eine Akzeptanz gegenüber dieser Technologie vorhanden und diese möchte ich nicht verschwenden. Das heißt, Drohnen für die Erstellung von Karten und für die Datengewinnung zu nutzen, ist nur ein erster Schritt. Es ist weiterhin notwendig, diese Daten zu analysieren und im Anschluss zu artikulieren.

Sarah Winkler: In einer deiner letzten Veröffentlichungen erwähnst du das Potenzial von Drohnen, sich zu einer »science of the masses« zu entwickeln. Kann wirklich jeder dieses System nutzen oder gibt es doch Gruppen, die hier ausgeschlossen werden? Ich denke dabei an indigene Bevölkerungsgruppen wie die Dayaks oder Frauen, die vielleicht noch nie zuvor etwas von Drohnen gehört haben.

Irendra Radjawali: Unser Ansatz sieht vor, dass die Entscheidung darüber wo, wann und zu welchem Zweck eine Drohne fliegt, nicht die unsere ist. Das ist die Entscheidung der indigenen Bevölkerung. Zuallererst setzen wir uns mit den Menschen zusammen und sprechen über ihre Probleme, zum



Beispiel in Bezug auf ihre Ländereien. Dann nennen wir potenzielle Lösungen, ihr Land zu sichern. Hier greifen wir auf Erfahrungen aus anderen Regionen zurück und geben diese weiter. Im Anschluss möchten die DorfbewohnerInnen selbst solche Karten mit Hilfe von Drohnen erstellen. Bezüglich der Exklusion bestimmter Teilgruppen, das ist tatsächlich ein Problem. Das Technologiefeld ebenso wie die Gesellschaft, mit der ich in Kontakt trete, ist sehr männlich. Jüngere Personen sind ebenfalls ausgeschlossen. Sie werden meist nicht ernst genommen, so nach dem Motto, was wisst ihr denn schon darüber? Wenn es um den Bereich Technologie geht, sind die jüngeren Männer zumindest integriert, Frauen nicht.

Sarah Winkler: Vielleicht braucht ihr speziell zugeschnittene Kurse an der *Drone Academy*?

Irendra Radjawali: Ja, besonders im Hinblick auf die vielen Probleme, mit denen Frauen konfrontiert sind, zum Beispiel Sicherung des Lebensunterhaltes. Im Moment testen wir das Projekt »Drones for food«. An unseren Drohnen sind Infrarotkameras befestigt. Diese geben uns Auskunft darüber, ob eine Pflanze gesund ist oder nicht. Wir nutzen diese Möglichkeit vor allem für die Kontrolle von Reis, ein Bereich, in dem auch viele Frauen arbeiten.

Sarah Winkler: Einmal abgesehen von der Integration aller Beteiligten, hast du eine Vision im Kopf, wie es mit den Drohnen weitergehen soll, wohin die Entwicklung führt?

Irendra Radjawali: Ehrlich gesagt habe ich keine persönlichen Ziele, sondern gemeinschaftliche. Ich hoffe wirklich, dass diese Initiative sich nicht nur in Indonesien, sondern auch weltweit durchsetzt. Es geht nicht um mich, sondern um Menschen, unsere Erde und Gerechtigkeit. Es geht darum, den Menschen ihre Macht wiederzugeben. Es geht darum, gemeinsam zu lernen und zu erkennen, dass es viele verschiedene Wissenssysteme gibt. ■

Eine mit der Drohne hergestellte Karte einer Bergbaukonzession
© Irendra Radjawali

»Cambodia: Shrinking spaces versus empowerment of communities«

In Kambodscha löste das Oberste Gericht am 16. November 2017 die Oppositionspartei CNRP auf. Die stärkste Konkurrenz der Regierungspartei CPP im Parlament ist somit ausgeschaltet, was dem autoritären Regierungsstil von Ministerpräsident Hun Sen freie Bahn gibt. Die Auflösung der Oppositionspartei untergräbt nicht nur die Legitimation der im Juli 2018 bevorstehenden Wahlen. Vielmehr noch trägt der Gerichtsentscheid zur fortschreitenden Transformation Kambodschas zu einem Einparteienstaat bei.

Demokratische Handlungsspielräume für politische Akteure in Kambodscha schrumpfen. Für nationale sowie internationale Nichtregierungsorganisatio-

nen, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften wird es immer schwieriger, sich für die Bewahrung von Demokratie und den damit verbundenen Werten einzusetzen. In der vorliegenden Studie analysiert Martin Gemzell Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für die Stärkung von Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechten in Kambodscha. Er zeigt Chancen und Bedrohungen für Akteure auf, die den sozialen Wandel vorantreiben möchten. Gleichzeitig kritisiert die Studie, dass die Zusammenarbeit vieler NGOs mit staatlichen Institutionen auf Korruption und Patronage beruhen.

Die Studie ist online abrufbar unter: https://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/2017_Cambodia_Shrinking_spaces_versus_empowerment_of_communities.pdf



de/uploads/tx_news/2017_Cambodia_Shrinking_spaces_versus_empowerment_of_communities.pdf

von
Karl Mertes

Der Autor ist
Präsident der
Deutsch-Indonesischen
Gesellschaft

Blick nach Indonesien: Eine erfolgreiche Vortragsreihe in Köln

Eine gelungene Kooperation zwischen dem Rautenstrauch-Joest-Museum, der Stiftung Asienhaus und der Deutsch-Indonesischen Gesellschaft vermittelte an vier Abenden in der Bibliothek des Museums einen vielschichtigen Zugang zu Indonesien. Historische, aktuell politische, ökonomische und ökologische Themen waren die Schwerpunkte der Vorträge mit je anschließenden Gesprächen.

Den Auftakt am 28.9.2017 machten Dr. Mai Lin-Tjoa-Bonatz (Uni Frankfurt) und Dominik Hofzumahaus (Uni Bonn) mit einem anschaulichen Beitrag zu »Indonesien und die maritime Seidenstraße«. Einerseits wurden die archäologischen und geschichtlichen Hintergründe des schon vor Jahrhunderten lebhaften Schiffsverkehrs in und um die indonesische Inselwelt erläutert; andererseits sind die aktuellen – im Wesentli-

chen von China angestoßenen – Initiativen zu einer »Neuen Seidenstraße« vorgestellt worden.

Am 5. Oktober folgte ein Vortrag von Daniel Müller (Ostasiatischer Verein, Hamburg) zu »Indonesien neu entdecken – Perspektiven politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit«. Die Interessen und Möglichkeiten Deutschlands, aber auch der EU zu ASEAN, standen im Mittelpunkt, sowie ein Blick auf die bilateralen und internationalen Verflechtungen und Verpflichtungen, welche die Bedingungen staatlicher Kooperation beeinflussen.

Der 12. Oktober stand mit Prof. Dr. Susanne Schröter (Uni Frankfurt) unter dem Thema »Islamismus in Indonesien – Das langsame Ende von Pluralismus und Demokratie?«. Die aktuelle Politisierung von Religionen kennzeichnen derzeit viele Auseinandersetzungen. Aggressionen und Gewaltbereitschaft stehen im Gegensatz zu einem Dialog der

Blick nach Indonesien – Prof. Dr. Susanne Schröter
© Monika Schlicher



Religionen. Wenn indonesische Traditionen über Jahrhunderte von Toleranz und Anerkennung Andersgläubiger geprägt sind, deuten gegenwärtige Entwicklungen einen anderen Weg an.

Am 19. Oktober erläuterten Kathrin Hartmann (München), Dr. Michaela Haug (Uni Köln) und Dr. Oliver Pye (Uni Bonn) die Kon-

flikte um »Klima, Kohle und Konzerne«. Unter dem Motto »Entwicklung bedeutet Entwaldung« sind die vielfach illegalen Abholzungen der Regenwälder, der Wildwuchs der Palmölindustrie, die fragwürdigen sozialen und ökonomisch-ökologischen Konsequenzen beschrieben worden. Und: »Was können wir tun?« war eine

der Leitfragen, die die wechselseitigen Abhängigkeiten deutlich machten. Die vier Veranstaltungen waren gut besucht und gaben eine differenziertere Sicht auf Land und Leute im weltgrößten Archipel. Die kompetenten Schilderungen sorgten für lebhaftes Nachfragen und Diskussionsbeiträge. ■

■ The Politics of Climate Change: Südostasien auf der Klimakonferenz

Kopenhagen 2009, Paris 2015 und dieses Jahr Bonn – die Conference of Parties und die Abteilung für Südostasienwissenschaft sind einander nicht fremd. Unter der Leitung von Oliver Pye und Frank Seemann besuchten Studierende verschiedene Events der Zivilgesellschaft, lernten VertreterInnen von Umweltorganisationen kennen und setzten sich in zwei Seminaren aktiv mit den Inhalten der Klimapolitik in Südostasien auseinander, um so vorbereitet gemeinsam mit dem Asienhaus ein eigenes offizielles Side-Event (»The Politics of Climate Change in Southeast Asia«) zu veranstalten.

Wie viele andere Länder geizen VertreterInnen der südostasiatischen Staaten nicht mit einer umweltfreundlichen Rhetorik, die allerdings weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.

Nach einer kurzen Einleitung von Oliver Pye (Universität Bonn) begann die Diskussion mit Suraya Afif (University of Indonesia) und Chris Lang (REDD Monitor) zum Thema »Climate Change, Agriculture and Forests – Food Sovereignty vs. the Corporate Food Regime?«, die gut aufzeigten, wie Land und Wälder auch in vermeintlichen Klimaschutzprojekten Korruption ausgesetzt sind und öffentliche Gelder nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden (siehe Chris Langs Bericht in dieser Ausgabe).

Danach folgten Anna Fünfgeld (University of Freiburg), Cui Ziyi

(Youth Delegate, China), Dr. Manuel P. Solis (University of Adelaide, Philippinen) und Ian Rivera (People's Movement for Climate Justice, Philippinen) mit Beiträgen zum Panel »A Coal-free Future? Renewable Energy and Post-Extractivism in the Southeast Asian Context«. Die Teilnehmenden waren sich bis auf eine Ausnahme einig, dass Atomenergie insbesondere für Südostasien keine nutzbare Alternative darstellt, während dezentrale Energiequellen, wie Solar- und Windenergie, noch viel Potenzial aufweisen. Gerade Kohlekraftwerke, die in Südostasien noch immer sehr viel Strom bereitstellen, stellen durch ihre erheblichen Belastungen für die Umwelt nicht nur für die lokale Bevölkerung ein großes Problem dar, der ganze extraktive Energiesektor muss aufgrund seiner sozio-ökologischen Folgen sehr kritisch bewertet werden.

Gurmit Singh von CETDEM (Malaysia) erläuterte im Panel »Electric Cars or New Mobilities – what is the Solution to the Urban Traffic and Climate Crisis?« seine Sicht der Dinge. Als jahrelanger Fahrradfahrer plädierte er für die Förderung der öffentlichen Transportmittel sowie die Restrukturierung der Straßen für die »Nicht-Motorisierten« (Fahrradfahrende, Fußgänger). Zudem sprachen Stephan Bakker und Elena Scherer, die für die GIZ arbeiten, über die Situation Vietnams und wie Strategien entwi-

ckelt werden können, um nicht nur CO₂-Emissionen im vietnamesischen Verkehr zu senken, sondern auch die Luftqualität und Straßensicherheit zu verbessern.

Das letzte Thema, »System Change not Climate Change? Strategies and Perspectives of the Climate Justice Movement in Southeast Asia« bot den fünf Panelisten Lidy Nacpil (Asian People's Movement on Debt and Development), Yuyun Harmono (WALHI Climate Change Campaign Coordinator, Indonesien), Yoke Hwa Lai (Youth Delegate, Malaysia), Xia Junze (Youth Delegate, China) und Nithi Nesadurai (Climate Action Network Southeast Asia) die Möglichkeit, alternative Perspektiven des derzeitigen Wirtschaftssystems aufzuzeigen. Auch wenn die jetzigen Probleme primär am Überschuss des CO₂ festgemacht werden, steckt dahinter ein globales System, in dem die Auswüchse kapitalistischen Denkens für alle sichtbar werden – und unter denen vor allem jene zu leiden haben, die am wenigsten für die globale Erwärmung verantwortlich sind.

Die Konferenz bot den Teilnehmenden nicht nur die Gelegenheit, ihre Erfahrungen einem interessierten Publikum mitzuteilen, sondern sich auch auszutauschen und mit NGOs aus anderen Ländern Südasiens zu vernetzen. Angesichts grenzüberschreitender Probleme und globaler Herausforderungen eine absolute Notwendigkeit. ■

von Konrad Dohlen

Der Autor studiert Südostasienwissenschaft im Master an der Uni Bonn

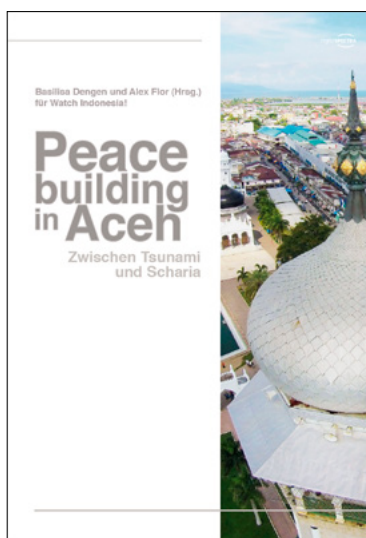
Einblicke in die fast vergessene Post-Tsunami-Gesellschaft

■ **Basilisa Dengen und Alex Flor (Hg.): Peacebuilding in Aceh: Zwischen Tsunami und Scharia**

regiospectra, Berlin, 2017, 226 S., 19,90 €

Unmittelbar nach dem Tsunami von 2004 stand die Provinz Aceh, im Norden Sumatras (Indonesien), für kurze Zeit im Zentrum der Aufmerksamkeit, weil über 180.000 Menschen in der Naturkatastrophe ihr Leben verloren. Nach den Wassermassen strömten Hilfsorganisationen und GeldgeberInnen nach Aceh, um die Provinz wieder aufzubauen. Mit ihnen kamen auch dutzende ForscherInnen, denen zuvor der Zugang jahrelang wegen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den indonesischen Sicherheitskräften und der lokalen Unabhängigkeitsbewegung Freies Aceh (GAM) versperrt gewesen war. Während es in den ersten Jahren nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von 2005 sehr viele wissenschaftliche Publikationen und journalistische Beiträge zu Aceh gab, wurde es allmählich still, da andere regionale Brennpunkte in den Fokus der Aufmerksamkeit rückten.

Der vorliegende Sammelband nimmt nun den Faden wieder auf und bietet ausführliche Einblicke in die Post-Tsunami-Entwicklungen vor Ort und resümiert mal im heiteren, meist jedoch im nachdenklichen Ton darüber, was in den letzten zehn Jahren in Aceh in puncto Gesellschaft und Politik passiert bzw. unterblieben ist. Im Zentrum der kritischen Betrachtungen stehen u.a. die



anhaltende Straffreiheit für StraftäterInnen sowohl auf Seiten der ehemaligen Unabhängigkeitskämpfer als auch der nationalen Sicherheitskräfte, die ultra-konservative Umsetzung der Scharia, die vor allem die Rechte von Frauen und Minderheiten missachtet, sowie wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten, die sich zum Teil nach Ende des Konfliktes noch verstärkten.

Peacebuilding in Aceh ist das Ergebnis einer gelungenen Kooperation von deutschen und indonesischen AutorInnen unter der Führung von Watch Indonesia! e.V. Alle Beitragenden verfügen über langjährige und unmittelbare Erfahrungen vor Ort und gleichzeitig auch über die notwendige Distanz, um reflektierte Lageeinschätzungen und Handlungsempfehlungen zu geben. Der Sammelband richtet sich nicht nur an LeserInnen aus der Entwicklungspolitik sowie der nachhaltigen Friedens- und Konfliktforschung, sondern ebenso an ein breites Publikum mit Interesse an aktuellen Entwicklungen in Indonesien.

Antje Missbach

Arbeitskämpfe gegen das Nichtvergessen des neuen Proletariats

■ **Bekasi in Bewegung**

indonesisch mit dt. UT, 35 min., 2017, <http://de.labournet.tv/bekasi-bewegung>

Früher bestand das 40 km östlich von Jakarta gelegene Bekasi aus Dörfern und Reisfeldern. In den 1980er Jahren, wurde das Gebiet industrialisiert, um Elektrogeräte, Autos, Mopeds, Lebensmittel, Spielzeug und Kosmetik zu produzieren. »Nicht vergessen! All dies wird mit dem Schweiß Tausender ArbeiterInnen hergestellt«, heißt es gleich zu Beginn des Dokumentarfilms »Bekasi in Bewegung«, nachdem die Kamera zunächst über Firmenschilder von Samsung über L'Oreal, Unilever bis Kraft Foods schwenkt und dann den Tross von Menschen zeigt, die ihre Arbeitskraft an diese Unternehmen verkaufen. Rund eine Million Menschen schufteten als Teilchen der globalen Lieferketten in den Industriegebieten, die mit Investitionen aus Japan, Korea, Deutschland und China aufgebaut wurden. Bekasi ist die am dichtesten besiedelte Industriestadt Indonesiens. Hinter den Fabriken befinden sich ärmliche Behausungen entlang enger Gassen wie der »Straße der 1.000 Türen«. Hinter diesem poetischen Namen verbergen sich kärgliche Mietzimmer mit Gemeinschaftsbadezimmern, für die die Menschen mindestens ein Viertel ihres Lohns aufbringen müssen. Zeitarbeitsverträge sind üblich, wenn es überhaupt Arbeitsverträge gibt. Viele bekommen nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn und verschulden sich immer mehr. Gespart werde am Essen, meist gebe es Instantnudeln mit Tofu, schon Eier seien Luxus, sagt einer der interviewten Arbeiter.

Die ArbeiterInnen beginnen, sich zu organisieren und gründen Gewerkschaften. Sie beginnen, sich zu solidarisieren und zu demonst-

rieren. »Mit der Regierung zu sprechen ist, als wenn man mit einer Wand spricht«, heißt es im Film treffend aus dem Off, während Bilder von Massendemonstrationen gezeigt werden. Diese Demonstrationen sind laut und bunt und sie politisieren die überwiegend jungen ArbeiterInnen Bekasi.

Im Oktober 2012 erlebte Indonesien den ersten Generalstreik seit den sechziger Jahren. Es muss daran erinnert werden, dass Indonesien bis 1965 die drittgrößte KP der Welt beheimatete. Nach Suhartos Machtergreifung löschten dessen Schergen die linke Bewegung fast vollständig aus, indem sie viele Hunderttausende Menschen umbrachten und inhaftierten. 50 Jahre später wurde Bekasi zum Zentrum des Streiks. Mehr als 500.000 Menschen beteiligten sich und legten die Produktion völlig lahm. Als wirksames Mittel im Kampf für höhere Löhne und gegen Outsourcing erweisen sich auch factory raids sowie Blockaden der Stadtautobahn zum Industriegebiet. Auf diese Art setzen sie zwar signifikante Lohnerhöhungen durch, doch das System ihrer Ausbeutung bleibt. Von den 40 Millionen im formellen Sektor Indonesiens beschäftigten ArbeiterInnen sind nur 3 Millionen gewerkschaftlich organisiert. Der Kampf unter dem Motto »Sind die Arbeiter vereint, können sie nicht besiegt werden« geht also weiter...

Der Film »Bekasi in Bewegung« der indonesischen NGO Lips wurde überwiegend mit Handykameras gedreht und zeigt unmittelbar die Lebensrealität und die Stärke, die Organisation und Solidarität mit sich bringen. Dank der Übersetzung durch Labournet sind die eindrucksvollen Erfahrungen der indonesischen Arbeiterbewegung nun auch mit deutschen Untertiteln nachvollziehbar.

Eine längere Version dieses Artikels erschien am 14.9.2017 in der Tageszeitung *junge Welt*.

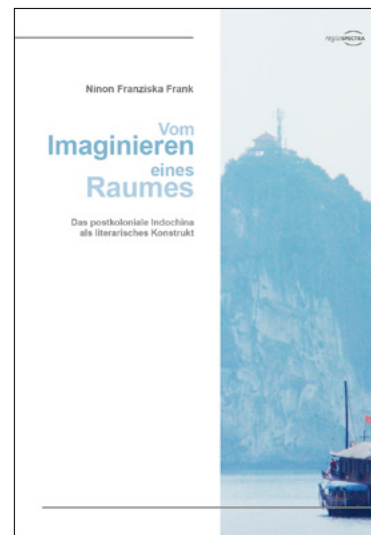
Anett Keller

Das Vergessen der verlorenen Kolonie

■ **Ninon Franziska Frank:**
Vom Imaginieren eines Raumes. Das postkoloniale Indochina als literarisches Konstrukt
regiospectra Verlag, 2016, 335 S., 29,99 €

Wie die Literatur zu einer schrittweisen Aufarbeitung der Vergangenheit, namentlich der Kolonialgeschichte Frankreichs in Indochina, beitragen kann, arbeitet Ninon Franziska Frank in der literaturwissenschaftlichen Analyse »Vom Imaginieren eines Raumes« heraus. Im Mittelpunkt der Dissertation steht eine auf Intertextualität fokussierte Interpretation von neun Romanen, die zwischen 1984 und 2007 erschienen sind. Die Literatur breche, so Frank, die Rezeptionsweisen anderer medialer Darstellungsarten wie Kartografie, historische Quellen, Fotografie und Film auf. Durch ihren Facettenreichtum, ihre Vieldeutigkeit erschaffe die Literatur einen Raum, der Diskrepanzen zwischen individueller, sozialer und historischer Erinnerung zulässt und sich so der Festbeschreibung einer Geschichte, der Vereinnahmung durch eine (politische) Gruppe entzieht. So speist die Literatur – ohne dass sie die Möglichkeit einer vollständigen Rekonstruktion für sich reklamiert – ein bruchstückhaftes Erinnern in einen Diskurs ein, der nicht nur in Frankreich von ritualisiertem Vergessen geprägt ist.

In Franks fundierter, textorientierter Analyse schimmert die Komplexität der pervertierten (post)kolonialen Gesellschaft auf, insbesondere auf der Ebene der Figuren und ihrer Liebes- und



familiären Beziehungen. Besonders markant sind hierbei die Auswirkungen des (post)kolonialen Systems auf die Konstruktion von Geschlecht und der damit in Verbindung stehenden (Ohn-)Macht von Frauen. Welche Aufstiegsmöglichkeiten boten sich für französische Frauen in den Kolonien? Welche Machtverhältnisse manifestierten sich in sexuellen Beziehungen zwischen Kolonisierten und KolonisatorInnen? Wie schrieb sich das Kolonialregime in ihre Körper ein? Obgleich Analogien zwischen der Kolonisierung Indochinas und der Eroberung des weiblichen Körpers angeführt werden, fehlt eine Konzeptualisierung des Zusammenspiels der Kategorien gender und race. Gerade der für den Kolonialismus zentrale Rassismus wird als solcher weder benannt noch diskutiert. Und doch hätte gerade die Auseinandersetzung mit Rassismus in den literarischen Texten die Möglichkeit eröffnet, die Kontinuitäten des Kolonialismus, das Erinnern und Vergessen der Kolonialgeschichte im heutigen Frankreich sichtbar zu machen.

südostasien

Zeitschrift für Politik • Kultur • Dialog

Herausgeber > Verein für entwicklungsbezogene Bildung
zu Südostasien e.V., **philippinenbüro** e.V. und Stiftung Asienhaus

Anschrift > **philippinenbüro** e.V.,
Südostasien Informationsstelle
im Asienhaus, Hohenzollernring 52,
50672 Köln, Tel.: 0221-716121-0,
Fax: 0221-716121-10

E-Mail > soainfo@asienhaus.de

Homepage > www.asienhaus.de/suedostasien/

Redaktion dieser Ausgabe > Oliver Pye (V.i.S.d.P.), Kathrin Spenna,
Verena Wittrock, Konrad Dohlen, Arthur Mielke, Zehra Döring,
Frank Arenz, Kristina Großmann.

**Neben den bereits an anderer Stelle erwähnten Personen haben
mitgearbeitet** > Fritz Seeberger, Franziska Blum

**Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.**

Gesamtausstattung > Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen
<www.k-mw.de>

Print-Auflage dieser Ausgabe > 650

ISSN > 1434-7067

Preis > Einzelausgabe 8 € (zzgl. Porto)

Abonnement (4 Ausg./Jahr inkl. Porto)

(nur noch rückwirkend für die Ausgaben 2017 möglich)

BRD >	Einzelpersonen	30 €
	Institutions-/Förderabonnement:	50 €
Ausland >	Einzelpersonen	38 €
	Institutions-/Förderabonnement	60 €
	Luftpostzuschlag	13 €

Die Abonnementgebühren sind im Voraus fällig.

Konto > Südostasien Informationsstelle

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE05 3702 0500 0001 3109 00

BIC: BFSWDE33XXX

BLZ 370 205 00, Konto-Nr. 1310900

Copyright > Südostasien Informationsstelle und AutorInnen – Nachdruck
gegen Belegexemplar – Vervielfältigung für Unterrichtszwecke erwünscht.

Mediadaten > [www.asienhaus.de/soainfo/
publikationen/zeitschrift-suedostasien/](http://www.asienhaus.de/soainfo/publikationen/zeitschrift-suedostasien/)

**Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind erwünscht. Sie sind
jedoch nur unter Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.**



ISBN 978-3-89502-394-1

Gunnar Stange /
Rolf Jordan /
Kristina Großmann (Hg.)

Handbuch Indonesien

Das »Handbuch Indonesien« greift Themen aus den Bereichen Kultur, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Indonesien und innerhalb der deutsch-indonesischen Beziehungen auf.

528 Seiten
Klappenbroschur
19,90 Euro

SÜDASIEN

DAS DEUTSCHSPRACHIGE SÜDASIEN-MAGAZIN

Politik und Menschenrechte, Literatur und Religion, Gesellschaft und Geschichte, Kultur und Wirtschaft.

Aktuelle Analysen, Kommentare, Interviews, Reportagen und fundierte Hintergrundinformation.

Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Afghanistan, Bhutan, Malediven.

Drei bis vier Hefte im Jahr mit jeweils ca. 80 Seiten zum Schmökern, Diskutieren, Nachlesen und Sammeln.

Unabhängige Vierteljahreszeitschrift
des SÜDASIENBÜRO, Bonn

SÜDASIEN
Postfach 140 110
53056 Bonn

Abonnement oder Probeheft:
info@suedasienbuero.de
www.suedasienbuero.de





China-Programm

China-Programme/Stiftung Asienhaus, chinadialogue (Eds.)

Silk road bottom-up: Regional perspectives on the 'Belt and Road Initiative'

<https://www.eu-china.net/eigene-publikationen/>